

2014.

## Jahresbericht



STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn  
Redaktion Bernd Pieper, Christel Schwiederski  
Gestaltung art\_work\_buero, Köln  
Druck Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn  
Papier Lenza Top Recycling,  
ausgezeichnet mit dem Blauen Engel  
Produktion Mit der Ausgleichszahlung für die  
Co2-Emission wird ein Energieeffizienz-  
Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt.

**ClimatePartner**   
**klimateutral**

Druck | ID: 11776-1505-1001

Herausgeber **Stiftung Umwelt und Entwicklung  
Nordrhein-Westfalen**  
Kaiser-Friedrich-Straße 13  
53113 Bonn  
Telefon 0228.24 33 50  
Fax 0228.24 33 522  
[info@sue-nrw.de](mailto:info@sue-nrw.de)  
[www.sue-nrw.de](http://www.sue-nrw.de)

ISSN 2196-9515

# INHALT

NATUR UND UMWELT	6
KLIMA UND ENERGIE	16
WIRTSCHAFT UND LANDWIRTSCHAFT	26
KONSUM UND LEBENSSTILE	34
EINE WELT	42
MIGRATION UND INTERKULTUR	50
CHRONIK	56
FINANZEN   STIFTUNG   MATERIALIEN   PROJEKTE	58

Bildnachweis Jerome Delay (S. 4), Erwin Patzelt (S. 6), Oliver Killig (S. 16), Reinhard T. (S. 18), Thomas Lerch (S. 26), Marc Darchinger (S. 30), Arnd Drifte (S. 34), Martin Fejer/est&ost (S. 50), M. Schuppich (S. 56/57), Fineartcollection, qphotomania, Fotolia, dpa picture alliance

Alle weiteren Bildrechte sind in den Bildunterschriften genannt oder liegen bei den jeweiligen Projekten.



## Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Anfang Mai 2015, gut eineinhalb Jahre nach Ausbruch der verheerenden Ebola-Epidemie, hat die Weltgesundheitsorganisation WHO für das am stärksten betroffene Liberia die Viruserkrankung offiziell als beendet erklärt. Da die Zahl der Neuinfektionen in Sierra Leone und Guinea zurückgeht, steigt die Hoffnung, dass die Krankheit auch dort bald – vorläufig – besiegt sein wird.

Das sind gute Nachrichten, endlich, nach mehr als 26.000 erkrankten und rund 11.000 an Ebola gestorbenen Menschen. Dennoch bleibt es ein Skandal, dass in vielen afrikanischen Ländern die medizinische Versorgung immer noch katastrophal ist – mit zu wenig ausgebildetem Personal, schlechter Ausstattung, veralteten Therapiemöglichkeiten oder Medikamenten, die für die meisten der Menschen dort nicht zu bezahlen sind. So sterben Zehntausende, auch an Krankheiten, die eigentlich gut zu heilen sind.

Afrika ist ein gebeutelter Kontinent. Wie muss das Leben von Menschen aussehen, die sich lieber dubiosen Schleppern anvertrauen und den Tod im Mittelmeer riskieren, als weiterzumachen wie bisher? Sie fliehen vor Armut und Hunger, vor instabilen staatlichen Verhältnissen, vor ethnischer oder religiöser Verfolgung.

Und wir? Wir schauen betroffen zu. Aber was können wir tun? Natürlich, die Bedingungen vor Ort verbessern. Aber das schreibt sich leichter, als es umzusetzen ist. Eine Agrar- und Handelspolitik allerdings, die ihre Klientel in Europa oder Nordamerika mit Subventionen fördert und so den Kleinbauern aus Sambia oder Burkina Faso einen fairen Marktzugang unmöglich macht, ist alles andere als gerecht. Und geradezu zynisch erscheint das Geschacher zwischen den EU-Staaten, wer wie viele Flüchtlinge aufnehmen soll. Eine europäische Flüchtlingspolitik, die in erster Linie auf Abwehr setzt, ist eine Bankrotterklärung und wird die Probleme noch verschärfen.

Viele Flüchtlinge kommen derzeit auch aus anderen Ländern zu uns. Aus Syrien, das seit vier Jahren von einem Bürgerkrieg erschüttert wird und zudem zum Spielfeld radikaler, menschenverachtender Gruppen geworden ist, die sich absurderweise auf den Islam berufen. Aus dem Nordirak, wo ebenfalls sogenannte „Gotteskrieger“ einen terroristischen Feldzug gegen religiöse Minderheiten und all jene führen, die ihr Heil nicht in einer mittelalterlichen Ideologie finden wollen, die mit der zugrundeliegenden Religion wenig gemein hat.

Die weitaus meisten dieser Flüchtlinge kommen in den Nachbarländern unter, in Jordanien oder der Türkei. Alleine der Libanon hat mehr als eine Million aufgenommen, bei knapp fünf Millionen Einwohnern. Ist es da nicht für ein reiches Land wie das unsere eine Selbstverständlichkeit, diese oft traumatisierten Menschen aufzunehmen und ihnen zu helfen? Auch wenn Deutschland eine erhebliche Zahl von Flüchtlingen aufnimmt: Von selbstverständlicher Solidarität sind wir als Gesamtgesellschaft und mit unserer Politik leider noch weit entfernt, doch es gibt immer mehr Beispiele für Mitmenschlichkeit und bürgerliches Engagement, die uns Mut machen sollten: Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren, Menschen, die Flüchtlinge bei Behördengängen unterstützen, die Sprachunterricht geben, oder ihnen einfach das Gefühl vermitteln, willkommen zu sein.

Wir alle können etwas tun. Aber es ist ebenso entscheidend, jetzt die richtigen politischen Weichen zu stellen. Mit der Post-2015-Agenda will die Weltgemeinschaft die Millenniumsentwicklungsziele und die Ergebnisse der UN-Konferenz zu Nachhaltiger Entwicklung von 2012 in einem Zielsystem zusammenführen, das für Entwicklungs-, Schwellen und Industrieländer gleichermaßen gilt und alle Nachhaltigkeitsaspekte umfasst. Ein enorm wichtiger Prozess, ebenso wichtig wie der Weltklimagipfel 2015 in Paris, wo ein neues globales Klimaschutzabkommen beschlossen werden soll. Europa sollte bei beiden Prozessen vorangehen – das können und müssen wir uns leisten.

**Ihr Alfred Buß**

Vorsitzender des Stiftungsvorstands



# Natur und Umwelt

Wenn wir von Natur und Umwelt sprechen, hat sich in den letzten Jahren ein zentraler Begriff herauskristallisiert: Biodiversität. Dabei geht es um Vielfalt, die alle Bereiche des Lebens umfasst: die Vielfalt der Ökosysteme mit ihren Lebensgemeinschaften, Lebensräumen und Landschaften, die Vielfalt der Arten und auch die genetische Vielfalt innerhalb der Arten. Biodiversität ist die Voraussetzung dafür, dass Ökosysteme funktionieren. Sie erbringt zugleich wertvolle Dienstleistungen für uns Menschen – Nahrung, Kleidung, reines Trinkwasser und saubere Luft, aber auch medizinische Versorgung, Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und Schutz vor Naturkatastrophen.

Auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt (Conference of the Parties/COP 10) hatte die Weltgemeinschaft 2010 im japanischen Nagoya fünf Biodiversitätsziele sowie einen Strategischen Plan für Biodiversität 2011–2020 verabschiedet. Damit sollten innerhalb von zehn Jahren messbare Erfolge im Kampf gegen Artensterben und Naturzerstörung erzielt werden. Die Umsetzung dieses Vorhabens stand im Mittelpunkt der COP 12, die vom 6. bis 17. Oktober 2014 in Pyeongchang, Südkorea, stattfand.

Der dort vorgestellte vierte globale Bericht zur Lage der biologischen Vielfalt (Global Biodiversity Outlook, GBO-4) war eine Halbzeitbewertung der Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der Ziele des Strategischen Plans. Die fiel verhalten positiv aus – eine Einschätzung, die auch von kritischen Beobachtern geteilt wurde. Besonders hervorzuheben ist, dass sich die 194 teilnehmenden Staaten darauf verständigt haben, die Finanzierung von Naturschutzaufgaben in ärmeren Ländern bis 2020 mit jährlich rund acht Milliarden Euro zu unterstützen.

In ihrer Abschlusserklärung, der Gangwon-Deklaration, betonten die Vertragsstaaten die Bedeutung von Biodiversität für eine nachhaltige Entwicklung und forderten, sie prominent in den Diskussionen der Post-2015-Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen zu berücksichtigen. Die Bekämpfung der Armut und des Klimawandels, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und auch die Friedenssicherung seien nur mit und nicht gegen die Natur möglich. Ebenfalls auf der Habenseite der COP 12 verbucht werden kann die offizielle Anerkennung von mehr als 150 für die Artenvielfalt bedeutenden Meeresgebieten (Ecologically or Biologically Significant Areas, EBSAs), die jetzt wirksam geschützt werden können.

Gleichwohl übten die teilnehmenden Staaten Selbstkritik: So sei das Ziel klar verfehlt worden, die anthropogenen Belastungen der Korallenriffe und der übrigen vom Klimawandel oder von der Versauerung der Ozeane betroffenen empfindlichen Ökosysteme bis 2015 deutlich zu reduzieren. Auch das Abholzen der Tropenwälder schreite weiter voran, positiv sei nur die Entwicklung im Amazonasgebiet. Außerdem müssten die Anstrengungen und Finanzmittel noch erheblich gesteigert werden, wenn die 2010 formulierten Biodiversitätsziele erreicht werden sollen. (Weitere Informationen zur Konvention über die biologische Vielfalt unter [www.cbd.int](http://www.cbd.int))

## Weltbiodiversitätsrat

Im Juli 2014 hat der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) seinen Sitz in Bonner UN-Hochhaus eröffnet. Ähnlich wie der Weltklimarat IPCC widmet sich auch IPBES der wissenschaftlichen Politikberatung. Er soll politischen Entscheidungsträgern zuverlässige Informationen über den Zustand und die Entwicklung der biologischen Vielfalt liefern und darüber hinaus Handlungsoptionen präsentieren. Der Weltbiodiversitätsrat wurde 2012 bei einer UN-Konferenz in Panama gegründet, zählt 118 Mitglieder und wird vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) verwaltet.



Foto: Vitaly Ilyasov

Blaukehlchen

## Wandernde Tierarten

Ebenfalls im Herbst 2014 trafen sich die 120 Vertragsstaaten der Konvention zum Schutz wandernder Tierarten (Convention on Migratory Species, CMS) in Quito (Ecuador). Auch ihr Sekretariat hat seinen Sitz in Bonn. Die Ergebnisse der Konferenz bewertete Bundesumweltministerin Barbara Hendricks als ein „gutes Signal“. Zugvogelarten wie Nachtigall oder Pirol sollen künftig auf ihren Wegen in die Winter- und Sommerquartiere besser geschützt werden. Sie werden auch von der Empfehlung profitieren, bleihaltige Jagdmunition bis 2017 weltweit zu verbieten.

Ebenfalls weltweit verboten werden soll nach dem Willen der CMS-Staaten der entzündungshemmende Wirkstoff Diclofenac in der Tiermedizin. Durch die Aufnahme von toten Tieren, die man zuvor mit Diclofenac behandelt hatte, waren in den 1990er-Jahren nahezu alle Geierarten Indiens, Pakistans und Nepals durch Nierenversagen vom Aussterben bedroht. Auch 21 Hai- und Rochenarten, die durch Überfischung und Beifang zunehmend in ihren Beständen gefährdet sind, wurden unter den Schutz der Bonner Konvention gestellt. Als besonderen Erfolg bezeichnete die Bundesumweltministerin die Verabschiedung der Central Asian Mammals Initiative (CAMI), die Lebensräume wandernder Großsäuger, wie Saiga-Antilope oder Mongolische Gazelle, in Zentralasien sichern soll.

## Europa: Ein Schritt zurück?

Ende Mai 2014 wählten die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zum achten Mal das Europäische Parlament. Mit 42,6 Prozent war die Wahlbeteiligung noch einmal niedriger als im Jahr 2009. Dieses Desinteresse wird oft damit erklärt, dass viele Wähler nicht wissen, wie groß der Einfluss des Europäischen Parlaments auf nationale Entscheidungen ist. Rund 60 Prozent der nationalen Gesetzgebung fußen auf Vorgaben der EU, im Umwelt- und Naturschutz gehen sogar nahezu 80 Prozent der aktuell gültigen Gesetze auf Richtlinien oder Verordnungen der Europäischen Union zurück. Beispiele dafür sind die Vogelschutz- und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie), die Wasserrahmenrichtlinie und die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

Mit der übergreifenden „Europa 2020“-Strategie, der Biodiversitätsstrategie bis 2020 sowie dem 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) verfügt die Europäische Union zudem über einen strategischen Rahmen, der die Voraussetzungen schaffen soll für nachhaltiges Wachstum, den Erhalt der Artenvielfalt sowie den Schutz des Klimas und der natürlichen Ressourcen. Diese strategischen Vorgaben kann aber nur das EU-Parlament in wirksame Verordnungen und Richtlinien umsetzen und damit Einfluss auf die Gesetzgebung in den EU-Staaten ausüben.

Das Europaparlament bestätigte im Oktober 2014 die 27 zuvor von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgeschlagenen EU-Kommissare. An der Auswahl des Umweltkommissars hatte es zuvor heftige Kritik von Umweltverbänden gegeben. Mit Karmenu Vella hatte Juncker einen Politiker aus Malta nominiert – einem Land, das berüchtigt ist für die illegale Jagd auf Zugvögel. In der Anhörung vor dem EU-Umweltausschuss musste sich Vella zudem gegen Vorwürfe der Europaabgeordneten wehren, die neue EU-Kommission vernachlässige den Umweltschutz zugunsten der Wirtschaftsinteressen.

Das Arbeitsprogramm, das sich die EU-Kommission für 2015 vorgenommen hat, scheint die Skeptiker zu bestätigen. Ambitionierte Programme wie „A Zero Waste Programme for Europe“ zur Förderung von Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz oder ein Maßnahmenpaket für saubere Luft wurden zunächst zurückgestellt. Dabei belegt der aktuelle Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA), dass in den EU-Staaten jährlich mehr als 400.000 Menschen vorzeitig an einer zu hohen Feinstaubbelastung sterben. Und auch ihr selbst gestecktes Ziel, das Artensterben bis 2020 zu stoppen, wird die EU nicht erreichen: 77 Prozent ihrer Ökosysteme gelten als geschädigt, und rund 60 Prozent der Insekten-, Vogel-, Säugetier-, Amphibien- und Pflanzenarten befinden sich in einem „ungünstigen Erhaltungszustand“.



Foto: Guido Floren

Mantarochen



Naturnaher Abschnitt der Ruhr

## Deutschland muss mehr tun

Deutschland sieht sich auf internationalem Parkett gerne – und durchaus mit einigem Recht – als Vorreiter beim Einsatz für mehr Biodiversität. Dennoch gibt es auch bei uns noch großen Nachholbedarf. So belegt der aktuelle Indikatorenbericht über die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, dass bei fast allen Indikatoren ein grosser Abstand zwischen dem Ist-Zustand und den jeweiligen Zielwerten liegt. Besonders weit auseinander geht die Schere bei den Indikatoren „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ sowie „Gesellschaftliche Akzeptanz“. Der letzte Wert liegt mit 25 Prozent bei nur einem Drittel des Zielwertes – „die laufende UN-Dekade für biologische Vielfalt ist bei der großen Mehrheit der Bevölkerung noch überhaupt nicht angekommen“, so Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

Nachholbedarf existiert auch bei den deutschen Wäldern: Zurzeit sind nur knapp zwei Prozent geschützt, bis zum Jahr 2020 sollen fünf Prozent dauerhaft ohne forstwirtschaftliche Nutzung wachsen dürfen. Besonders gravierend ist der fortschreitende Verlust der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft. So sollte laut Strategie der Bundesregierung schon 2015 die angestrebte Bestandsgröße bestimmter Feldvogelarten bei 100 Prozent liegen – tatsächlich liegt sie bei 56 Prozent. Die Umweltverbände BUND, NABU, DUH und WWF sowie der Dachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) fordern daher eine nachhaltigere Landwirtschaft und den Ausbau des Ökolandbaus. Darüber hinaus müssten das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ von derzeit 15 Millionen Euro auf mindestens 30 Millionen Euro jährlich aufgestockt sowie das geplante Biotopverbundsystem auf zehn Prozent der Landesfläche schnell eingerichtet werden.

Deutschland zählt zu den größten Kritikern, was die Anstrengungen der EU für mehr Umwelt- und Naturschutz betrifft. Doch jetzt hat die EU-Kommission ihrerseits Deutschland schwere Versäumnisse bei der Ausweisung von Schutzgebieten vorgeworfen und ein

Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Alle EU-Mitgliedstaaten hatten sich verpflichtet, Vogelschutzgebiete und Fauna-Flora-Habitat-Gebiete auszuweisen und im europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000 miteinander zu vernetzen. Das sollte bereits bis 2010 geschehen, doch nach einem Bericht der „Mitteldeutschen Zeitung“ hat Deutschland bis heute für 2.800 seiner 4.700 Schutzgebiete noch keine Maßnahmen zum Erhalt des Schutzstatus benannt. Falls es zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof kommt, droht Deutschland eine empfindliche Geldstrafe.

### Indikatorenbericht

Der „Indikatorenbericht zur nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ der Bundesregierung bewertet im Abstand von wenigen Jahren die Erreichung der Ziele, die in der Nationalen Strategie der Bundesregierung zur biologischen Vielfalt verankert sind. Die Nationale Strategie fußt auf den in der Convention on Biological Diversity (CBD) weltweit und auf EU-Ebene europaweit verankerten Schutzziele. Ein Set von 19 Indikatoren bilanziert alle zwei Jahre den Fortschritt bei der Umsetzung. Die Indikatoren bewerten unter anderem den Stand bei der Artenvielfalt und Landschaftsqualität, der Gefährdung wildlebender Arten und einheimischer Nutzierrassen sowie bei streng geschützten Gebieten. Der Indikator „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ ist der Schlüsselindikator für die Nachhaltigkeit von Landnutzungen. Der Indikatorenbericht für 2014 wurde im Februar 2015 vom Bundesumweltministerium veröffentlicht und kann von der Website des Ministeriums heruntergeladen werden ([www.bmub.bund.de](http://www.bmub.bund.de)).



Der Fischotter kehrt nach NRW zurück.

## NRW: Vielfalt braucht besseren Schutz

„NRW hat eine faszinierende Vielfalt an Arten und Lebensräumen. Aber das wilde NRW ist bedroht“: So lautete ein Zitat von Landesumweltminister Johannes Remmel in einer Pressemeldung vom 28. August 2014. Panikmache? Keineswegs, denn das Ministerium lieferte auch gleich die Belege: Von den insgesamt etwa 12.000 untersuchten Arten in NRW sind nach der aktuellen „Roten Liste der gefährdeten Arten“ jeweils 42 Prozent der Säugetierarten sowie der Farn- und Blütenpflanzen, mehr als 50 Prozent der Vogelarten, etwa 52 Prozent der Wildbienen und Wespen sowie rund 55 Prozent der Schmetterlingsarten gefährdet, vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben.

Ebenso kritisch sieht es bei den Lebensräumen aus, insbesondere im nordrhein-westfälischen Tiefland. Nach Untersuchungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) sind rund 77 Prozent der Lebensräume im Tiefland in einem unzureichenden oder schlechten Erhaltungszustand, allen voran nährstoffarme Stillgewässer, Moore, Wiesen, Weiden und Hartholz-Auenwälder. Im Bergland sind es hingegen nur rund 32 Prozent.

Im ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und Grüne den Schutz der Biodiversität in Nordrhein-Westfalen als eine Schwerpunktaufgabe definiert – und ihren Worten auch Taten folgen lassen. So hat die Landesregierung Ende August 2014 einen Entwurf der Biodiversitätsstrategie für NRW vorgelegt. Bis Ende September 2014 gingen dazu 35 Stellungnahmen von Verbänden und Organisationen im Umweltministerium ein. Nach weiteren Beratungen wurde die Biodiversitätsstrategie am 20. Januar 2015 verabschiedet.

Sie beschreibt den aktuellen Zustand der Natur- und Landschaftsräume in NRW und nennt rund 150 Ziele und Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in den kommenden zehn bis 15 Jahren. Im Vorfeld der Biodiversitätsstrategie hat die Landesregierung den

Naturschutz-Etat von 18 auf 36 Millionen Euro verdoppelt. Die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU haben die Strategie als ein „positives Signal für mehr Artenschutz“ begrüßt. Damit die Strategie erfolgreich sein wird, fordern die Verbände einen verbindlichen Umsetzungsfahrplan, Sofortmaßnahmen für besonders gefährdete Arten, eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Strategie und ausreichende Personal- und Finanzmittel für die Naturschutzverwaltung.

Gleichzeitig haben die Verbände ihre Anforderungen an den Entwurf des neuen Landesnaturschutzgesetzes formuliert, der 2015 veröffentlicht werden soll. Die Novellierung sei als Anpassung des Landschaftsgesetzes NRW an das Bundesnaturschutzgesetz aus dem Jahr 2010 mehr als überfällig und zudem als Baustein für die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie von enormer Bedeutung. Insbesondere auf den intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen müsse es zu einer Kehrtwende kommen, „damit auch zukünftige Generationen noch Kiebitze, Feldlerchen und Feldhasen beobachten können“. Neben einer Verbesserung der planerischen Grundlagen des Naturschutzes ist für BUND, LNU und NABU vor allem eine Stärkung des ehrenamtlichen Naturschutzes wichtig.

Das größte Sorgenkind im Naturschutz ist die Landwirtschaft. Deshalb hat NRW im Jahr 2014 Maßnahmen zum Natur- und Tierschutz in der Landwirtschaft sowie den Ökologischen Landbau mit rund 42 Millionen Euro gefördert. Damit sollen die Lebensbedingungen für gefährdete Tiere und Pflanzen in der Kulturlandschaft verbessert, der Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln reduziert sowie Boden und Gewässer besser geschützt werden. Wie der im November 2014 vom Landesumweltministerium vorgelegte Bericht „Nitrat im Grundwasser“ zeigt, sind die Nitratkonzentrationen in den landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten im Norden und Westen von NRW seit 20 Jahren gleichbleibend hoch und mancherorts sogar angestiegen.

### Erfolge durch Engagement

Viele Tier- und Pflanzenarten werden durch menschliche Aktivitäten in ihrem Bestand gefährdet. Doch Menschen sind es auch, die mit ihrer zumeist ehrenamtlichen Arbeit dazu beitragen, dass Lebensräume erhalten werden und Arten zurückkehren. Die Erfolgsgeschichte des Wanderfalken in NRW haben wir bereits im letzten Jahresbericht erwähnt, und sie wurde 2014 fortgeschrieben, wo mit 211 Brutpaaren und 344 ausgeflogenen Jungfalken ein neues Rekordergebnis erzielt wurde.

Auch der Fischotter kommt nach NRW zurück. Seit 2009 lebt eine kleine Population im Münsterland, und 2014 tappte auch am Niederrhein ein Fischotter in eine Fotofalle. Rund 500 Biber haben sich in NRW wieder angesiedelt, die meisten davon an der Eifel-Rur, aber auch in Kleve und Wesel oder am Unterlauf der Schwalm. Und der Steinkrebs, der wie andere heimische Edelkrebse durch die von Neophyten eingeschleppte Krebspest an den Rand des Aussterbens gebracht wurde, soll in sauberen Bächen der Eifel eine Heimat finden. Am 23. Oktober 2014 setzte dort Harald Groß, der sich seit Jahren in einem früher von uns geförderten Projekt ([www.edelkrebsprojekt.nrw.de](http://www.edelkrebsprojekt.nrw.de), Projektdatenbank U-3390) um den Schutz der heimischen Flusskrebse kümmert, gemeinsam mit anderen Kriebsexperten rund 200 junge Steinkrebse – sogenannte Sömmerlinge – in einem geeigneten Eifeltgewässer aus.

Biodiversität ist das Thema vieler von uns geförderter Projekte – von Umweltbildungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene über konkrete Hilfsprojekte für bedrohte Arten wie Wildbienen, Fledermäuse oder Ringelnatter bis hin zur Gestaltung außerschulischer Lernstandorte, die beim Thema biologische Vielfalt mit gutem Beispiel vorangehen. Bei so viel Engagement sollte die Biodiversität in NRW eine echte Chance haben.



Foto: Zhylyen Leven

Biberdamm

## Projekte Natur und Umwelt

### Naturschutz konkret

Schlangen genießen bei vielen Menschen keine hohen Sympathiewerte. Dabei handelt es sich um faszinierende Tiere, die zudem Indikatoren für intakte Ökosysteme in Feuchtgebieten sind. Mit dem Projekt **Ringelnatterschutz Westliches Ruhrgebiet** möchte der **Zoo Duisburg** (eine gemeinnützige Aktiengesellschaft) gemeinsam mit anderen Partnern zum Schutz dieser eleganten Schlangenart in der Region beitragen. Die bevorzugten Lebensräume der Ringelnatter – vielfältig strukturierte Feuchtgebiete mit langsam fließenden Gewässern, Seen oder Teichen – sind auch die Heimat vieler anderer gefährdeter Tierarten. Deshalb wird der Projektträger das Thema Biodiversität am Beispiel der Ringelnatter durch ein umfangreiches Bildungsangebot und intensive Öffentlichkeitsarbeit vermitteln. Die Stiftung fördert das Projekt mit 42.771 Euro.

Der **BUND** widmet sich in Nordrhein-Westfalen in mehreren, von unserer Stiftung geförderten Projekten dem Schutz von Arten und Lebensräumen. **Mehr Platz für Spatz und Co. – Artenschutz an Gebäuden** (Fördersumme: 59.300 Euro) hat sich das Ziel gesetzt, Spatzen und andere Gebäudebrüter zu schützen, die durch den modernen Wohnungsbau und energetische Sanierungen in ihrer Existenz bedroht sind. Neben der Beratung sanierungswilliger Immobilienbesitzer geht es um den Aufbau eines Netzwerkes von ehrenamtlichen Betreuern sowie die Einrichtung einer öffentlich zugänglichen Datenbank mit gebäudebezogenen Nachweisen zu Brutplätzen oder Fledermausquartieren. Das Projekt wurde in enger Zusammenarbeit mit der Biologischen Station Hagen von der BUND-Kreisgruppe Hagen entwickelt. Dem Schutz bedrohter Arten dient auch das Projekt **Erfassung von Fledermäusen** (Fördersumme: 4.360 Euro), bei dem der BUND mit Hilfe von speziellen Aufnahmegegeräten – sogenannten „batloggern“ – Fledermäuse und ihre Quartiere ermittelt und zum Schutz der Tiere und ihrer Lebensräume aufruft.

Eine besondere Gefährdung für Vögel stellen große Fenster, Glasfassaden und verglaste Schallschutzwände dar: Nach Schätzungen von Naturschutzverbänden sterben täglich in Europa rund 240.000 Vögel durch den Aufprall an solchen transparenten Flächen. Mit dem Projekt **Vermeidung von Vogelschlag** (Fördersumme: 90.480 Euro) will der BUND NRW dazu beitragen, die Zahl der Todesopfer zu reduzieren. Um eine Datenbasis zu erhalten, wird in Köln eine exemplarische Erhebung zum Vogelschlag und zur Anzahl von vogelgefährdenden Gebäuden durchgeführt. Auf der Basis dieser Erhebung werden Architekten, Gebäudeeigentümer, Verwaltung und Politik über die Problematik und mögliche Lösungsansätze informiert. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit rundet das Projekt ab.

Experten aus Verbänden, Behörden, Wissenschaft und Politik trafen sich vom 1. bis zum 3. August 2014 auf Einladung des BUND im Arbeitnehmerzentrum Königswinter zu den **1. Naturschutztagen am Rhein**, um über einen besseren Schutz für den Strom zu beraten (Fördersumme: 8.000 Euro). Nach einhelliger Auffassung der Tagungsteilnehmer hat der Rhein ein hohes Potenzial für die Biodiversität in Mitteleuropa, ist aber noch weit von dem „guten ökologischen Zustand“ entfernt, den die EG-Wasserrahmenrichtlinie für alle Oberflächengewässer bis spätestens 2015 vorschreibt.

➔ Weitere Informationen unter [www.zoo-duisburg.de](http://www.zoo-duisburg.de), [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3528, U-3556, U-3574, U-3594 und U-3573

Ringelnatter: Die weiblichen Tiere können bis zu 1,5 Meter lang werden.





Frisch angelegte Streuobstwiese



Kohlrabi aus der Ermeikeilkaserne

## Umweltbildung: Von Ostwestfalen ...

Wissen ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches Engagement. Das gilt auch für den Natur- und Umweltschutz. Deshalb unterstützt unsere Stiftung Projekte, die gute Bedingungen für Umweltbildung schaffen. Ein umfangreiches Vorhaben ist der Aufbau des **Natur-Infozentrums Senne** (Fördersumme: 80.000 Euro) im ehemaligen Prinzenpalais in Bad Lippspringe. Der **NABU-Kreisverband Paderborn** aktualisiert dort die Ausstellung „Naturschutz und Militär auf dem Truppenübungsplatz Senne“ und etabliert ein vielfältiges Umweltbildungsprogramm. Gemeinsam mit der Stadt Bad Lippspringe arbeitet der NABU an einem Konzept, mit dem das Umweltbildungszentrum zu einem wichtigen Bestandteil der Landesgartenschau 2017 in Bad Lippspringe werden soll.

Der **NABU-Kreisverband Minden-Lübbecke** möchte seine Umweltbildungsarbeit optimieren und hat deshalb einen **Organisationsentwicklungsprozess** (Fördersumme: 9.972 Euro) begonnen, der in einem Handlungsplan für die kommenden Jahre münden soll.

In Bielefeld gestaltet der **Verein zur Förderung der Jugendarbeit** im Rahmen des Projektes **Färberpflanzen und Streuobstwiese** (Fördersumme: 78.431 Euro) einen ehemaligen Bauernhof als naturnahen außerschulischen Lern- und Freizeitort für Menschen mit und ohne Behinderung. Geplant sind eine Streuobstwiese mit alten, vom Aussterben bedrohten Obstbäumen, die Anlage eines Färbergartens und die Pflanzung einer Naturhecke. Durch das Gelände soll ein barrierefreier Weg mit Informationstafeln zu den Bäumen und Pflanzen führen.

→ Weitere Informationen unter [www.nabu-paderborn.de](http://www.nabu-paderborn.de), [www.nabu-minden-luebbecke.de](http://www.nabu-minden-luebbecke.de), [www.diefalken-bielefeld.de](http://www.diefalken-bielefeld.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3540, O-2323 und U-3555

## ... bis zur Eifel

Der **Bienenzuchtverein Bechen** errichtet auf seinem Gelände einen **Lehrbienenstand** (Fördersumme: 91.800 Euro). Die Lehr- und Ausbildungsveranstaltungen für Imker stehen auch allen interessierten Naturfreunden offen. Auf einer Wiesenfläche hinter dem Lehrbienenstand ist eine Obstwiese mit einem Lehrpfad und zahlreichen alten Obstsorten angelegt worden, die durch weitere bienenfreundliche Pflanzen ergänzt wird. Zusätzlich geplant sind ein Wildbienenhotel sowie ein Schaukasten, der einen ungestörten Blick auf ein Bienenvolk erlaubt.

Die Konzeption von Umweltbildungsangeboten steht im Zentrum von zwei Projekten im Bonner Raum. Im Juni 2013 wurde das rund 25.000 qm große Gelände der Bonner Ermeikeilkaserne von der

Bundeswehr geräumt. Dort waren übrigens die ersten Soldaten der 1955 neu errichteten Bundeswehr stationiert. Was langfristig daraus werden soll, ist noch nicht beschlossen. Für die Zwischennutzung hat der **Förderverein zur zivilen Nutzung der Ermeikeilkaserne** ein Konzept entwickelt und gestaltet einen Teil des Geländes als **Lernort für Umweltbildung und globales Lernen** (Fördersumme: 9.500 Euro). Der ökologische Gemeinschaftsgarten mit seinen mobilen Pflanzkästen ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie sich eine städtische Brachfläche durch ehrenamtliches Engagement bis zur Verwirklichung eines endgültigen Konzeptes für Umweltbildungsangebote nutzen lässt.

Der Verein **Umweltbildungszentrum Pleistalwerk** baut auf einem ehemaligen Industriegelände in Sankt Augustin ein **Umweltbildungszentrum** (Fördersumme: 38.950 Euro) auf. Nach einer Bedarfsanalyse bei schulischen und außerschulischen Bildungsträgern werden Konzepte zur Umweltbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung entwickelt. Darüber hinaus soll ein regionales „Netzwerk Umweltbildung“ mit qualifizierten Natur- und Umweltpädagogen geknüpft werden, um den Veranstaltungsbedarf des Umweltbildungszentrums langfristig abzudecken.

2004 wurde der Nationalpark Eifel eingerichtet. Teile der dortigen Bevölkerung waren zunächst unsicher, welche Veränderungen der Park mit sich bringen würde. Aufklärung tat not, und so nutzte der **Förderverein Nationalpark Eifel** ab 2006 den von unserer Stiftung geförderten Informationsbus „Fagabundus“, um bei den Menschen vor Ort für die Idee des Nationalparks zu werben. Der Bus wurde bei rund 260 Veranstaltungen eingesetzt. Mit der Zeit wurden jedoch die Kosten für Wartung und Instandhaltung zu hoch, und es erwies sich zunehmend als Nachteil, dass der „Fagabundus“ nur von Personen mit einem Busführerschein gefahren werden konnte. Deshalb wird er künftig durch einen ebenfalls von unserer Stiftung geförderten mittelgroßen Transporter ersetzt, der flexibel als **Infomobil Natur** (Fördersumme: 42.500 Euro) einsetzbar ist und auch Platz genug für die neue mobile Ausstellung zum Nationalpark bietet.

Die **BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg** erweitert ihren Bestand an **Tierpräparaten** (3.110 Euro), um Basiswissen über Tierarten zu vermitteln. Am Beispiel der Präparate sollen zudem mögliche Aktivitäten zum Schutz der Arten und ihrer Lebensräume vorgestellt werden.

→ Weitere Informationen unter [www.bienenzuchtverein-bechen.de](http://www.bienenzuchtverein-bechen.de), [www.ermekiekkarree.de](http://www.ermekiekkarree.de), [www.ubz-pleistalwerk.de](http://www.ubz-pleistalwerk.de), [www.foerderverein-nationalpark-eifel.de](http://www.foerderverein-nationalpark-eifel.de), [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3565, U-3544, U-3552, U-3541 und U-3606

## Umwelt als Berufsfeld

Bei Berufen im Bereich Umwelt und Naturschutz ist der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte noch sehr gering. Unter dem Titel **Umwelt-Chancen** (Fördersumme: 8.500 Euro) hat die **Fraueninitiative für Bildung und Erziehung** eine berufsbildende, interkulturelle Projektwoche an der Elisabeth-Selbert-Gesamtschule in Bonn durchgeführt. Dabei lernten rund 160 Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen verschiedene Umweltberufe kennen, unternahm Umwelt-Exkursionen und beschäftigten sich unter Anleitung von professionellen Trainern mit beruflichen Fähigkeiten wie Kommunikation, Konflikt- und Projektmanagement. Außerdem gab es wertvolle Tipps für erfolgreiche Bewerbungen, und im Rahmen einer Ausbildungsmesse wurden erste Kontakte in die Berufswelt geknüpft.

An Menschen, die das Berufsleben hinter sich haben, richtet sich ein Projekt des **NABU NRW**. Er bildet sie zu zertifizierten, ehrenamtlichen **Naturtrainern** (Fördersumme: 41.388 Euro) aus. Das Pilotprojekt begann mit jeweils einer Gruppe von Senioren in der Region Krefeld/Viersen und im Ruhrgebiet. Nach mehrtägigen Workshops vermitteln die Senioren in einem Kindergarten ihrer Wahl regelmäßig Kindern und Erziehern „Naturerleben“ auf spielerische Art und Weise. Schirmherr des Projektes ist Landesumweltminister Johannes Remmel.

→ Weitere Informationen unter [www.fiber-bonn.de](http://www.fiber-bonn.de), <https://nrw.nabu.de> sowie in unserer Projektdatenbank unter I-6101 und U-3571



Ehrenamtliche Naturtrainerinnen und Naturtrainer



Aktionsposter des Naturpädagogischen Zentrums Schelphof

## Biodiversität vielfältig vermittelt

Das **Naturpädagogische Zentrum Schelphof** in Bielefeld ist eine Bildungsstätte mit dem Schwerpunkt Ökologischer Landbau und bäuerliche Kulturlandschaft. Unter dem Motto **Biologische Vielfalt in 12 Monaten** wird im Schelphof eine Serie mit zwölf Aktionspostern (Fördersumme: 36.450 Euro) zu Themen der biologischen Vielfalt entwickelt. Die Poster mit ihren jahreszeitlichen Aktionsvorschlägen können in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen für Kinder zwischen acht und zehn Jahren genutzt werden. Veranstaltungen für Schüler und Lehrerfortbildungen sind weitere Angebote des Projektes.

Mit dem **Saatgutfestival** (Fördersumme: 6.200 Euro) hat der **Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt** am 8. März 2014 mehr als 1.100 Besucher nach Königswinter gelockt. Die informierten sich bei Vorträgen, Filmen und in einer Ausstellung über die kulturelle und kulinarische Bedeutung alter Nutzpflanzen und versorgten sich mit wertvollem Saatgut.

Der **BUND NRW** hat **Biodiversitätsstandards für Kölner Grünflächen** erarbeitet (Fördersumme: 2.100 Euro) und dazu einen Maßnahmenkatalog veröffentlicht. Ergänzt durch Hintergrundwissen zur Biodiversität in Städten gibt er Akteuren in Köln und in anderen Kommunen Anregungen für die Gestaltung und Pflege städtischer Grünflächen.

→ Weitere Informationen unter [www.npzschelphof.de](http://www.npzschelphof.de), [www.nutzpflanzenvielfalt.de](http://www.nutzpflanzenvielfalt.de), [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3550, U-3561 und U-3579



Foto: Arche Noah

Wasser und ICH: Lieber ein bisschen Abstand halten, damit einen der Krebs nicht zwickt.

## Umwelt- und Naturschutz für junge Menschen

Inklusion, also das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung, wird bei vielen Umweltbildungsangeboten bislang nur unzureichend praktiziert. Unter dem Titel **Wasser und ICH** (Fördersumme: 58.500 Euro) hat der **Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah** ein Projekt begonnen, das hier mit zielgruppengerechten Veranstaltungen, speziellem Lernmaterial und Informationstafeln für Blinde Abhilfe schaffen soll. Bis zum Oktober 2014 nutzten bereits 88 Gruppen mit mehr als 1.600 Teilnehmern das Angebot zu Themen wie Artenvielfalt im und am Wasser, Bedeutung des Wasserkreislaufes oder Wasser und Klima. Die Erfahrungen aus dem Projekt werden dokumentiert und auf einer barrierefreien Homepage zur Verfügung gestellt.

Der Gemeinschaftsgarten **Kölner NeuLand** hat zwölf **Umweltbildungskisten** (Fördersumme: 5.000 Euro) entwickelt und setzt sie für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ein. Die Materialien stehen als kostenloser Download auf der Webseite des Gemeinschaftsgartens zur Verfügung. Bei Schulen und Kindergärten in der Umgebung wirbt NeuLand für das Umweltbildungsangebot.

**Meckikids**, ein Familien-, Kinder- und Jugendförderverein für Meckenheim und Umgebung, erweitert das bestehende Bildungsangebot für Kinder ab drei Jahren unter dem Titel **Wald- und Wiesenforscher** (Fördersumme: 1.910 Euro). Die Basis dafür sind eine Weiterbildung für die Gruppenleitung, der Einsatz von professionellen Wald- und Erlebnispädagogen sowie verschiedene Anschaffungen.

Einer besonderen Pflanzengruppe widmet sich ein Bildungsprojekt des **BUND NRW**: Neophyten, also ursprünglich nicht bei uns heimischen, durch menschliches Zutun eingewanderten Pflanzen. Einige von ihnen, etwa der Riesen-Bärenklau oder das Indische

Springkraut, gelten als invasiv, das heißt sie verbreiten sich sehr schnell und sind in ökologischer, ökonomischer oder gesundheitlicher Hinsicht bedenklich. Im Rahmen des Citizen-Science-Projektes **Erforsche Neophyten mit!** (Fördersumme: 64.806 Euro) will der BUND Kinder und Jugendliche in die Erforschung von invasiven Pflanzenarten im Bonner Raum einbinden. Die jungen Forscher lernen den Zusammenhang von Neophyten und Umweltschutz kennen, erheben Daten und stellen ihre Kartierungsergebnisse für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung. Unterstützt werden sie von Multiplikatoren, die im Rahmen des Projektes ausgebildet werden und auch den Austausch mit Wissenschaftlern begleiten.

→ Weitere Informationen unter [www.arche-menden.de](http://www.arche-menden.de), [www.neuland-koeln.de](http://www.neuland-koeln.de), [www.meckikids.de](http://www.meckikids.de), [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3566, U-3578, U-3583 und U-3587



Foto: Kölner NeuLand

Spannende Anregungen in der Umweltbildungskiste



# Klima und Energie

Die globale Erwärmung schreitet fort und die Menschen sind Hauptverursacher der Klimaveränderungen. Zu diesem Ergebnis kommt der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) in seinem 2013/2014 vorgelegten 5. Sachstandsbericht. Der Bericht unterstreicht die rapide zunehmende Erwärmung des Globus. Demnach waren die letzten drei Jahrzehnte an der Erdoberfläche wärmer als alle vorangehenden seit 1850. Für den IPCC ist es „äußerst wahrscheinlich“ (mit einer Sicherheit von mehr als 95 Prozent), dass der Einfluss des Menschen im Verlauf des 20. Jahrhunderts zum dominierenden Faktor der Klimaveränderungen geworden ist. Zur Begrenzung des Klimawandels ist deshalb eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen notwendig.

Die soll auf dem Weltklimagipfel 2015 in Paris beschlossen werden. 2014 war das Jahr der Vorbereitungen auf ein neues, globales Abkommen zum Klimaschutz, das die Erderwärmung auf maximal zwei Grad begrenzen soll. Doch die Beiträge der 20. UN-Vertragsstaatenkonferenz Anfang Dezember in Lima waren allenfalls bescheiden. Während die Bundesregierung von einer soliden Basis für den geplanten Weltklimavertrag sprach, kritisierte der World Wide Fund For Nature (WWF) die Konferenz als eine „Verschwendung von Zeit und Energie“.

Dabei gab es durchaus einige Ergebnisse, aber diesen fehlte leider die Verbindlichkeit. Wenn die 195 teilnehmenden Staaten im 37 Seiten starken Abschlussdokument ermuntert werden, Beiträge zum Klimaschutz zu leisten, oder die reichen Nationen zur Präzisierung ihrer Klimaschutz-Finanzhilfen für die ärmeren Länder aufgefordert werden, ist das eine zwar richtige, aber keine bindende und auch keine konkrete Vorgabe für das angestrebte globale Abkommen. Ebenso vage formuliert ist ein Ergebnis, das von den meisten Beobachtern als tendenziell positiv bewertet wurde: Der langjährige lähmende Streit zwischen Industrienationen, Schwellen- und Entwicklungsländern um die Verantwortung für den Klimawandel und die daraus resultierenden jeweiligen Verpflichtungen wurde durch den Verweis auf die gemeinsame Verantwortung aller Staaten ansatzweise entschärft, jedoch nicht wirklich gelöst.

## Europa muss nacharbeiten

2009 haben die Staats- und Regierungschefs der EU das langfristige Ziel ausgegeben, dass die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 sinken sollen. Ein ebenso ambitioniertes wie notwendiges Vorhaben, denn nur so ließen sich nach Ansicht des IPCC die schlimmsten Folgen des Klimawandels noch abwenden. Doch die EU wird diese Ziele verfehlen, wenn sie ihre Anstrengungen nicht deutlich erhöht – dieses harsche Zeugnis formuliert keine strenge NRO, sondern die Europäische Umweltagentur in ihrem aktuellen Umweltbericht. Zwar sind die Treibhausgasemissionen in der EU seit 1990 von 11,8 auf 9 Tonnen pro Kopf und Jahr gesunken, doch von der avisierten Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft ist die Europäische Union noch weit entfernt.

Da ist es wenig überzeugend, wenn sich die EU kurzfristig auf einem guten Weg sieht. Das Klima- und Energiepaket aus dem Jahr 2007 beinhaltet drei Ziele – die sogenannte Zieltrias –, die bis 2020 erreicht werden sollen: die Treibhausgasemissionen werden gegenüber 1990 um mindestens 20 Prozent reduziert, der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU auf 20 Prozent erhöht und der Energieverbrauch durch verbesserte Effizienz um 20 Prozent gemindert. Das könnte gelingen, ist jedoch angesichts der angestrebten Reduzierung von 80 und mehr Prozent bis 2050 nicht ausreichend. Das gilt auch für die Zielsetzungen, die die 28 Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfeltreffen im Oktober 2014 für 2030 vereinbart haben. Danach sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 1990 verbindlich um mindestens 40 Prozent sinken, der Anteil der Erneuerbaren um mindestens 27 Prozent steigen und der Energieverbrauch um ebenfalls 27 Prozent sinken. Die letzte Zielvorgabe hat allerdings lediglich empfehlenden Charakter. 2020 will die EU ihr Effizienzziel überprüfen und gegebenenfalls modifizieren.



Foto: Zakir Hossain Chowdhury

Dürre in Bangladesch

## Nicht ambitioniert genug

Das liest sich auf den ersten Blick nicht schlecht, und schließlich gilt ein geschlossenes Auftreten der EU als entscheidende Voraussetzung dafür, dass der Weltklimagipfel 2015 zu einem respektablem Ergebnis kommen kann. Ambitioniert allerdings kann man die Brüsseler Beschlüsse kaum nennen – schließlich hat die EU-Kommission bereits zugegeben, dass selbst bei einer unveränderten Klimaschutzpolitik bis 2030 schon 32 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart würden.

Die Klimabeschlüsse sind ein Spiegelbild der unterschiedlichen nationalen Interessen in der EU. Experten haben für den mageren Kompromiss vor allem die sogenannte Visegrad-Gruppe verantwortlich gemacht – Länder wie Polen, Tschechien oder Rumänien, die bei ihrer Energieerzeugung noch massiv auf Kohle setzen und für ihre grundsätzliche Zustimmung zu den EU-Klimazielen künftig massive

Finanzhilfen für den Umbau ihrer Energieversorgung und die Modernisierung der entsprechenden Infrastruktur bekommen werden.

Während sich die Gipfelteilnehmer für ihre Beschlüsse und Kompromissbereitschaft lobten, kritisierten Umweltschützer die Ziele als unzureichend und weit unterhalb dessen, „was notwendig ist und von Europa getan werden könnte, um den Klimawandel zu bekämpfen“, so die Umweltschutzorganisation Friends of the Earth Europe. Christoph Bals von Germanwatch sprach mit Blick auf das 2050-Ziel davon, dass es nicht glaubwürdig sei, „wenn zuerst bis 2030 vier Jahrzehnte lang nur 40 Prozent reduziert werden sollen und dann in der Hälfte der Zeit noch einmal 40 bis 55 Prozent“. Viele Beobachter äußerten zudem ihr Unverständnis darüber, dass der brachliegende Handel mit Emissionsrechten in Brüssel keine Rolle gespielt habe. Das allerdings hat sich mittlerweile geändert.

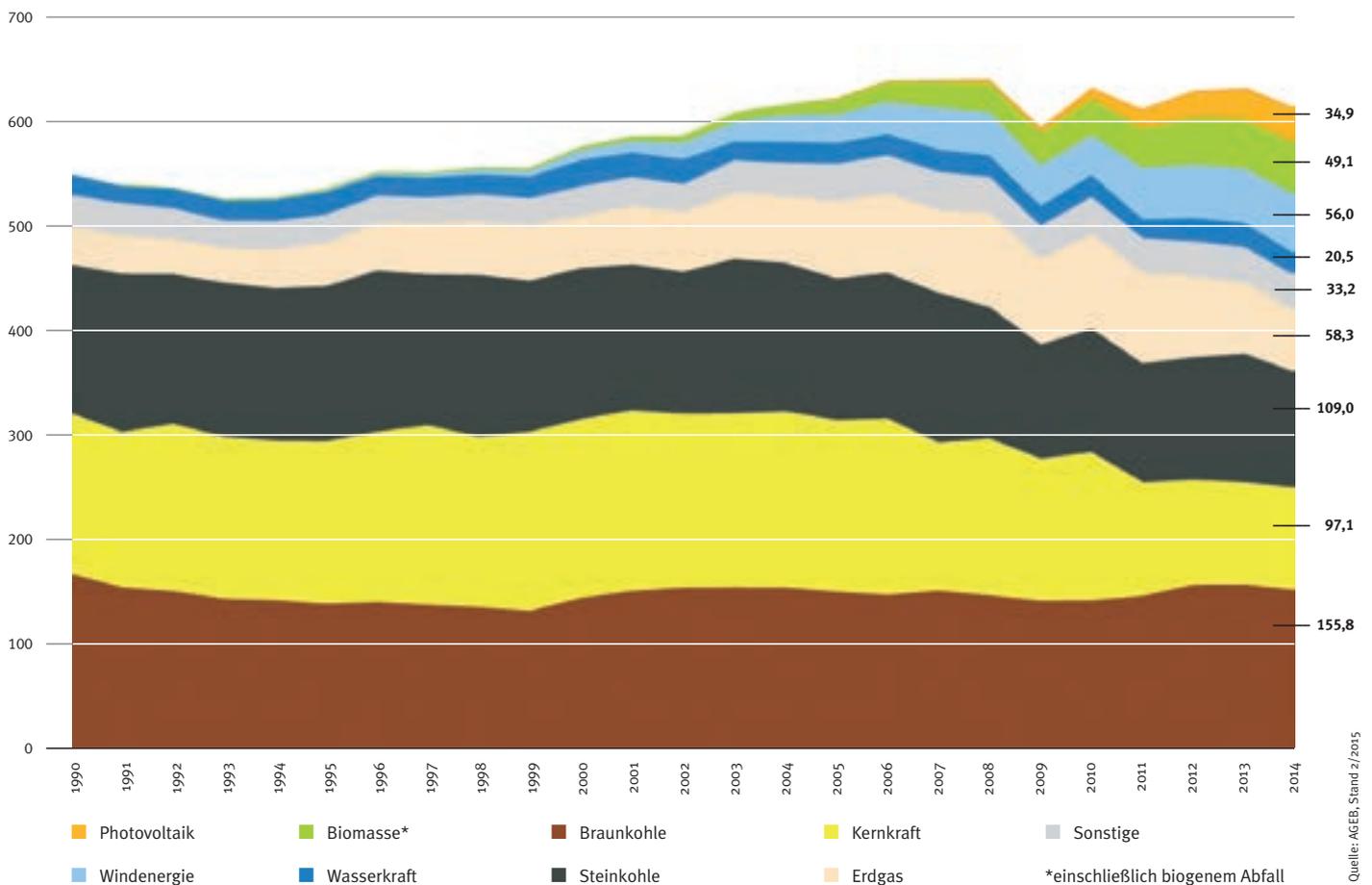
## Reform des Emissionshandels

Der Handel mit Emissionsrechten soll Unternehmen zum Energiesparen veranlassen. Dabei legt die EU die jährlich erlaubten Emissionsmengen fest. In Europa zahlen rund 11.000 Unternehmen aus der Energie-, Chemie- und Schwerindustrie sowie der Zement- und Papierbranche für den darüber hinausgehenden Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase, indem sie Verschmutzungsrechte kaufen. Allerdings hat ein anhaltender Überschuss an Emissionszertifikaten zu einem

starken Preisverfall geführt: von 29 Euro pro Zertifikat zu Beginn des Handelsperiode 2005 bis rund 5 Euro Anfang 2015. Damit ist es für viele Unternehmen billiger, Verschmutzungsrechte zu kaufen, als in klimafreundliche Technik zu investieren.

Deshalb hat die EU Anfang des Jahres 2015 eine Reform des Emissionshandels beschlossen. Mehrere 100 Millionen überschüssige Emissionszertifikate sollen durch das sogenannte Backloading – also eine zeitweilige Verknappung – vom Markt genommen und in eine Marktstabilitätsreserve überführt werden. Damit soll der Markt künftig aktiv gesteuert werden: Steigt der Überschuss zu stark, werden Zertifikate vom Markt genommen und in die Reserve gestellt. Sinkt der Überschuss unter eine bestimmte Grenze, gehen Zertifikate aus der Reserve zurück auf den Markt. Darüber hinaus sollen zehn Prozent der Erlöse aus dem CO<sub>2</sub>-Handel an jene Staaten verteilt werden, deren Bruttoinlandsprodukt unterhalb von 60 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Die Versteigerungserlöse aus einer zusätzlichen Reserve von 400 Millionen Zertifikaten sollen für den Ausbau erneuerbarer Energien verwendet werden. Die Reform soll nach einer grundsätzlichen Einigung zwischen der lettischen EU-Ratspräsidentschaft, dem EU-Parlament und der EU-Kommission 2018 beginnen.





**Stromerzeugung in Deutschland 1990–2014**  
Bruttostromerzeugung nach Energieträgern in Milliarden Kilowattstunden

## Deutschland – Musterknabe mit Umsetzungslücken

In den vergangenen Jahren hat sich Deutschland gerne als treibende Kraft bei den internationalen Klimaschutzbemühungen bezeichnet. Die nationalen Ziele scheinen das zu bestätigen: Der Ausstoß an Treibhausgasen soll gegenüber 1990 bis 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent sinken. Angestrebt wird ebenfalls eine Reduzierung des nationalen Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent gegenüber 2008, und der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch soll bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent steigen.

Die Ziele sind ehrgeizig – doch die Umsetzung stockt, kritisiert die Organisation Germanwatch in ihrem jährlich aufgelegten, weltweiten Klimaschutz-Index. Nachdem Deutschland in den Jahren 2005 bis 2013 immer einen Platz unter den Top Ten belegen konnte, wurde es 2014 nur auf Platz 22 eingestuft. Verantwortlich dafür sind laut Germanwatch vor allem der starke Anstieg der Kohleverstromung sowie der langsamere Ausbau der erneuerbaren Energien. Nach wie vor werden die Produktionsschwankungen bei den erneuerbaren Energien hauptsächlich mit der klimaschädlichen Braunkohle ausgeglichen. Als einziges EU-Land musste Deutschland im Zeitraum von 2012 bis 2013 einen Anstieg des Kohlendioxidausstoßes um 20 Millionen Tonnen hinnehmen.

Eine aktuelle Metaanalyse von elf Studien zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland, die die Agentur für Erneuerbare Energien veröffentlicht hat, mündet in einem pessimistischen Fazit: „Alle untersuchten Trendszenarien, die die voraussichtliche Entwicklung unter den gegenwärtig absehbaren Rahmenbedingungen abschätzen, zeigen, dass Deutschland seine Klimaziele ohne weitere Maßnahmen verfehlen wird.“ Während beim Ausbau der erneuerbaren Energien in den meisten Szenarien eine positive Entwicklung erwartet wird, sind bei der Energieeffizienz und der Reduktion der Treibhausgasemissionen große Probleme zu befürchten.

Um das Ziel der 40-Prozent-Reduzierung bis 2020 erreichen zu können, hat die Bundesregierung Ende 2014 das Aktionsprogramm „Klimaschutz 2020“ beschlossen. Zu den Maßnahmen gehören die Reduzierung des Energieverbrauchs durch energetische Sanierungen und bessere Dämmung, Reduktionsvorgaben für die Betreiber von Kraftwerken sowie steuerliche Anreize für die gewerbliche Nutzung von Elektroautos. Nach Angaben der Bundesregierung sollen mit dem Programm insgesamt bis zu 78 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Ohne die zusätzlichen Maßnahmen würde aktuellen Projektionen zufolge das 40-Prozent-Ziel um 5 bis 8 Prozentpunkte verfehlt.



Foto: Chris R.

Noch ausbaufähig: Offshore-Windenergie

## Neue Vorgaben durch die EEG-Reform

Ein zentraler Bestandteil der deutschen Klimaschutzstrategie ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Das entscheidende Instrument für dieses Vorhaben ist das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), das im Jahr 2000 in Kraft getreten ist. Das Gesetz verpflichtet die Netzbetreiber, Strom aus regenerativen Quellen abzunehmen und vorrangig ins Netz einzuspeisen. Den Erzeugern sichert es über 20 Jahre einen festgelegten Vergütungssatz. Die Höhe dieser Einspeisevergütung richtet sich nach der Art der Stromerzeugung, nach dem Standort und der Anlagengröße. Die Differenz zwischen dem am Markt erzielten Strompreis und dem garantierten Vergütungssatz wird über die EEG-Umlage ausgeglichen. 2014 lag sie bei 6,24 Cent pro Kilowattstunde.

Die kontinuierlich steigende EEG-Umlage wird vor allem von den Individualverbrauchern gezahlt. Denn energieintensive Unternehmen können sich bislang aus Wettbewerbsgründen von der EEG-Umlage befreien lassen. 2014 nutzten mehr als 2.000 Unternehmen diese Möglichkeit

Mit der EEG-Reform 2014 sollen der weitere Kostenanstieg gebremst, der Ausbau systematischer gesteuert und die erneuerbaren Energien marktfähiger gemacht werden. Dazu gehören verbindlich festgelegte Ausbaukorridore für die einzelnen Energieträger:

- Solarenergie jährlich 2.500 Megawatt,
- Windenergie an Land jährlich 2.500 Megawatt,
- Offshore-Windenergie insgesamt 6.500 Megawatt bis 2020 und 15.000 Megawatt bis 2030,
- Biomasse jährlich rund 100 Megawatt.

Im Vergleich der fünf großen Wirtschaftsnationen lag Deutschland beim Ausbau der erneuerbaren Energien Ende 2013 mit einem Anteil von 25,4 Prozent an der gesamten Stromerzeugung vor China (19,2), Frankreich (15,6), Japan (12,7) und den USA (12,5). Dieser Anteil stieg nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft im Jahr 2014 auf 25,8 Prozent. Damit überholten die Erneuerbaren erstmals die Braunkohle als Energieträger mit dem höchsten Anteil im deutschen Strommix. Die wichtigste regenerative Energiequelle zur Stromerzeugung war mit 8,4 Prozent Anteil die Windenergie an Land, vor der Biomasse (8 Prozent), der Photovoltaik (5,8 Prozent), der Wasserkraft (3,4 Prozent) und der Offshore-Windenergie (0,2 Prozent).



Foto: Jan-Uwe Romeburger

Nicht mehr mühsam Feuerholz sammeln: Der Solarkocher macht's möglich.

## Zukunftsmusik

Der Energiesektor befindet sich in einer Transformationsphase. Langfristig dürfte die wachsende Zusammenarbeit innerhalb der EU den Bedarf an nationalen Erzeugungskapazitäten senken. Der Anteil der Erneuerbaren wächst, gleichzeitig werden in Deutschland bis Ende 2022 rund 12 Gigawatt Leistung aus Kernkraftwerken vom Netz genommen. Am Horizont steht ein System der Energieversorgung, bei dem nicht – wie bislang – regelbare Kraftwerke der jeweiligen Nachfrage folgen, sondern wo Erzeuger, Verbraucher und Speicher nach ihren jeweiligen Möglichkeiten flexibel auf das schwankende Angebot von Wind- und Sonnenenergie reagieren.

Die Bundesregierung steht vor einer gewaltigen Herausforderung. Sie muss den Rahmen für eine effiziente, zuverlässige und flexible Energieversorgung schaffen, die zudem noch den Anforderungen des Klimaschutzes entspricht und für Haushalte und Industrie bezahlbar bleibt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat 2014 mit dem Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ die Diskussion eröffnet. Im Rahmen eines Konsultationsprozesses nutzten bis März 2015 rund 700 Verbände und Unternehmen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen in den Prozess einzubringen. Daraus entsteht derzeit ein Weißbuch, das im Sommer 2015 veröffentlicht werden soll. Nach einer weiteren Konsultationsphase hofft die Bundesregierung, die notwendigen Maßnahmen und Gesetze auf einer fundierten und mehrheitlich getragenen Grundlage entscheiden zu können.

Foto: Thomas Quack



Folgen des Sturmtiefs „Ela“ in Düsseldorf

## Die Folgen des Klimawandels in NRW

Das Klima in Nordrhein-Westfalen ändert sich. In den letzten 130 Jahren ist die jährliche Durchschnittstemperatur von 8,3 auf 9,6 Grad Celsius gestiegen, die Frosttage sind seltener und die heißen Sommertage häufiger geworden. Die Niederschläge haben im selben Zeitraum um rund 15 Prozent zugenommen, und zwar von rund 790 Millimetern pro Jahr auf über 900 Millimeter. Der Temperaturanstieg verläuft nicht kontinuierlich. Während der lineare Erwärmungstrend zwischen 1881 und 2010 bei 0,1 Grad pro Jahrzehnt lag, so war dieser über die vergangenen 30 Jahre mit 0,3 Grad Celsius dreimal so hoch.

Der Klimawandel ist vor allem in der Natur sichtbar. Die Apfelblüte beginnt aufgrund der gestiegenen Temperaturen rund elf Tage

früher als noch vor 100 Jahren. Vögel wie die Bachstelze oder der Kiebitz, die es früher im Winterhalbjahr in wärmere Gefilde zog, bleiben angesichts der milden Temperaturen immer häufiger hier. Wärme liebende Arten wandern nach Nordrhein-Westfalen ein. Zu ihnen gehören Schrecken wie das Weinhähnchen oder die Mittelmeer-Eichenschrecke, Spinnen wie der giftige Ammen-Dornfinger und die Wespenspinne oder Libellen wie die Südliche Mosaikjungfer und die Feuerlibelle.

Extremwetterereignisse nehmen zu und führen zu enormen wirtschaftlichen Belastungen: So richtete der Orkan „Kyrill“ im Januar 2007 in den Wäldern Nordrhein-Westfalens Schäden von über 1,5 Milliarden Euro an. Und der Sturm „Ela“, der am Pfingstweekenende des Jahres 2014 vor allem in Düsseldorf und im westlichen Ruhrgebiet wütete, kostete die Versicherer rund 650 Millionen Euro. In Düsseldorf zieht die Stadt bei der Wiederaufforstung die Konsequenzen und setzt vor allem auf stadtklimataugliche Baumarten wie Linde, Eiche oder Hainbuche. Silke Thyssen, Leiterin des städtischen Projektbüros „Neue Bäume für Düsseldorf“, betont, dass nicht einfach jeder zerstörte Baum eins zu eins ersetzt werden könne: „Standorte und Baumarten müssen kritisch hinterfragt werden.“

Insgesamt stehen für die 30 Kommunen in NRW, die sich am 2014 aufgelegten Programm „Bürgerbäume“ beteiligen, 1,8 Millionen Euro zur Verfügung – 900.000 aus privaten Spenden und 900.000 aus Mitteln des Landesumweltministeriums.

### Klima-Wandelt

Im Auftrag unserer Stiftung konzipierte Michael Funcke-Bartz die Ausstellung Klima-Wandelt, die anhand von Texten, Grafiken und Fotos über den Klimawandel und seine weltweiten Folgen informiert. Sie bestand zunächst aus 16 Tafeln mit dem Fokus auf Grönland. Später wurde sie durch Tafeln ergänzt, auf denen die Folgen des Klimawandels weltweit und auch in Nordrhein-Westfalen dargestellt werden. Die Ausstellung tourt nun durch NRW und wird in Rathäusern, Schulen, Umweltbildungszentren und bei Veranstaltungen gezeigt. Nichtregierungsorganisationen, Schulen und andere Institutionen in NRW können die Ausstellung kostenlos ausleihen. Wegen der guten Nachfrage gibt es inzwischen auch eine Plakatversion und Arbeitsblätter für Schulklassen und Jugendgruppen. Im April 2015 haben wir eine Broschüre mit Hintergrundinformationen zu den Themen der Ausstellung veröffentlicht.

## Ein Plan muss her

Die erneuerbaren Energien spielen in NRW bislang nur eine untergeordnete Rolle. Ihr Anteil am gesamten Stromverbrauch des Landes steigt langsam – von sieben Prozent im Jahr 2009 über knapp neun Prozent 2011 bis auf mehr als zehn Prozent Mitte des Jahres 2014. Nordrhein-Westfalen hat 2013 als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz mit klaren Zielen zur Emissionsminderung verabschiedet. Der Ausstoß schädlicher Treibhausgase soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 verringert werden. Damit diese Ziele erreicht werden, muss der Zuwachs an erneuerbaren Energien beschleunigt werden.

Das zentrale Instrument der Klimaschutzpolitik in NRW ist der Klimaschutzplan, der konkrete Einzelmaßnahmen zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung festlegt, mit denen die verbindlichen Ziele erreicht werden sollen. Er wurde in einem der größten Dialog- und Beteiligungsverfahren, die bisher in Deutschland stattgefunden haben, erarbeitet. Mehr als 400 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft hatten rund 360 Maßnahmenvorschläge entwickelt, wie die Klimaschutzziele Nordrhein-Westfalens realisiert werden können und wie sich das Land an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anpassen kann.

Bis zum 31. März 2014 konnten alle Bürgerinnen und Bürger die Vorschläge im Internet kommentieren und so an der Erstellung des Klimaschutzplans mitwirken. Im April 2015 hat die Landesregierung den ersten Entwurf des Klimaschutzplans beschlossen, den sie dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegen wird. Nach fünf Jahren soll die Umsetzung aller Maßnahmen überprüft, angepasst und – wenn nötig – ergänzt werden.

## KlimaDiskurs.NRW

Der 2013 gegründete Verein KlimaDiskurs.NRW bietet Vertretern von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik eine Dialogplattform zu wichtigen klima- und energiepolitischen Fragen. Mit diesem Netzwerk soll die Energiewende in NRW durch gemeinsames Handeln der relevanten Akteure befördert werden. Der KlimaDiskurs.NRW organisiert große öffentliche Veranstaltungen, lädt aber auch zu Workshops und vertraulichen Gesprächen im kleinen Kreis ein, in denen die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Gruppen offen diskutiert werden. Initiiert wurde der Verein vom BUND NRW, vom Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW, dem NABU NRW sowie der Verbraucherzentrale NRW. Zu seinen Mitgliedern zählen Unternehmen (darunter einige Stadtwerke), Gewerkschaften und unterschiedlichste Verbände.

Beim KlimaForum am 30. Januar 2014, der Jahreskonferenz des KlimaDiskurs NRW, skizzierte der damalige EU-Energiekommissar Günther Oettinger vor rund 230 Konferenzteilnehmern die Grundzüge der EU-Klimapolitik. Oettinger nannte die angestrebte Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent (gegenüber 1990) und einen Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch von 27 Prozent „ambitioniert“ – und ertete dafür deutliche Kritik. Die Zielsetzungen reichten nicht aus und besonders kontraproduktiv sei es, die Verantwortlichkeit für die Senkung des Energieverbrauchs auf die nationale Ebene zu verlagern. Oettinger machte aber auch deutlich, wie komplex die Prozesse der europäischen Energie- und Klimapolitik sind. Die Stiftung Mercator und unsere Stiftung fördern den KlimaDiskurs.NRW mit insgesamt 1,2 Millionen Euro.

➔ Weitere Informationen unter [www.klimadiskurs-nrw.de](http://www.klimadiskurs-nrw.de)



Foto: Gina Sanders

Arbeiten an einem Strommast

## Projekte Klima und Energie

### Andere Energien sind möglich

Jenseits aller Diskussionen um den richtigen Weg zu effektiverem Klimaschutz und der Probleme bei der vielzitierten Energiewende in Deutschland steht fest, dass wir langfristig die klimaschädlichen fossilen Energieträger wie Kohle und Erdöl durch regenerative Energien ersetzen müssen. Ein – wegen möglicher Flächenkonkurrenz und Biodiversitätsverluste – durchaus umstrittener Weg ist die verstärkte Nutzung von Energiepflanzen. Die **Projektorganisation Regionale Oelpflanzennutzung (P.R.O.)** möchte im Rahmen des Projektes **Bewusstseinsbildung und Förderung der nachhaltigen Nutzung von Bioenergieträgern** (Fördersumme: 85.400 Euro) über Bioenergie aus regionaler Produktion informieren und so zu einem Bewusstseinswandel in der Bevölkerung beitragen. Dies geschieht durch Veranstaltungen, Exkursionen zu Bioenergieanlagen und Bioenergiedörfern, Fachtagungen, Runde Tische und einen Internetauftritt.

Die Mülheimer Umweltmesse „Fair Flair“ im Mai 2014 war ein umfassendes Schaufenster für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen aus der Region. Die **Mülheimer Initiative für Klimaschutz** präsentierte dort auf einem **Klimacampus** (Fördersumme: 3.745 Euro), wie Klimaschutz funktionieren kann. Partner wie die Hochschule Ruhr West, die Energieagentur oder die Evonik-Kinderuni verblüfften mit Experimenten, zeigten Technik zum Ausprobieren und gaben wertvolle Anregungen zum Umwelt- und Klimaschutz.

Der **Trägerverein des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen** veranstaltete 2014 den Wettbewerb **umWeltweit aktiv** (Fördersumme: 5.000 Euro). Gesucht wurden kleinere Projekte aus der Region mit einer internationalen Ausrichtung. Die Jury vergab den mit 1.500 Euro dotierten ersten Preis an das Projekt „Bolivien: Bildung bleibt“ der Aachener „Ingenieure ohne Grenzen“. Sie unterstützten, in Kooperation mit einer örtlichen Berufsschule, Dorfgemeinschaften in Bolivien in Fragen der alternativen Energieversorgung. Thomas Nellen vom Vorstand des Diözesanrats hob bei der Preisvergabe besonders hervor, dass sich die Aachener Ingenieure nach einer ersten intensiven Vermittlungs- und Begleitungsphase in die Beraterrolle zurückziehen.



Foto: T. Hohenschue/Diözesanrat

v. l.: Altfried Spinrath, Thomas Nellen (beide Diözesanrat), Tim Buddelmeyer, Isabella Medinaceli (Ingenieure ohne Grenzen)

Saerbeck im Münsterland ist eine von zwei offiziellen „Klimakommunen“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Herzstück der Klimaschutzaktivitäten in Saerbeck ist der Bioenergiepark, mit dessen Hilfe sich die Kommune bis zum Jahr 2030 vollständig aus regenerativen Energiequellen versorgen will. In diesem Bioenergiepark errichtet der **Förderverein Klimakommune Saerbeck** mit den **Saerbecker Energiewelten** (Fördersumme: 115.860 Euro) einen außerschulischen Lernstandort. Dazu werden vorhandene Büro- und Seminarräume mit Möbeln und Technik ausgestattet und Lernmaterialien angeschafft. Außerdem entwickeln mehrere Lehrer ein Bildungskonzept zu den Themenkomplexen Klimawandel, Klimaschutz und Klimaanpassung, erneuerbare Energien und Energiewende, Naturschutz und Artenvielfalt im Bioenergiepark, klimaverträglicher Konsum und nachhaltige Landwirtschaft.

→ Weitere Informationen unter [www.regiooel.de](http://www.regiooel.de), <http://nachhaltig-leben-tank-sonne.de>; [www.klimaschutz-mh.de](http://www.klimaschutz-mh.de), [www.diözesanrat-aachen.de](http://www.diözesanrat-aachen.de), [www.klimakommune-saerbeck.de/foerderverein](http://www.klimakommune-saerbeck.de/foerderverein) in unserer Projektdatenbank unter U-3530, U-3581, Z-5263 und U-3564



Foto: Klimakommune Saerbeck

Bioenergiepark Saerbeck



Foto: Youth Future Project

Exkursion ins Braunkohlerevier

## Zeit für die Wende

Kernkraft ist keine akzeptable Alternative zu den CO<sub>2</sub>-intensiven fossilen Energieträgern. Sie hat ihre Gefährlichkeit vielfach und hinlänglich bewiesen. Daran erinnerten das **Internationale Bildungs- und Begegnungswerk** aus Dortmund sowie zahlreiche Partner aus der Umweltbewegung bei den **Europäischen Aktionswochen für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima** (Fördersumme: 40.673 Euro). Zu den Jahrestagen der Fukushima-Katastrophe am 11. März 2011 und der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 26. April 1986 organisierten zivilgesellschaftliche Organisationen in vielen Ländern Veranstaltungen zur mahnenden Erinnerung. Gespräche mit Zeitzeugen und eine gemeinsame Kerzenaktion am Abend des 25. April um 21 Uhr in allen beteiligten Städten waren die verbindenden Elemente. In Nordrhein-Westfalen beteiligten sich rund 6.200 Menschen an 100 Veranstaltungen in 22 Städten.

Unter dem Titel **Wald und Wirtschaftswachstum – ein Widerspruch?** (Fördersumme: 4.674 Euro) veranstaltete das **Youth Future Project** im rheinischen Braunkohlerevier ein dreitägiges Seminar für junge Menschen zwischen 16 und 28 Jahren. Die Teilnehmer sahen mit eigenen Augen, welche Verwüstungen die Abholzung des Hambacher Forstes für die Ausweitung des Braunkohletagebaus Garzweiler in der Landschaft angerichtet hat. Sie besuchten die Waldbesetzer im Hambacher Forst, sprachen mit Menschen aus lokalen Initiativen, mit Angestellten von RWE und diskutierten die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum, Energiewende und Nachhaltigkeit.

Nicht nur bei uns, auch in anderen Ländern verursacht der Kohlebergbau enorme ökologische und auch soziale Probleme. **Mpumalanga: Wo unsere Kohle herkommt – und die Schäden bleiben** (Fördersumme: 158.100 Euro) heißt die Kampagne, mit der die **Koordination Südliches Afrika** (KOSA) ein öffentliches Bewusstsein für die Auswirkungen von Steinkohleimporten aus Südafrika schaffen und Lösungen für die Folgeschäden des Kohlebergbaus entwickeln möchte. Angesprochen werden insbesondere Vertreter von Politik, Wirtschaft und Medien. Kooperationspartner sind verschiedene Organisationen aus Südafrika. Zu den Projektaktivitäten gehören eine Journalistenreise nach Mpumalanga, die Produktion von Filmen und einer Broschüre sowie mehrere Multiplikatoren-Seminare und Fachveranstaltungen.

Weitere Informationen unter [www.ibb-d.de](http://www.ibb-d.de), [www.youthfutureproject.org](http://www.youthfutureproject.org), [www.kosa.org](http://www.kosa.org) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3554, U-3572 und Z-5276



Foto: D. Simon

Folgen des Kohleabbaus in Mpumalanga



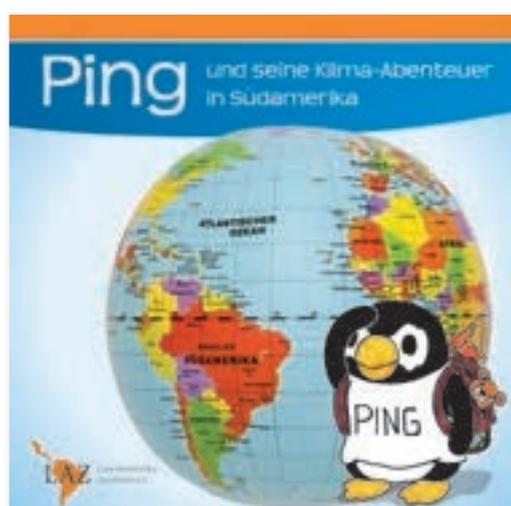
Sterneküche fürs Klima

### Prima Klima für die Jüngsten

Das **NaturGut Ophoven** hat bereits mehrere Bildungsprojekte zum Klimaschutz für Kinder und Jugendliche durchgeführt. Dabei setzen die Projektverantwortlichen immer an der Lebenswirklichkeit der jungen Menschen an, etwa mit **Sterneküche fürs Klima – oder was hat dein tägliches Essen mit dem Klimawandel zu tun?** (Fördersumme: 91.969 Euro). Schließlich dürfte den meisten Kindern und Jugendlichen unbekannt sein, dass auch unsere Ernährungsweise einen erheblichen Einfluss auf das Klima hat. Um dies zu ändern, erweitert das NaturGut sein Kinder- und Jugendmuseum „EnergieStadt“ um fünf neue, interaktive Ausstellungsstationen, entwickelt dazu pädagogische Programme für unterschiedliche Zielgruppen und erarbeitet ein „klimafreundliches“ Kochbuch. Mit dem Projekt **Klimabildung am Beispiel des Apfels** (Fördersumme: 5.000 Euro) transportierte das NaturGut das Thema klimafreundliche Ernährung an Grundschulen in Leverkusen und im Rheinisch-Bergischen Kreis. Alle Erstklässler, die sich an den zweistündigen Unterrichtsmodulen beteiligten, wurden mit einem regionalen Bio-Äpfel belohnt.

Um Kinder auf den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Armut aufmerksam zu machen, initiierte das Bonner **Lateinamerika-Zentrum** ein Projekt mit dem Titel **Die sozialen Folgen des Klimawandels: Ping und seine Klima-Abenteuer in Südamerika** (8.000 Euro). Im Mittelpunkt steht das Kinderbuch „Ping und seine Klima-Abenteuer in Südamerika“ für Grundschüler der 3. und 4. Klasse. Protagonist ist der kleine Pinguin Ping. Entlang seiner Abenteuer in Chile, Bolivien, Peru und Brasilien lernen die Kinder Probleme kennen, die sich für die dort lebenden Menschen aus den klimatischen Veränderungen ergeben. Gleichzeitig erfahren sie, wie sich die Menschen an die Folgen des Klimawandels anpassen und über Initiativen zum Klimaschutz auch der Armut entgegenwirken.

→ Weitere Informationen unter [www.naturgut-ophoven.de](http://www.naturgut-ophoven.de), [www.lateinamerikazentrum.de](http://www.lateinamerikazentrum.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3582, U-3598 und Z-5274





# Wirtschaft und Landwirtschaft

Im Dezember 2013 herrschte seltene Euphorie, nachdem die 159 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) in Bali die erste umfassende Reform zur Liberalisierung des Welthandels seit der WTO-Gründung im Jahr 1995 beschlossen hatten. Die Vereinbarungen über Handelserleichterungen (Trade Facilitation Agreement, TFA) sollten durch den Abbau von Zollschranken und bürokratischen Hürden weltweit rund 20 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen – doch es dauerte ein weiteres Jahr, bis die Reform bei einer Sitzung des WTO-Generalrates in Genf endgültig beschlossen wurde.

Die Bali-Beschlüsse lagen auf Eis, nachdem Indien seine Zustimmung zum TFA zurückgezogen hatte. Das Land beharrte auf Sonderregeln für sein staatliches Programm zur Stützung der Preise von Grundnahrungsmitteln. In Verhandlungen zwischen Indien und den USA wurde schließlich ein Kompromiss gefunden – Indien wird nicht wegen der gegen WTO-Regeln verstoßenden Agrarsubventionen verklagt, bis in weiteren Verhandlungen eine endgültige Lösung gefunden wird.

Das Welthandelsvolumen ist in den vergangenen Jahrzehnten massiv angewachsen und hat sich, nach Angaben von Sven Hilbig von „Brot für die Welt“, zwischen 1980 und 2012 auf 19 Billionen US-Dollar verneunfacht. Dieser Prozess hat durchaus zu einem wachsenden Anteil der Entwicklungs- und Schwellenländer am Welthandel geführt, und so konnten sich innerhalb dieses Zeitraumes 45 von 107 Entwicklungsländer im jährlich von den Vereinten Nationen vorgelegten Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) verbessern.

Alles gut also? Keineswegs, so Hilbig auf dem von „Brot für die Welt“ und dem BUND ausgerichteten Kongress „Welthandel und zukunftsfähige Entwicklung“ am 24. und 25. September 2014 in Berlin. Der massive Verbrauch fossiler Rohstoffe habe zu einem gefährlichen Anstieg der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen geführt, und viele arme Staaten würden nach wie vor auf ihre Rolle als Rohstofflieferanten und Adressat oft minderwertiger Importe aus den reichen Ländern reduziert. Angesichts der Tatsache, dass transnationale Konzerne eine größere wirtschaftliche Macht – und damit auch mehr politischen Einfluss – hätten als einige Staaten des globalen Südens, habe der Freihandel die Unterschiede zwischen Arm und Reich eher noch zementiert.

## Transatlantischer Zankapfel TTIP

Zunehmende Ungerechtigkeit: Das ist auch eine Befürchtung der Gegner des Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommens (TTIP), über das die EU und die USA seit dem Sommer 2013 verhandeln. Allerdings hat sich die öffentliche Diskussion darüber zu lange auf Schlagworte beschränkt. Während bei vielen Europäern die Angst vor „Chlorhähnchen“ – also Geflügel, das nach dem Schlachten mit Chlor desinfiziert wird – oder mit Wachstumshormonen aufgepöppeltem Schlachtvieh grassiert, fürchten sich die US-Behörden vor Überraschungseiern – wegen der eingeschlossenen „nicht essbaren Objekte“ – oder vor Bakterien, was etwa Rohmilchkäse jenseits des Atlantiks zu einem höchst seltenen Genuss macht. Dafür hat man in den USA ein eher entspanntes Verhältnis zur Chemie – in der EU hingegen sorgt die Reach-Verordnung dafür, dass ein Chemieunternehmen die Harmlosigkeit eines Stoffes nachweisen muss, bevor es damit Geld verdienen darf.

Das Münchener Ifo-Institut geht in einer Studie für das Bundeswirtschaftsministerium von mehr als 100.000 neuen Arbeitsplätzen in Deutschland aus, wenn bisherige Handelsbarrieren fallen und Standards angeglichen würden. Die Gegner des Abkommens hingegen befürchten, dass durch TTIP mühevoll erkämpfte Regeln für besseren Verbraucherschutz in Europa wieder zurückgefahren werden. Diese Befürchtungen werden dadurch genährt, dass die TTIP-Verhandlungen lange Zeit unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden. Zumindest die EU hat hier nachgebessert und veröffentlicht die eigenen Positionen im Internet (<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1230>).

Besondere Sorge bereitet der vorgesehene Investorenschutz (Investor State Dispute Settlement, ISDS), der Unternehmen das Recht zur Klage vor einem Schiedsgericht einräumt, etwa wenn eine Investition nachträglich durch Gesetzesänderungen in ihrem Wert gemindert würde. Eine undemokratische Veranstaltung, das fanden zumindest 97 Prozent der rund 150.000 Teilnehmer einer 2014 durchgeführten EU-Konsultation und sprachen sich gegen Schiedsgerichte für Investoren aus. Die EU-Kommission hat versprochen, diese Sorgen ernst zu nehmen, zumal sich der Handelsausschuss des EU-Parlaments Anfang 2015 ebenfalls skeptisch zu ISDS geäußert hat. Auch aus Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sind „spezielle Investitionsschutzvorschriften in einem Abkommen zwischen der EU und den USA nicht erforderlich, da beide Partner hinreichenden Rechtsschutz vor nationalen Gerichten gewähren“.



Foto: Werner Dieterich

Schweinehälften im Kühlhaus eines Schlachthofes

## Wer profitiert?

Das transatlantische Freihandelsabkommen würde einen Wirtschaftsraum mit rund 800 Millionen Verbrauchern umfassen. Die sollen, so die Befürworter, davon profitieren – doch was ist mit dem Rest der Welt? Vertreter der deutschen Regierungsparteien, zum Beispiel Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) oder Wirtschaftsstaatssekretärin Brigitte Zypries (SPD), hoffen auf eine globale Vorbildfunktion durch ökologische und soziale Mindeststandards.

TTIP werde alleine „aufgrund der schieren Größe der transatlantischen Volkswirtschaft Auswirkungen auf Entwicklungsländer haben“, so Gabriel Felbermayr, Professor für Internationale Ökonomie am Ifo-Institut, in der FAZ. Höhere Einkommen in der EU und den USA könnten einerseits die globale Nachfrage steigern. Andererseits würde vor allem der Handel zwischen den TTIP-Partnern profitieren, was wiederum negativ für die Wirtschaft vieler Länder des globalen Südens sein könnte.

Auf dem oben erwähnten Kongress „Welthandel und zukunftsfähige Entwicklung“ überwogen die Befürchtungen. Vor allem niedrige Zölle im transatlantischen Handel und möglicherweise höhere Abgaben auf Importe aus Afrika, Asien und Südamerika könnten Handelsströme zu Lasten armer Staaten umlenken, so Jürgen Knirsch (Greenpeace). Clara Brandi vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) kritisierte, dass im Rahmen solch bilateraler Abkommen die Interessen der Entwicklungsländer nicht berücksichtigt würden: „Wenn Nordamerika und Europa neue, globale Standards setzen, sind viele Länder betroffen, die nicht am Verhandlungstisch sitzen.“

## New Deal in der deutschen Agrarpolitik?

Auch „Wir haben es satt!“, das Bündnis für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung, ist ein entschiedener Gegner von TTIP. „Das Abkommen dient einseitig global agierenden Konzernen und wird vielen bäuerlichen Betrieben hier und weltweit die Existenzgrundlage entziehen. Gleichzeitig drohen die Verbraucherstandards gesenkt zu werden“, so Sprecher Jürgen Fritz bei einer Großdemonstration Anfang 2015 in Berlin, bei der rund 50.000 Menschen gegen Tierfabriken, Gentechnik und TTIP auf die Straße gingen. Die Strategie, die Produktion immer weiter zu steigern, führe zu Dumping-Exporten und sei gescheitert. Die Zukunft liege in der Ernährungssouveränität auf Basis regionaler Märkte.

Laut Germanwatch beruht die globale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fleisch- und Milcherzeugung vor allem auf der massiven Unterstützung durch die deutsche Agrarpolitik. Hohe Zölle auf Fleischprodukte, Investitionsbeihilfen, zollfreie Importe von Eiweißfuttermitteln, Flächenprämien und Exportsubventionen hätten dazu geführt, dass Deutschland mittlerweile zu einer Exportnation für Schweinefleisch geworden sei – mit katastrophalen Folgen für Tierwohl und Umweltschutz: 50 Prozent aller Schweine in Deutschland lebten in Beständen mit mehr als 1000 Tieren, und sogar mehr als die Hälfte der Masthühner und Legehennen in Ställen mit 50.000 Art- und Leidensgenossen.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) forderte in einem Beitrag für die „Frankfurter Rundschau“ einen „New Deal“ für verbesserte Haltungsbedingungen bei Nutztieren in Deutschland. Alle Beteiligten – Landwirte, Verarbeiter, Einzelhandel und Verbraucher – müssten dafür mehr Verantwortung übernehmen. Ein solcher Appell an das Verantwortungsbewusstsein reiche allerdings nicht aus, so Tobias Reichert (Germanwatch) und Markus Wolter (WWF) in der Germanwatch-Publikation „Weitblick“ (Ausgabe 2-2014). Statt Mengenwachstum und Export sollte die europäische und deutsche Agrarpolitik umwelt- und tierverträgliche Tierhaltung gezielt fördern und diese an die in der Region vorhandene Futterfläche binden.

## Fortschritte bei der Textilproduktion

Spätestens der Einsturz des Fabrikgebäudes in Rana Plaza (Bangladesch) mit mehr als 1100 Toten und über 1500 Verletzten hat uns allen die Ausrede genommen, zu wenig über die Produktionsbedingungen der meisten bei uns verkauften Textilien zu wissen. Und es gab auch Konsequenzen: Der öffentliche Druck führte dazu, dass 145 überwiegend europäische Unternehmen, rund ein Drittel davon aus Deutschland, einem Gebäude- und Brandschutzabkommen (Accord) beitraten, das von Unternehmen, lokalen Gewerkschaften und der Clean Clothes Campaign initiiert wurde.

Um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in den Produktionsländern zu verbessern, hat Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft am 16. Oktober 2014 das Textilbündnis auf den Weg gebracht. „Geiz ist geil, das kann nicht der Weg sein, nicht für Verbraucher und auch nicht für den Handel“, sagte Müller bei der Gründungsveranstaltung. Wer nicht bereit sei, einen Euro mehr für seine Jeans zu bezahlen, trage Mitschuld am Elend von Textilarbeitern in Staaten wie Bangladesch und Kambodscha.

Die Standards des Bündnisses für nachhaltige Textilien orientieren sich an den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen. Eingeflossen sind außerdem Standards für Biotextilien und den Fairen Handel, technische Industriestandards, international anerkannte Listen schädlicher Pestizide und Industriechemikalien sowie freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft.

Im Verein **Femnet** engagieren sich Frauen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Der aktuelle Arbeitsschwerpunkt von Femnet sind die sozialen und ökologischen Verhältnisse in der globalen Modeindustrie. Unsere Stiftung hat unter anderem das Projekt „FairSchnitt – Studieren für eine sozialgerechte Modeindustrie“ mit gut 80.000 Euro gefördert. Im Herbst 2014 hat Femnet seinen Einkaufsführer **Fair, fair, fair sind alle meine Kleider** aktualisiert (Fördersumme: 4.380 Euro). Die Broschüre gibt Hinweise zu Bonner Modegeschäften, die öko-faire Bekleidung führen, und enthält Hintergrundinformationen zu den Produktionsbedingungen in der globalen Textilindustrie, zu Siegeln und zu Organisationen, die sich mit der Thematik befassen. Darüber hinaus bietet Femnet Workshops zum Thema „Saubere Kleidung“ an Schulen an.

➔ Weitere Informationen unter [www.femnet-ev.de](http://www.femnet-ev.de)

Im April 2015 hatte das Textilbündnis rund 70 Mitglieder ([www.textilbuenndnis.com](http://www.textilbuenndnis.com)). Mittlerweile haben auch die Unternehmensverbände der Textilwirtschaft Gesamtverband Textil+Mode, Germanfashion, AVE und HDE angekündigt, dass sie ihren Mitgliedern einen Beitritt zum Textilbündnis empfehlen. Berndt Hinzmann von der Kampagne für saubere Kleidung (CCC), einem Netzwerk von 20 Trägerorganisationen, begrüßte diesen „konstruktiven Schritt“. Das Textilbündnis könne nun breite Wirkung erzielen und ein Zugpferd auf europäischer Ebene werden.

Einen großen Mangel hat das Bündnis allerdings: Es setzt auf Freiwilligkeit. Das bedeutet, dass die beteiligten Unternehmen nicht in Haftung genommen werden können, wenn sie gegen die eingegangenen Verpflichtungen verstoßen oder Entschädigungen zahlen sollen.



Foto: Suwra Kanit Das

Der Großteil unserer Kleidung wird im Ausland hergestellt, vor allem in China und Bangladesch.



Foto: Stephan Rumpf

Fairer Handel statt Freihandel: Demonstration gegen TTIP

## newtrade nrw

Im Februar 2013 haben die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Dr. Angelica Schwall-Düren, und unsere Stiftung eine Kooperation zur Einrichtung und zum Betrieb eines „Projektbüros für nachhaltige und faire Beschaffung in Nordrhein-Westfalen“ bis Ende 2017 vereinbart. Hintergründe dafür waren unter anderem das im Mai 2012 in Kraft getretene Tariftreue- und Vergabegesetz in Nordrhein-Westfalen sowie die im gleichen Jahr von der Landesregierung beschlossene Eine-Welt-Strategie.

Das Projektbüro mit dem Namen „newtrade nrw“ soll nachhaltige und faire Beschaffung in Nordrhein-Westfalen unterstützen. Das Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebot richtet sich an Politiker, Angehörige der Landesverwaltung und der kommunalen Verwaltungen, zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen, kommunale Spitzenverbände sowie Wirtschaftsverbände.

Nach der Konzeptionsentwicklung sowie einer Phase der Vernetzung und strategischen Fokussierung beteiligt sich newtrade nrw jetzt unter anderem an einer interministeriellen Arbeitsgruppe zum Thema Faire Beschaffung. Das Büro nimmt an Fachveranstaltungen teil, bereitet gelungene Beispiele nachhaltiger kommunaler Beschaffungspraxis für andere Kommunen auf und beteiligt sich an der Entwicklung eines Pilotprogramms zur Qualifizierung von Unternehmen mit dem Ziel, Nachhaltigkeitsstandards in deren Angebote zu integrieren.

Gemeinsam mit dem NRW-Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung hat das Büro einen Forschungsverbund initiiert, der sich mit den Fragen öffentlicher Beschaffung und internationaler Wertschöpfung befasst. Beteiligt sind das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, das Zentrum für Entwicklungsforschung, das Bonn International Center for Conversion (alle in Bonn), das Wuppertal Institut, das Institut für Entwicklung und Frieden (Duisburg-Essen) und das Institut für Handelsforschung (Köln).

## Deutscher Nachhaltigkeitstag

Auch 2014 hat sich unsere Stiftung am Deutschen Nachhaltigkeitstag beteiligt, der am 27. und 28. November in Düsseldorf stattfand. Die Veranstaltung richtete sich an Verantwortliche aus Unternehmen und Kommunen sowie an Vertreter von Zivilgesellschaft, Politik, Forschung und Medien. Ziel unserer Kooperation war es, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einzubinden und ihre Positionen im Veranstaltungsprogramm und durch Präsentationen sichtbar zu machen.

Im Rahmen der Konferenz wurde auch der Deutsche Nachhaltigkeitspreis vergeben, der nach verschiedenen Kategorien vorbildliche Unternehmen und Kommunen ausgezeichnet. Nach Nordrhein-Westfalen gingen 2014 gleich mehrere Preise: Dortmund wurde als nachhaltigste Großstadt ausgezeichnet, die Gepa als nachhaltigste Marke und Miele als nachhaltigstes Großunternehmen.

Unsere Stiftung initiierte einen sehr gut besuchten Workshop zu den Missständen in der internationalen Textilindustrie und zu den erforderlichen Verbesserungen, insbesondere durch die deutsche Modebranche. „Saubere Kleidung“ wurde zu einem inoffiziellen Schwerpunkt des Nachhaltigkeitstages: In der Parallelveranstaltung des Kinder-TV-Kanals „Kika“ beschäftigten sich Kinder und Jugendliche mit dem Thema und ein Ehrenpreis ging an den Filmschauspieler Colin Firth und seine Frau Livia, die sich unter anderem für Faire Mode einsetzen. Weitere Ehrenpreise erhielten Ex-Bundespräsident Horst Köhler und die Sängerin Nelly Furtado für ihr Engagement für Afrika.

Preisträger: Colin Firth (r.) und seine Frau Livia





Stolz auf ein erfolgreiches Projekt (v. l.): Klaus Kugler-Schuckmann (Betriebsleiter Umweltbetrieb Bielefeld), Manuel Fiegl, Claudio Vendramin (beide Recyclingbörse Bielefeld/Herford), Anja Ritschel (Umweltdezernentin Bielefeld) und Gerald Knauf (Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW)

## Projekte Wirtschaft und Landwirtschaft

### Nachhaltig wirtschaften

Wer nachhaltig wirtschaftet, ist ökonomisch erfolgreich und beachtet dabei sowohl soziale als auch ökologische Kriterien: Das wollte **oikos Paderborn**, eine lokale Gruppe einer internationalen studentischen Organisation, bei ihrer Konferenz **Heldentag** am 27. Juni 2014 vermitteln. In Workshops, Vorträgen und Diskussionsrunden präsentierten Experten und Unternehmen innovative und zukunftsweisende Ansätze. Unsere Stiftung hat die Veranstaltung mit 1.638 Euro gefördert.

Wie nachhaltiges Wirtschaften in der Praxis funktioniert, zeigt der 1984 in Herford gegründete **Arbeitskreis Recycling**. Zweck des gemeinnützigen Unternehmens ist es, Arbeitslose zu qualifizieren und die Müllmenge in der Region durch Recyclingangebote zu reduzieren. Über Recyclingbörsen werden aufbereitete und gut erhaltene Gegenstände günstig wiederverkauft. Mittlerweile gibt es solche Second-Hand-Kaufhäuser in Bielefeld, Bünde, Herford, Löhne und Spenge. In einem aktuellen Projekt werden **Qualitäts-, Akkreditierungs- und Kooperationskriterien für Wiederverwendungs- und Reparaturbetriebe sowie öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger** (Fördersumme: 28.179 Euro) entwickelt, um einheitliche qualitative Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen Entsorgungsunternehmen und Einrichtungen der Wiederverwendung zu schaffen.

Eine andere Variante des nachhaltigen Wirtschaftens, die Regionalisierung, ist Ziel eines Projektes der **Stiftung Umweltzentrum Heeser Mühle**. Sie hat eine **Internetplattform** entwickelt, auf der Verbraucher Informationen zu Nachhaltigkeitsthemen und regionalen nachhaltigen Produkten und Anbietern in der Region Lippe erhalten. Regionalität war auch bei der Namensgebung der Internetseite angesagt: „hierwech“, Übersetzung für Nicht-Westfalen: von hier. Unsere Stiftung fördert die Einrichtung der Interplattform und die Schulung von ehrenamtlichen Webadministratoren mit 7.355 Euro.

Mit unterschiedlichsten Aspekten des nachhaltigen Wirtschaftens beschäftigt sich **Südwind**, das inzwischen in Bonn angesiedelte Institut für Ökonomie und Ökumene. Die Wertschöpfungsketten und Arbeitsbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern untersucht Südwind im Rahmen des Projektes **Arbeitswelten** (Fördersumme: 25.750 Euro) am Beispiel der Rohstoffe Baumwolle, Kautschuk und Palmöl, die für deutsche Verbraucher eine große Rolle spielen. Vorgesehen sind unter anderem 25 Bildungsveranstaltungen sowie die Produktion einer taz-Beilage. Begleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit soll dazu beitragen, eine größere Bevölkerungsgruppe auf die sozialen und ökologischen Missstände bei der Verarbeitung von Rohstoffen aufmerksam zu machen.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit sind Gespräche mit Unternehmen wichtig, um Arbeitsbedingungen zu verbessern oder umweltschädliche Produktionsformen abzuschaffen. Viele Nichtregierungsorganisationen nutzen diese Strategie. Doch wie wirksam sind Unternehmensdialoge? Bewirken sie tatsächlich einen Bewusstseinswandel oder bestätigen sie lediglich die Phrase „Schön, dass wir darüber geredet haben“? Antworten darauf sucht Südwind in einem **Erfahrungsaustausch mit Nichtregierungsorganisationen aus NRW zum Veränderungspotential von Stakeholderdialogen** (Fördersumme: 12.750 Euro). Zentrale Projektaktivität ist eine Befragung von 17 NRO. Die Ergebnisse werden in einem Arbeitspapier zusammengestellt, in einem Fachgespräch erörtert und anschließend in einer Dokumentation veröffentlicht.

→ Weitere Informationen unter <http://oikos-international.org>, [www.recyclingboerse.org](http://www.recyclingboerse.org), [www.hierwech-forum.de](http://www.hierwech-forum.de), [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3585, U-3562, U-3569, E-4865 und Z-5295



Foto: Vamos e.V.

Auf den Spuren der Textilproduktion: Die Weltreise eines T-Shirts

## Faire Textilien

Im brasilianischen Sommer 2014 gewann die deutsche Fußball-Nationalmannschaft den Weltmeistertitel – in Trikots von Adidas. Auch der Finalgegner Argentinien spielte in Trikots mit den drei Streifen. So konnte Adidas-Chef Herbert Hainer die WM auch für sein Unternehmen als „vollen Erfolg“ bezeichnen. Das neue Weltmeistertrikot der deutschen Nationalmannschaft mit jetzt vier Sternen kostete 84 Euro. Das brachte Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, auf die Palme, der auf den absurd geringen Lohn und die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in Asien, Afrika und Südamerika durch europäische Konzerne hinwies.

Bereits vor der WM hatte die **Christliche Initiative Romero (CIR)** mit der Kampagne **Fit For Fair** (Fördersumme: 26.633 Euro) auf die schlechten Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsproduktion aufmerksam gemacht. Die von CIR nach Deutschland eingela-

dene Gewerkschafterin und ex-Adidas-Näherin Estela Ramirez aus El Salvador konfrontierte die Adidas-Aktionärsversammlung am 8. Mai 2014 mit den Hungerlöhnen, die man bei der Fertigung von Adidas-Produkten verdient. In El Salvador beträgt der monatliche Mindestlohn einer Adidas-Näherin 202 US-Dollar brutto. Offiziellen Berechnungen der Regierung zufolge betragen die Kosten allein für den Grundwarenkorb von Nahrungsmitteln 174 Dollar für eine vierköpfige Familie. Über eine Protestaktion mit einer „dunkelgelben Karte“ forderte CIR Adidas dazu auf, menschenwürdige Löhne zu zahlen.

Zum gleichen Thema entwickelte der Verein **Vamos** das Bildungsprojekt **Sportbekleidung und Ich – für eine gerechte Welt(-Meisterschaft)** (Fördersumme 18.603 Euro). Im Zentrum der Aktivitäten standen Projekttagge auf der Basis von Methoden des Globalen Lernens in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen. Dabei kam auch die von Vamos entwickelte Ausstellung „TrikotTausch“ zum Einsatz, sie veranschaulicht die Missstände in der weltweiten Textilindustrie mit Bildern, Texten und Grafiken.

Mit dem Projekt **Begleitung und Beratung des NRW-Dialogs zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Verbesserung sozialer Standards in der Textilen Kette** (Fördersumme: 7.450 Euro) unterstützt **Südwind** die Arbeit der „Zukunftsinitiative Textil (ZiTex)“ und des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums hin zu mehr Unternehmensverantwortung in der Textilbranche.

→ Weitere Informationen unter [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de), [www.vamos-muenster.de](http://www.vamos-muenster.de), [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4860, E-4863 und Z-5297





Ackerbohnen werden geerntet

## Reformbedarf bei der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft steht immer wieder in der Kritik, nicht nur bei punktuellen Skandalen, sondern auch wegen struktureller Probleme, etwa wegen des immensen Flächenverbrauchs, der häufig umweltschädlichen Produktionsmethoden oder der ungerechten globalen Agrarordnung. Ein weiterer Missstand besteht in der Tatsache, dass in Europa rund 70 Prozent der Eiweißträger in den Futtermitteln über Importware – zumeist Soja – abgedeckt werden. Und das, obwohl 80 Prozent der weltweiten Soja-Anbaufläche mit gentechnisch verändertem Saatgut bestellt werden. Außerdem fehlen die Anbauflächen vor Ort für die Produktion von Lebensmitteln. Nicht zuletzt haben die billigen Importe in einigen Regionen eine Form der intensiven Tierhaltung hervorgerufen, die zu immensen Problemen beim Tierschutz, beim Wasser und im Arten- und Klimaschutz führt.

Mit dem Projekt **Vom Acker in den Futtertrog** (Fördersumme: 126.881 Euro) trägt der nordrhein-westfälische Landesverband der **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft** (AbL) dazu bei, heimische Leguminosen (Eiweißfutterpflanzen) wie Ackerbohne, Erbse, Soja oder Lupine wieder zu einem stärkeren Faktor in der Viehfütterung zu machen. In der zweiten Förderperiode ab 2014 legte die AbL eine Potenzialanalyse der „Chancen und Hemmnisse einer Regiona-

lisierung der Eiweißfuttermittelversorgung in Nordrhein-Westfalen“ vor, deren Ergebnisse durchaus ermutigend sind. Erhöht man den Anteil der Leguminosen in der Fruchtfolge auf 20 Prozent, könnten bis zu 7,7 Prozent mehr Rohprotein durch den Einsatz von Leguminosen erzeugt werden. Im Rahmen eines von unserer Stiftung veranstalteten Fachgesprächs betonte der Parlamentarische Staatssekretär im NRW-Landwirtschaftsministerium, Horst Becker, dass die Landesregierung eine Steigerung der Anbaufläche für heimische Leguminosen anstrebe. Die Teilnehmer des Fachgesprächs forderten die Landesregierung auf, alle beteiligten Akteure – von den Landwirten bis zum Handel – an einen Tisch zu holen und gemeinsam an einer effizienten Eiweißstrategie für NRW zu arbeiten.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof** veranstaltete im Februar 2014 ihre **Bundestagung der Lern- und Schulbauernhöfe** (Fördersumme: 7.800 Euro) in der Evangelischen Akademie Villigst. Die dreitägige Konferenz richtete sich unter anderem an Mitarbeitende von Lern- und Schulbauernhöfen, Lehreraus- und -fortbilder sowie Mitarbeitende in Ministerien, landwirtschaftlichen Ämtern und Behörden. Neben dem Erfahrungsaustausch standen innovative Bildungskonzepte für den Agrarbereich im Mittelpunkt der Tagung.

➔ Weitere Informationen unter [www.vom-acker-in-den-futtertrog.de](http://www.vom-acker-in-den-futtertrog.de), [www.baglob.de](http://www.baglob.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3543 und U-3548



Das Leitungsteam der Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof bei der Bundestagung



# Konsum und Lebensstile

*„Konsum ist dann nachhaltig, wenn er zur Bedürfnisbefriedigung der heute lebenden Menschen beiträgt, ohne Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten anderer oder zukünftig lebender Menschen einzuschränken.“*

Definition des wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Die Nachrichten waren alarmierend – zumindest für die deutsche Autoindustrie: Mit rund 2,95 Millionen Neuwagen ging der Absatz im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Prozent zurück und erholte sich 2014 nur leicht. Dafür boomt Carsharing, die Zahl der Nutzer stieg 2014 um gut ein Drittel auf 1,04 Millionen. Mittlerweile gibt es in knapp 500 deutschen Städten und Gemeinden Carsharing-Angebote.

Dieser Trend wird durch die Ergebnisse verschiedener Studien untermauert. Nach der „Automotive Zeitgeist Studie“, die das Frankfurter Zukunftsinstitut 2014 im Auftrag von Ford erstellte, sehen insbesondere die nach 1980 geborenen – die sogenannten „Millennials“ – das Thema Auto reichlich nüchtern. Es ist kein Statussymbol mehr, sondern wird rein rational danach bewertet, ob es die eigenen Mobilitätsansprüche besser als andere Verkehrsträger erfüllen kann. 46 Prozent der Befragten leihen sich regelmäßig ein Auto, und neun Prozent nutzen regelmäßig Carsharing-Angebote.

Zu einem ähnlichen Fazit kommt die Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2014“, die alle zwei Jahre vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und dem Umweltbundesamt (UBA) durchgeführt wird. So sei das Auto nicht mehr das Maß aller Dinge, betonte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks bei der Vorstellung der Studie, im Gegenteil: „Die autozentrierte Stadt sehen viele Deutsche inzwischen eher als Belastung.“ 82 Prozent der Befragten sind dafür, Städte und Gemeinden so umzugestalten, dass man nicht mehr auf ein Auto angewiesen ist. Bei jungen Menschen (14- bis 17-Jährige) sind sogar 92 Prozent für diese Umgestaltung.

Auch beim Konsum belegt die Studie in einigen Bereichen das wachsende Umweltbewusstsein: So gab knapp die Hälfte der Befragten an, dass sie beim Kauf von Haushaltsgeräten beziehungsweise Leuchtmitteln immer zu energieeffizienten Alternativen greifen. Ein weiteres Viertel tut dies sehr häufig. Für UBA-Präsidentin Maria Krautzberger ist „die Nachfrage nach grünen Produkten groß, der Wille zum Umstieg auf umweltfreundliche Alternativen weit verbreitet. 43 Prozent der Befragten etwa kaufen häufig umweltschonende Reinigungsmittel, 39 Prozent haben schon einmal Ökostrom bezogen und rund ein Fünftel setzt beim Einkauf häufig auf Bio-Lebensmittel.“

## Greendex-Ranking

Das Greendex-Ranking wird seit 2008 von der National Geographic Society in Zusammenarbeit mit GlobeScan durchgeführt. Dabei haben 2014 rund 18.000 Menschen aus 18 Ländern Fragen zu ihrem Konsumverhalten beantwortet: Wie oft essen sie Fleisch, Fisch oder Gemüse? Wie heizen sie und wie viele stromfressende Elektrogeräte besitzen sie? 2014 bekamen die Konsumenten aus Indien und China die meisten Punkte für nachhaltiges Verhalten, auf den weiteren Plätzen folgten Südkorea, Brasilien und Argentinien. Der letzte Platz ging an die USA.

➔ Weitere Informationen unter <http://environment.national-geographic.com/environment/greendex>

## Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit

So ermutigend diese Umfrageergebnisse auch sein mögen, in der Realität klafft bei den meisten von uns noch eine gewaltige Lücke zwischen Erkenntnis und eigenem Handeln. Das belegt eine aktuelle Studie der National Geographic Society, das sogenannte Greendex-Ranking. Damit soll ermittelt werden, wie die eigenen Kaufentscheidungen den ökologischen Fußabdruck eines Landes beeinflussen. Deutschland erreichte 2014 lediglich den zehnten Platz unter 18 Nationen. Das vergleichsweise magere Ergebnis liegt vor allem daran, dass wir immer noch zu oft alleine in unserem Auto unterwegs sind und zu viele Lebensmittel importieren.

Von einer konsequenten Umstellung unserer Konsumgewohnheiten sind wir demnach noch weit entfernt. Die Gründe dafür sind vielschichtig. So dürften sich viele Verbraucher durch die Vielzahl der Labels und Kennzeichnungen überfordert fühlen und daher auf das Gewohnte zurückgreifen. Es ist zudem mit einigen Mühen verbunden, sich darüber zu informieren, wie Fairtrade genau funktioniert oder ob es nun nachhaltiger ist, eingeflogenes Obst aus Neuseeland oder heimische Produkte aus beheizten Treibhäusern zu kaufen – also über die globalen Zusammenhänge von Herstellung, Lagerung, Verteilung und Verkauf von Waren im Bilde zu sein. Und viele Menschen haben ohnehin das Gefühl, dass sie mit ihrem Einkaufsverhalten keinen oder nur marginalen Einfluss auf die zerstörerischen Folgen des Massenkonsums haben. Selbstverständlich reicht ein geändertes individuelles Konsumverhalten nicht aus, um den Klimawandel zu begrenzen und die Welt nachhaltig zu gestalten, aber es ist ein Beitrag dazu und wir sollten die wachsenden Handlungsmöglichkeiten nutzen.



Foto: Bodo Marks

Über Hunderte von Quadratkilometern erstrecken sich in Spanien Gewächshäuser für den Gemüseanbau. Immigranten aus Afrika arbeiten dort als Tagelöhner.



Traditionelle Landwirtschaft: Reisbauer in Indien

## Fairer Handel

Der Faire Handel wächst. Ende 2013 arbeiteten 1.210 Produzentenorganisationen mit mehr als 14 Millionen Kleinbauern und Arbeitern in 74 Ländern weltweit nach den Fairtrade-Standards. Heute gibt es Fairtrade-Produkte in 125 Ländern. 2014 kauften die deutschen Verbraucher Fairtrade-zertifizierte Produkte im Wert von 827 Millionen Euro, dies entspricht einer Steigerung um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit hat sich der Umsatz in den letzten zehn Jahren mehr als verzehnfacht. Kaffee ist nach wie vor das stärkste Fairtrade-Produkt, gefolgt von Bananen, Blumen und Kakao. Unsere Stiftung fördert mehrere Projekte, die sich um die Ausweitung des Fairen Handels bemühen (s. S. 39).

Allerdings ist der Faire Handel 2014 aus mehreren Gründen in die Kritik geraten. So hat die Verbraucherzentrale Hamburg die Produktionsbedingungen von 31 fair gehandelten Produkten überprüft – und die Hälfte davon als nicht fair bewertet oder als intransparent eingestuft. Die Verbraucherschützer fanden 27 verschiedene Auszeichnungen auf den getesteten Produkten, ein Beleg für die oben erwähnte Unübersichtlichkeit. Elf trugen das TransFair-Siegel, davon wurden sechs positiv bewertet.

Eine andere Kritik betrifft die ökonomische Effizienz. Ein Forscherteam der kalifornischen Universitäten Berkeley und San Diego untersuchte die Daten aus 13 Jahren von Kaffee-Kooperativen in Guatemala – mit einem bitteren Fazit: Die hohen Zertifizierungskosten – eine

Antragsgebühr von 525 Euro und eine Erstzertifizierungsgebühr von 2.250 Euro – machten den Großteil der wirtschaftlichen Vorteile für die Produzenten wieder zunichte. Und eine von der britischen Regierung in Auftrag gegebene Studie der SOAS, University of London, zur Produktion von Blumen, Kaffee und Tee in Uganda und Äthiopien kam zu dem Ergebnis, dass die Löhne in einer Reihe von Betrieben ohne Fairtrade-Label höher und die Arbeitsbedingungen besser waren als in den Fairtrade-Betrieben. TransFair hält dagegen, dass es sich um Einzelfälle handele, die man nicht verallgemeinern dürfe.

### Fairtrade International

Fairtrade International ist eine Nichtregierungsorganisation und der Dachverband der Nationalen Fairtrade-Organisationen (in Deutschland TransFair). Sie ist für die Entwicklung der Fairtrade-Standards und die Betreuung der Produzentengruppen verantwortlich. Ziel des Fairen Handels ist es, den Bauern und Arbeitern in der Primärproduktion einen größeren Anteil am Einkommen zu schaffen, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu stärken. Als Mittel für diese Veränderung dienen die Fairtrade-Standards. Sie bilden den Rahmen für die soziale und ökonomische Entwicklung der Produzentenorganisationen und schreiben in der Regel die Zahlung von besseren Löhnen, höheren Produzentenpreisen und einer zusätzlichen Prämie für Gemeinschaftsprojekte vor.



Foto: Robert Kneschke

Nachhaltiger Konsum? Ein kritischer Blick ist nötig.

## Nachhaltigkeit messen

Nicht nur die Vielzahl an Siegeln und Zertifikaten sowie die oft fehlende Transparenz erschweren ein nachhaltigeres Konsumverhalten. Bereits 2008 hieß es im Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie: „Von zentraler Bedeutung wird die Entwicklung eines Nachhaltigkeitsindikators sein, der die Entwicklung im Konsumbereich belastbar abbildet. Dies würde ein zielgerichtetes Handeln in diesem Bereich für alle Akteure erleichtern und den Konsumenten eine bessere Orientierung ermöglichen.“

Im Auftrag des Umweltbundesamtes hat das Statistische Bundesamt einen „Deutschen Indikatorensetz zum nachhaltigen Konsum als Beitrag zu einer thematischen Erweiterung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ entwickelt und im Februar 2014 veröffentlicht. Dabei werden neben den direkten Umweltbelastungen durch private Haushalte auch die Belastungen berücksichtigt, die bei der Produktion von Gütern für den privaten Konsum entstehen. Die Autoren der Studie betonen, „dass Umweltbelastungen nicht nur durch die umweltspezifischen Produktionsverhältnisse der Hersteller verursacht bzw. beeinflusst werden, sondern ganz entscheidend auch nachfrageseitig, und zwar sowohl durch die Nachfrage nach bestimmten Produkten als auch durch das allgemeine Nachfrageniveau“.

Der wissenschaftliche Beirat Verbraucher- und Ernährungspolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat Ende 2013 „Verbraucherpolitische Perspektiven für eine nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“ vorgelegt. Damit sollen die „Wahl-, Informations-, Kommunikations- und Bildungsmöglichkeiten der Konsumenten im Sinne des nachhaltigen Konsums“ verbessert werden. Die Mitglieder des Beirats fordern einen „Policy-Mix“: Nachhaltigkeitsinnovationen, eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Infrastruktur und öffentliche Beschaffung, die Ausweitung staatlicher Zertifizierungen (gegebenenfalls in Form eines „Metalabels“) sowie die Unterstützung der Bildung für nachhaltigen Konsum an Schulen, Hochschulen, in der Erwachsenenbildung und am Arbeitsplatz.

## NRW: Strategieentwicklung

Am 17. November 2014 veranstaltete das Umweltministerium des Landes in Mülheim an der Ruhr die dritte NRW-Nachhaltigkeitstagung. Das Themenforum „Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile“ setzte sich mit der Frage auseinander, wie wir in Zukunft leben wollen und durch welchen Lebens- und Konsumstil jeder Einzelne zu mehr Nachhaltigkeit beitragen kann. Gleichzeitig ging es um Input zur Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung: Mit welchen Maßnahmen können nachhaltiges Verbraucherverhalten und ein klimafreundlicher Lebensstil gefördert und im Alltag verankert werden?

Die Landesregierung hatte dazu mehrere Themenbereiche vorgeschlagen: klimafreundliche, tierwohlgerechte und regionale Ernährung; nachhaltige Konsumprodukte und Dienstleistungen; Ressourcenschonung und Recycling; individuelle Mobilität und alternative Nutzungskonzepte. Sie wurden im Verlauf der Diskussion um Punkte wie den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur, Kommunikation oder die Förderung nachhaltiger Investitionen im Finanzsektor erweitert. Die Teilnehmer des Themenforums forderten, dass alle relevanten Akteure in den Nachhaltigkeitsprozess einbezogen und Indikatoren für die Messbarkeit nachhaltigen Konsums entwickelt werden müssen.

Im Rahmen der Tagung präsentierte die Bertelsmann Stiftung eine Studie zum nachhaltigen Konsum von Kindern und Jugendlichen. Für diese wurden gute Beispiele zur Verbraucherbildung sowie zur Förderung des nachhaltigen Konsums ausgewertet, unter anderem aus Deutschland, Frankreich, Österreich und Schweden. Die Autoren bescheinigten der jüngeren Generation zwar einen „sehr versierten“ Umgang mit neuen Medien, aber „erhebliche Defizite“ bei den Themen Ernährung, Finanzen, Datenschutz oder Verbraucherrechte.

Die Bertelsmann Stiftung gab der nordrhein-westfälischen Landesregierung drei grundsätzliche Empfehlungen: Sie solle Lernpartnerschaften für nachhaltigen Konsum zwischen Schulen und Vereinen, Unternehmen oder Verwaltungen initiieren, die Bildung für nachhaltigen Konsum zu einem „strategischen Baustein“ der Landespolitik aufwerten sowie spezielle Schulmaterialien für nachhaltigen Konsum entwickeln und einsetzen.

## Projekte Konsum und Lebensstile

### Fair handeln, fair beschaffen

Die Umsätze mit fair gehandelten Produkten steigen in Deutschland kontinuierlich an. Dennoch kann man im Zusammenhang mit Fairtrade noch lange nicht von Mainstream sprechen. Das gilt auch für Hamm, obwohl sich die Stadt seit 2012 als zertifizierte „Fairtrade-Town“ bezeichnen darf. Deshalb bringt das **Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung** (FUGe) in Hamm, das bereits die Bewerbung als Fairtrade-Town maßgeblich initiiert hatte, mit einem Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeitsprojekt den **Fairen Handel in die Mitte** (Fördersumme: 60.000 Euro). Zu den Aktivitäten gehören Informationsveranstaltungen für Kindertagesstätten, Schulen sowie Einrichtungen der offenen Jugend- und Erwachsenenarbeit. Multiplikatoren, Erzieher, Lehrer und Schüler werden inhaltlich geschult und beim Verkauf von fair gehandelten Produkten unterstützt.

Der Verein **TransFair** führte 2014 seine erfolgreiche Kampagne **Fairtrade-Schools** (Fördersumme: 69.764 Euro) weiter. Interessierte Schulen werden beraten, mit Aktions- und Informationsmaterialien



Warten auf den großen Auftritt: Modenschau beim Fairen Fest in Wuppertal

versorgt und, sofern sie fünf definierte Kriterien erfüllen, als Fairtrade-Schule ausgezeichnet. An dem Projekt unter der Schirmherrschaft von NRW-Bildungsministerin Sylvia Löhrmann beteiligen sich auch verschiedene Bildungs- und Eine-Welt-Akteure aus NRW. Ende April 2015 durften sich in Nordrhein-Westfalen 120 Schulen als Fairtrade-Schulen bezeichnen.

Kommunen haben die Möglichkeit, über eine faire Beschaffungspraxis ein gutes Beispiel zu geben und dem fairen Handel zusätzlichen Schwung zu verleihen. Die **Christliche Initiative Romero** (CIR) trägt mit ihrem Projekt **Wie fair kauft meine Stadt?** (Fördersumme: 39.038 Euro) die Herausforderungen einer sozial verantwortlichen öffentlichen Beschaffung in die Öffentlichkeit. Jeder kann mitmachen – kann mit dem „CIR-Fairness-Check“ die Beschaffungspraxis seiner Kommune erheben oder mit einer Protestpostkarte die kommunalen Verantwortungsträger daran erinnern, dass sie mit ihrem Einkauf einen Beitrag zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit leisten können.

Zum Auftakt der Fairen Wochen am 13. September 2014 veranstalteten der **Katholikenrat Wuppertal** und die Evangelische City-Kirche ein **Faires Fest** (Fördersumme: 14.340 Euro). Unter dem Motto „Umsteuern – Gerecht, nachhaltig, solidarisch leben“ präsentierten sich Eine-Welt-Gruppen aus der Region auf einem Markt der Möglichkeiten. Ein thematischer Schwerpunkt des Fairen Festes waren die Produktionsbedingungen für Bekleidung.

→ Weitere Informationen unter [www.fuge-hamm.de](http://www.fuge-hamm.de), [www.fairtrade-schools.de](http://www.fairtrade-schools.de), [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de), [www.katholikenrat-wuppertal.de](http://www.katholikenrat-wuppertal.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4859, E-4870, Z-5286 und Z-5279



Fairtrade-Kochshow in Hamm mit Hendrik Meisel und Bürgermeisterin Ulrike Wäsche



Foto: Werner Dietrich

Plastik fasten? Ja, bitte!

## Aktionen für ein zukunftsfähiges Leben

Ein nachhaltiges Leben ist möglich – und muss nichts mit Verzicht oder gar Askese zu tun haben. Das belegen Aktionen wie die **Woche der Nachhaltigkeit** (Fördersumme: 4.986 Euro), die das **NaturGut Ophoven** vom 23. bis 29. Juni 2014 in Leverkusen durchgeführt hat. Dabei wurden an fünf Grundschulen und fünf weiterführenden Schulen Bildungsprogramme zum Thema Konsum angeboten. Wieso sollte ich versuchen, kaputtes Spielzeug zu reparieren, anstatt es direkt wegzuworfen? Was hat meine Lieblingsjeans mit Nachhaltigkeit zu tun? Diese und andere Fragen wurden intensiv diskutiert. Für den 29. Juni war die gesamte Leverkusener Bevölkerung eingeladen, das Sommerfest des NaturGuts nachhaltig mitzugestalten. An fünf verschiedenen Aktionsständen – darunter „Spielzeugtausch statt Spielzeugrausch“ und die Klamottentauschbörse „Swapping statt Shopping!“ – wurden die Besucher zu aktiver Beteiligung eingeladen.

Am 31. August 2014 fand bereits zum zweiten Mal der **Tag des guten Lebens: Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit** (Fördersumme: 57.161 Euro) in Köln-Ehrenfeld statt. Der autofreie Sonntag verwan-

deltete das „Veedel“ in einen öffentlichen, nicht-kommerziellen Raum, der für einen Tag von den Bewohnern durch zahlreiche Aktionen gestaltet und belebt wurde. Mit dem Tag des guten Lebens wurde eine Möglichkeit eröffnet, durch die Menschen Freiräume in der Stadt entdecken und eigene Ideen entwickeln konnten, wie sie ihre Umgebung lebenswerter machen können. Der Tag wurde veranstaltet vom **Institut Cultura 21**, in Kooperation mit der Bewegung Agora Köln und mehreren Nachbarschaftsinitiativen. Ein weiterer Tag des guten Lebens findet im Sommer 2015 in Köln-Sülz statt.

**Plastik fasten – wie geht das?** Dieser Frage ging der **Förderverein der Station Natur und Umwelt** nach. Zu den Projektbestandteilen (Fördersumme: 4.500 Euro) gehörten Selbstversuche in Haushalten, die Untersuchung von Schadstoffbelastungen durch Kunststoffgegenstände sowie Bastelaktionen mit Recyclingmaterialien. Aus dem Projekt ging eine Gruppe hervor, deren Mitglieder sich regelmäßig treffen und ihre Erfahrungen beim Leben mit und ohne Plastik austauschen.

➔ Weitere Informationen unter [www.naturgut-ophoven.de](http://www.naturgut-ophoven.de), [www.agorakoeln.de](http://www.agorakoeln.de), [www.stnu.de](http://www.stnu.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3575, U-3580, U-3601



Fotos: Katharina Schwentz, Oliver Mohr

Freie Fahrt für die Fantasie beim Tag des guten Lebens in Köln



Foto: OroVerde

Ausflug in den Botanischen Garten Bonn



Foto: Georg Valentius

Kunstaktion beim ökoRAUSCH-Festival

## Gut essen

Essen müssen wir alle – und deshalb ist Ernährung ein wunderbares Thema, um globale Zusammenhänge zu verdeutlichen und nachhaltige Lösungsansätze zu entwickeln. So macht es auch die Tropenwaldstiftung **OroVerde** in ihrem Projekt **Mit Schokolade den Regenwald retten?!** (Fördersumme: 56.965 Euro). Um den Bogen von der Schokolade zum Regenwald, dem Herkunftsort des Kakaos, zu schlagen, bringt OroVerde Einrichtungen wie den Botanischen Garten in Bonn oder das Schokoladenmuseum in Köln mit Schulen zusammen. Die außerschulischen Lernorte profitieren, indem sie ihre Führungen und Aktionen didaktisch erweitern können; für die Schüler ist die Abwechslung vom Schulalltag attraktiv. In Fortbildungen erfahren Lehrer und Umweltbildner etwas über die sozialen und ökologischen Probleme beim Kakaoanbau und über dessen Auswirkungen auf den Regenwald. In Praxisprojekten mit Schulklassen verschiedener Altersstufen werden neue Unterrichtsmaterialien entwickelt und auf ihre Tauglichkeit getestet.

Die **Sounds For Nature Foundation** (SFN) ist aus einem Projekt des Bundesamtes für Naturschutz entstanden und fördert die Auseinandersetzung mit Natur und Umwelt im Kontext von Live-Musik und Events. Seit 2010 richtet SFN jährlich eine Fachkonferenz zu Umwelt- und Naturschutz bei großen Festivals aus. Am 3. und 4. November 2014 diskutierten rund 120 Teilnehmer aus elf Ländern im Bonner Wissenschaftszentrum in Themensessionen über **Nachhaltigkeit und Ernährung – Welchen Einfluss kann die Veranstaltungsbranche nehmen und wie kann das Publikum involviert werden?** Unsere Stiftung hat das Projekt mit 23.000 Euro gefördert.

→ Weitere Informationen unter [www.regenwald-schuetzen.org](http://www.regenwald-schuetzen.org), [www.soundsfornature.eu](http://www.soundsfornature.eu) sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5278 und Z-5284



Foto: Horst P. Schmitz

Konferenz „Green Events“ in Bonn

## Kunst, Design und Nachhaltigkeit

Vom 18. Juli bis 2. September 2014 war das vielfach ausgezeichnete Ausstellungsprojekt „zur nachahmung empfohlen! Expeditionen in Ästhetik und Nachhaltigkeit“ im Unesco-Welterbe Zollverein in Essen zu sehen. Die Ausstellung „präsentiert künstlerische Praktiken, in denen sich Erfahrungen und Arbeitsweisen von Umweltinitiativen mit Herangehensweisen von KünstlerInnen verbinden“, so die Kuratorin Adrienne Goehler. Die **Stiftung Zollverein** veranstaltete ein **Begleitprogramm** (Fördersumme: 10.000 Euro) zur Ausstellung mit Workshops, Filmen, einem interdisziplinären Symposium und Künstlertalks.

Bereits zum dritten Mal gestaltete der Kölner Verein **Stadt Land Welt** ein Begleitprogramm zum ökoRAUSCH-Festival für Design & Nachhaltigkeit. Die **create Dialoge** (Fördersumme: 62.177 Euro) brachten umwelt- und entwicklungspolitische Akteure mit ökologisch und sozial engagierten Designern und Künstlern ins Gespräch. Thementage zu Urbanem Gärtnern oder „Upcycling gleich Aufwertung?“ animierten durch Vorträge, Diskussionen, Workshops, Führungen und Filmabende zum Engagement für Nachhaltigkeit.

→ Weitere Informationen unter [www.stiftung-zollverein.de](http://www.stiftung-zollverein.de), [www.z-n-e.info](http://www.z-n-e.info), [www.oekorausch.de](http://www.oekorausch.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5273 und Z-5285



# Eine Welt

Das Jahr 2014 war für große Teile der Welt ein *annus horribilis*, ein schreckliches Jahr. Kriege, Krisen, Katastrophen und Politikversagen bestimmten das Bild. Kriege im Gaza-Streifen, in der Ukraine, in Syrien und Irak, Bürgerkriege in Somalia, Südsudan, Libyen, Mali, Nigeria, Kongo, Burundi, die Ebola-Epidemie in Westafrika, das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer, Wirtschafts- und politische Krisen in Venezuela, Argentinien, Brasilien. Die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen.

Gleichzeitig rang die Staatengemeinschaft im Jahr 2014 zäh um Fortschritte in der Vorbereitung mehrerer großer, internationaler Konferenzen, auf denen 2015 wichtige Beschlüsse für die zukünftige globale Entwicklung gefällt werden sollen. Im Juli 2015 findet in Addis Abeba die 3. UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung statt. Im September 2015 wollen die Teilnehmer einer Welt-Gipfelkonferenz die „Sustainable Development Goals“ (SDG) beschließen, mit denen ein global gültiges Nachfolgeprogramm zu den Millenniumentwicklungszielen (MDG) auf den Weg gebracht werden soll. Ein erfolgreicher Abschluss der Konferenz in Addis Abeba mit verbindlichen Finanzierungsverpflichtungen ist eine notwendige Voraussetzung für ein Gelingen des SDG-Prozesses. Noch viel grundsätzlicher für die Realisierung einer globalen Nachhaltigkeitsagenda wäre es, die fortschreitende Erderwärmung einigermaßen in Grenzen zu halten.

Deshalb ist die Welt-Klimakonferenz von überragender Bedeutung, die im Dezember 2015 in Paris stattfindet und bei der die internationale Staatengemeinschaft eine verbindliche Nachfolgevereinbarung zum Kyoto-Klimaschutzabkommen beschließen soll. Der fortschreitende Klimawandel lässt den Meeresspiegel ansteigen, treibt die Wüstenbildung voran und macht große Siedlungsgebiete unbewohnbar. Er beeinträchtigt die Artenvielfalt, die Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion und wirtschaftlicher Entwicklung. Fortschritte bei der Armutsbekämpfung werden durch ihn zunichte gemacht, die Ernährungssicherheit verschlechtert sich, gewaltförmige Konflikte nehmen zu und in ihrer Folge Verletzungen der Menschenrechte, Flucht und Vertreibung.

## Wenig Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Jahresberichts gestaltet sich die vorbereitende Aushandlung der verschiedenen Konferenzresolutionen ausgesprochen mühsam. Besonders für das angestrebte neue Klimaschutzabkommen können wesentliche Kompromisse wohl erst im Konferenzgeschehen selber gefunden werden, und die Wahrscheinlichkeit nimmt ab, dass es gelingt, eine Vereinbarung zu erzielen, mit der das Zwei-Grad-Ziel noch erreicht werden kann.

Die Gestaltungsfähigkeit der großen Mächte und Staatenallianzen zur Krisenbewältigung und anscheinend auch ihre Bereitschaft zur Übernahme von globaler Verantwortung bleiben deutlich hinter den Anforderungen zurück. Bei den Vereinten Nationen verhindern einzelne Vetomächte angemessene Mandate des Weltsicherheitsrates. Immer noch steht das Prinzip der internationalen Schutzverantwortung hinter dem Anspruch nationaler Souveränität zurück. Auch die Europäische Gemeinschaft scheint derzeit weit davon entfernt, ihre politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Potenziale im Sinne von Frieden, Freiheit und wirtschaftlicher Entwicklung angemessen zur Geltung zu bringen.

Das gilt auch für den Umgang mit den Flüchtlingen im Nahen Osten und im Mittelmeer. Hunderte, möglicherweise Tausende von ihnen sind allein in den letzten Monaten bei ihrem Versuch, von Nordafrika nach Europa zu gelangen, im Mittelmeer zu Tode gekommen. Der Europäischen Gemeinschaft fiel dazu vor allem ein, diese Passage zu verhindern. Der „Kampf gegen die Schleuserbanden“ ist die populistische Antwort, ebenso die Errichtung von Flüchtlingslagern in den nordafrikanischen Ländern, um die betroffenen Menschen möglichst dort schon davon zu überzeugen, dass sie keine Chance haben, nach Europa zu kommen.



Foto: F. G. Guerrero

Flüchtlinge aus Sub-Sahara versuchen, den Zaun zwischen Marokko und der spanischen Enklave Melilla in Nordafrika zu überwinden.

## Stärkeres Engagement im BMZ

Nach der Bundestagswahl im September 2013 hat es in Deutschland auch einen Wechsel an der Spitze des Entwicklungsministeriums gegeben. Minister Gerd Müller hat die entwicklungspolitische Community überrascht durch sein klares Bekenntnis zu einer Orientierung der internationalen Wirtschaftsstrukturen und -prozesse an einer „nachhaltigen, sozialen und ökologischen Entwicklung“ (Koalitionsvertrag). Der BMZ-Etat des Jahres 2014 war mit 6,445 Milliarden Euro um etwa 440 Millionen Euro höher als im Jahr zuvor. Die bis 2018 vorgesehenen Steigerungen liegen bei insgesamt 240 Millionen Euro. Das reicht allerdings nicht: Bei der berühmten ODA-Quote (Mittel für die „Official Development Assistance“ im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) bleibt Deutschland mit 0,38 Prozent weit von den seit Jahrzehnten versprochenen 0,7 Prozent entfernt.

Nach den Vorstellungen des Ministeriums bleibt Afrika die Schwerpunktregion der deutschen Entwicklungspolitik. Die für die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika zur Verfügung stehenden Mittel sollen um 100 Millionen Euro jährlich erhöht werden. Ländliche Entwicklung soll dabei im Zentrum stehen. Ihr ist ein Sonderprogramm unter dem Titel „Eine Welt ohne Hunger“ gewidmet. Verstärkt werden soll auch das Engagement des BMZ für die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI). Die Ausgaben dafür sollen von 10 Millionen Euro im Jahr 2013 auf 25 Millionen Euro im Jahr 2015 steigen.

## Entwicklungspolitik als gemeinsame Aufgabe

Ein zentrales Projekt des deutschen Entwicklungsministers im Jahr 2014 war die Entwicklung einer „Zukunftscharta“ unter Einbindung vieler Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Sie wurde im November in Berlin mit einer großen Veranstaltung unter Beteiligung der Bundeskanzlerin verabschiedet. Die Zukunftscharta soll das programmatische Dokument der kommenden Jahre für die deutsche Entwicklungspolitik sein. Sie ist zugleich auch die Ausgangsbasis für die deutsche Position zu einer Post-2015-Agenda und zu den SDG. Die in der Zukunftscharta definierten Handlungsfelder sind: 1. Menschenwürde, 2. Umweltschutz, 3. Wirtschaften für Mensch und Natur, 4. Gute Regierungsführung, 5. Frieden, 6. Neue Technologien. 7. Internationale Zusammenarbeit. Es ist offensichtlich, dass diese Handlungsfelder weit über den Bereich der klassischen Ent-

wicklungspolitik hinausreichen. Der Erfolg der Zukunftscharta hängt also auch davon ab, ob das Bundeskabinett eine solche Querschnittswirkung des Dokuments und der Arbeit des BMZ zulässt. Der enge Ressortzuschnitt des BMZ steht dazu jedenfalls im Widerspruch. Der Erfolg des Dokuments wird auch davon abhängen, ob es gelingt, die auf einem ziemlich hohen Abstraktionsniveau formulierten Handlungsfelder zu konkretisieren und auf die Ebene operativer Politik herunterzubrechen.

Das sieht auch der Vorsitzende des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Bernd Bornhorst, so. Er lobte im Übrigen die Zukunftscharta und insbesondere ihren partizipativen Entstehungsprozess. Kritisch wertete er, dass strukturelle Faktoren für Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung nicht benannt werden, die er in dem auf Wachstum und Profitmaximierung ausgerichteten westlichen Wirtschaftsmodell und dem internationalen Handels- und Finanzsystem verortet.

Ein weiteres wichtiges Anliegen des Entwicklungsministers ist das „Bündnis für Nachhaltige Textilien“, das im Herbst 2014 auf den Weg gebracht wurde. Von Mai bis Oktober 2014 wurde in verschiedenen Arbeitsphasen und Workshops ein Aktionsplan entwickelt, hinter dem über 60 Unternehmen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche Institute und staatliche Institutionen stehen. Mit dem Bündnis sollen die Ressourcen und die Expertise der beteiligten Akteure vernetzt werden, um soziale, ökologische und ökonomische Verbesserungen entlang der textilen Wertschöpfungskette zu erreichen.

Die neuen Initiativen des BMZ bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für zivilgesellschaftliche Beteiligungen und selbstständige Aktivitäten. Bei den großen entwicklungspolitischen Verbänden und auch bei den Landesnetzwerken besteht der Eindruck, dass sich die Voraussetzungen für Kooperationen im Bereich des BMZ unter der neuen Leitung des Ministeriums spürbar verbessert haben. Sie werden die sich bietenden Chancen wahrnehmen.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure tun jedoch gut daran, immer auch auf ihre Autonomie bedacht zu sein und ihre Aktivitäten, Projekte und Programme im Bereich der Eine-Welt-Arbeit nicht zu sehr an den Angeboten des BMZ auszurichten. Dies gilt selbstverständlich auch für Nordrhein-Westfalen und die hiesigen Nichtregierungsorganisationen. Unsere Stiftung wird sie auf diesem Weg auch im Jahr 2015 begleiten und unterstützen.

## Projekte Eine Welt

### Bildung für nachhaltige Entwicklung

Als „Globales Lernen“ bezeichnet die Pädagogik heute jenen Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung, mit dem wir die Kompetenzen erwerben, die wir zur Orientierung und Gestaltung eines verantwortlichen Lebens in der Weltgesellschaft brauchen. Mit dem Projekt **Modellschulen für Globales Lernen** unterstützt das **Welthaus Bielefeld** Schulen im Regierungsbezirk Detmold dabei, Globales Lernen in den schuleigenen Lehrplänen sowie im Schulprofil zu verankern. Die Bildungsmodule und Materialien werden von Studierenden und Lehrkräften gemeinsam entwickelt und anschließend an den beteiligten Schulen erprobt. Für eine langfristige Zusammenarbeit von Schulen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) werden Multiplikatoren aus NRO speziell für diese Kooperation geschult. Die Projektergebnisse werden in einem Leitfaden veröffentlicht. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 89.295 Euro.



Jünger ist die Zielgruppe des Projektes **Mit Kinderaugen um die Welt – Globales Lernen in der KiTa** (Fördersumme: 40.800 Euro), das der **Wissenschaftsladen Bonn** entwickelt hat. Keinesfalls zu jung, denn schließlich wollen schon Kinder zwischen drei und sechs Jahren wissen, warum Gleichaltrige aus anderen Ländern anders aussehen und warum nicht überall sauberes Wasser aus den Hähnen fließt. Zentraler Bestandteil des Kita-Projektes sind sechs miteinander verknüpfte Fortbildungsreihen in den Regionen Essen, Köln und Mönchengladbach, die sich an Erzieherinnen und Erzieher richten. Jede Fortbildungsreihe besteht aus drei Seminartagen, einer dreimonatigen Umsetzungsphase in der Kita sowie einem Nachtreffen. Die Umsetzungsbeispiele aus den Kitas werden dokumentiert und weiteren Erziehern und Interessierten bundesweit zur Verfügung gestellt.

An Menschen mit und ohne Behinderung richtet sich der Verein **Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit** (bezev). Er erweitert sein Angebot unter dem Titel **Work & Water** (Fördersumme: 64.376 Euro) um die Themen Menschenwürdige Arbeit und Wasser. Im Zentrum seiner entwicklungspolitischen Bildungsarbeit stehen soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und ökonomische Nachhaltigkeit. Projektangebote sind unter anderem eine inklusive Broschüre über menschenwürdige Arbeit und Behinderung, verschiedene Bildungsmaterialien, Seminare für Multiplikatoren und Studierende, eine inklusive Wanderausstellung sowie eine öffentlichkeitswirksame Aktion am Welttag für menschenwürdige Arbeit. Als besonders attraktiv haben sich die inklusiven Projektstage „Blaues Wunder“ zum Thema Wasser erwiesen. Eigentlich sollten sie in vier Grundschulklassen stattfinden, es bewarben sich aber fast 100 Klassen. bezev hat deshalb seine Planung geändert, so dass in mindestens 20 Klassen ein Projekttag durchgeführt werden kann.

→ Weitere Informationen unter [www.schulen-globales-lernen.de](http://www.schulen-globales-lernen.de), [www.wilabonn.de](http://www.wilabonn.de), [www.bezev.de](http://www.bezev.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4849, Z-5270 und Z-5269



## Engagement für eine bessere Welt

Veränderungen in Richtung einer nachhaltigeren, gerechteren Welt bedürfen des umfassenden zivilgesellschaftlichen Engagements. Dabei ist es wichtig, immer wieder die eigenen Ziele und Strategien zu überprüfen. Der **Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe** (VENRO) ist der deutsche Dachverband der in seinem Namen genannten Nichtregierungsorganisationen. Er koordiniert gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung die Aktivitäten der deutschen Zivilgesellschaft zur Post-2015-Agenda. Im Rahmen des Projektes **Neue Ziele für Entwicklung – Neue Strategien für NRO** wurden zivilgesellschaftliche Forderungen und Positionen zu den neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen sowie eine Strategie ihrer Durchsetzung erarbeitet. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 43.270 Euro,

Das **Eine Welt Netz NRW** stellte die internationale Verteilungsgerechtigkeit ins Zentrum seiner zweitägigen **Eine-Welt-Landeskonferenz 2014** (Fördersumme: 46.044 Euro). Mehr als 300 Teilnehmer diskutierten in Bonn in 13 Workshops über Themen wie Steinkohleimporte, Migration oder soziale Proteste im Vorfeld der Fußball-WM in Brasilien. Mit dem Projekt **Eine Welt, die wir wollen** (Fördersumme: 18.570 Euro) will das Eine Welt Netz NRW den Diskurs zum globalen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit durch verschiedene Veranstaltungen sowie die Wanderausstellung „Gerechtigkeit ist möglich, Transformation ist nötig!“ intensivieren.

Auf Einladung der **Evangelischen Kirche von Westfalen** diskutierten im Rahmen einer zweitägigen Konferenz rund 300 Teilnehmer in Schwerte über **Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft – Nachhaltige Entwicklung in NRW und der Beitrag der Kirchen** (Fördersumme: 16.030 Euro). Die Veranstaltung verstand sich als zivilgesellschaftliches Netzwerktreffen, durch das die sozial- und umweltgerechte Entwicklung in Nordrhein-Westfalen reflektiert und vorangetrieben werden sollte. Zur Vorbereitung der Tagung und zur Einbindung Jugendlicher und junger Erwachsener fand im Vorfeld eine zweitägige Jugendkonferenz statt.

Das **Allerweltschau Köln** möchte mit dem Projekt **Stand up for your rights** (Fördersumme: 57.833 Euro) junge Menschen für die Menschenrechtsarbeit und die entwicklungspolitische Bildung gewinnen und als Multiplikatoren qualifizieren. Die Basis bildet ein erweiterter Menschenrechtsansatz, der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte umfasst. In Projektgruppen und Workshops beschäftigen sich die Teilnehmer zum Beispiel mit der Situation in Mittelamerika oder mit dem „Recht auf Stadt“, bei dem es unter anderem um bezahlbaren Wohnraum geht. Auf dem Programm stehen auch Recherche, Moderation und Öffentlichkeitsarbeit. In einer späteren Projektphase setzen die Workshopteilnehmer ihre neu erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten bei Schulbesuchen oder der Organisation von Events eigenständig ein.

2014 gab es in Düsseldorf ein doppeltes Jubiläum: 35 Jahre **Eine Welt Forum** und 30 Jahre **Eine Welt Tage**. Unter dem Motto „(K)Ein Grund zum Feiern“ fanden zwischen Juni und Dezember rund 150 Veranstaltungen zu Themen der Einen Welt, der Globalisierung und der Entwicklungspolitik statt, die die Vielfalt der Kulturen präsentierten und interessante Begegnungen ermöglichten. Unsere Stiftung hat die Öffentlichkeitsarbeit zu den Veranstaltungen mit 8.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter [www.venro.de](http://www.venro.de), [www.eine-welt-netz-nrw.de](http://www.eine-welt-netz-nrw.de), [www.kircheundgesellschaft.de](http://www.kircheundgesellschaft.de), [www.allerweltschau.de](http://www.allerweltschau.de), [www.eineweltforum.de](http://www.eineweltforum.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4861, Z-5257, Z-5262, Z-5261, Z-5288 und E-4889



Zu Gast in NRW: Oswaldo Samuel von der brasilianischen Landlosenbewegung MST

## Im Fokus: Lateinamerika

Trotz regional positiver Entwicklungen kann man beim Blick auf Lateinamerika kaum von Nachhaltigkeit oder sozialer Gerechtigkeit sprechen. Vor allem indigene Völker drohen beim Wettrennen um Einfluss, Rohstoffe und Bodenschätze unter die Räder zu kommen. Dies gilt auch für die Mapuche, die mit rund 1,5 Millionen Menschen etwa zehn Prozent der chilenischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Sie sind vor allem durch den geplanten Bau von Staudämmen in ihrer traditionellen Lebensform bedroht. Mit einer Vortragsreihe sowie einer viertägigen Konferenz in Köln, an der zwei Vertreter der Mapuche teilnahmen, hat die **Gesellschaft für bedrohte Völker** auf die **Situation der Mapuche in Chile** aufmerksam gemacht. Unsere Stiftung hat die Veranstaltungen mit 9.740 Euro gefördert.

Wem gehört das Land? So lautet eine zentrale Frage in vielen lateinamerikanischen Ländern, und vor allem in Brasilien. Hier, in der sechstgrößten Wirtschaftsnation der Welt, haben wechselnde Regierungen ideale Bedingungen für Bodenspekulation und den großflächigen Landkauf durch ausländische Investoren geschaffen. Wo Soja oder Zuckerrohr im großen Stil angebaut werden, wächst kein Urwald mehr und auch die kleinbäuerliche Landwirtschaft hat

keine Chance. Mit dem Thema **Globale Landnahme und der Kampf um das Menschenrecht auf Nahrung in Brasilien** (Fördersumme: 30.320 Euro) hat sich eine Veranstaltungsreihe im **Allerweltshaus Köln** befasst. Dabei kamen zwei Vertreter der brasilianischen Landlosenbewegung „Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra“ nach NRW und berichteten über die Geschichte und Rolle der Bewegung der Landlosen im Kampf um das Recht auf Land sowie die Erfahrungen einer der größten sozialen Bewegungen Lateinamerikas mit einer inzwischen 30-jährigen Geschichte.

Mit dem Projekt **Nuevos Horizontes: Neue Perspektiven der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu Lateinamerika** (Fördersumme: 83.300 Euro) erweitert das Wuppertaler **Informationsbüro Nicaragua** seine entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu Lateinamerika und wendet sich dabei besonders an Jugendliche. Unter dem Motto „Otros Mundos“ werden eintägige Workshops für Schulklassen und Jugendgruppen angeboten. In einem „Bildungslabor“ entwickeln Teamer und Teilnehmer gemeinsam interaktive Workshop-Konzepte und erproben diese. Die Ergebnisse werden im Herbst 2015 in der Werkheftreihe „Fokuscafé Lateinamerika“ veröffentlicht.

➔ Weitere Informationen unter [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de), [www.allerweltshaus.de](http://www.allerweltshaus.de), [www.informationsbuero-nicaragua.org](http://www.informationsbuero-nicaragua.org) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4866, E-4886 und E-4867



Nuevos Horizontes: Workshops für Schulklassen und Jugendgruppen



Besuch von Radio Nanto (Benin) bei alleweltonair: Teilnehmende des Austauschprogramms ASA-Süd Nord

## Im Fokus: Afrika

Der Tod von Nelson Mandela am 5. Dezember 2013 hat die Welt erschüttert. Der Friedensnobelpreisträger gilt als einer der wichtigsten Kämpfer gegen Rassentrennung, Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit. Am Jahrestag seines Todes haben die Stadt Bonn, das Deutsch-Afrikanische Zentrum in Bonn, die Informationsstelle Südliches Afrika und unsere Stiftung eine Veranstaltung im Bonner Rathaus unter dem Titel „Mandelas Vermächtnis – bewahrt oder vergessen?“ organisiert. Der Gesandte an der südafrikanischen Botschaft in Berlin würdigte das Lebenswerk Mandelas. Dessen 81-jähriger Kampfgefährte Denis Goldberg stellte die Fortschritte Südafrikas seit dem Ende der Apartheid dar, betonte aber auch die aktuellen Probleme, unter anderem den Umstand, dass sich die verantwortlichen Politiker häufiger an ihren eigenen Interessen als am Allgemeinwohl orientieren.

Der Südafrikaner Nelson Mandela repräsentiert für viele einen ganzen Erdteil. Doch Afrika ist vielfältig, das vermittelt die **Exile Kulturkoordination** mit dem Projekt **Gesichter Afrikas – Perspektiven eines Kontinents** (Fördersumme: 147.560 Euro). Dabei werden Informationen, Analysen und Debatten zu Themen und Ländern Subsahara-Afrikas auf einer Website angeboten und durch verschiedene Veranstaltungsformate ergänzt. Die Website wird um die Themenbereiche Kolonialismus, Neokolonialismus und Zeitgeschehen erweitert.

**Annäherungen an Afrika** (Fördersumme: 75.649 Euro) versucht das **Allerwelthaus Köln** mit seinem Bürgerfunkangebot Alleweltonair. Über das Thema Afrika können Interessierte die Grundlagen der Rundfunkarbeit kennenlernen. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Kölner Organisationen werden dann Rundfunk-Magazine, Radio-Features und Podcasts zu Themen wie Gentechnik oder Bergbau produziert und gesendet. Am Beispiel des Projektpartners RADIO NANTO FM aus dem Norden Benins wird die Arbeit von Community Radios in Afrika vorgestellt.

➔ Weitere Informationen unter [www.gesichter-afrikas.de](http://www.gesichter-afrikas.de), [www.allerwelthaus.de](http://www.allerwelthaus.de), [www.alleweltonair.de](http://www.alleweltonair.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5253 und Z-5265



Foto: A. Egges/Nomadenhilfe

Spielende Kinder in Osttibet



Foto: E. Bogos/medica mondiale

Monika Hauser (z.v.l.) von medica mondiale 2012 in Afghanistan

## Im Fokus: Asien

Bislang konzentriert sich die Arbeit vieler NRO auf Afrika und Lateinamerika. Asien rückt oft nur nach Katastrophen in den Blickpunkt. Besonders kompliziert ist die Beschäftigung mit einem Land wie China, dessen wachsende globale Bedeutung von der europäischen Zivilgesellschaft bislang nur unzureichend berücksichtigt wird. Mit dem Projekt **Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenz zu China** (Fördersumme: 99.500 Euro) trägt die **Stiftung Asienhaus** dazu bei, die China-Arbeit von entwicklungs- und umweltpolitischen Organisationen zu stärken und sozialökologisch ausgerichtete China-Partnerschaften aufzubauen. Projektbestandteile sind die Entwicklung von Broschüren und Hintergrundpapieren, Fortbildungen, Internetangebote und die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Austauschprogramm mit chinesischen NRO.

Mit der Situation in einer abgelegenen Gegend Chinas beschäftigt sich der Kölner Verein **Kham**. Er unterstützt seit 2007 Nomaden in Osttibet im Rahmen von Bildungs- und Sozialprojekten. Für deutsche Grundschüler entwickelt Kham eine **Bildungstasche** (Fördersumme: 11.650 Euro). Die darin enthaltenen Materialien – unter anderem ein Hörspiel, ein Arbeitsheft und tibetische Gebrauchsgegenstände – vermitteln ein umfassendes Bild vom Kinderalltag in der Himalayaregion. Die Bildungstaschen werden zunächst in einer Auflage von 50 Exemplaren hergestellt.

→ Weitere Informationen unter [www.asienhaus.de](http://www.asienhaus.de), [www.nomadenhilfe.de](http://www.nomadenhilfe.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5267 und Z-5258

## Organisationen stärken

Das starke inhaltliche Engagement und die Fülle an Aufgaben führt in vielen Nichtregierungsorganisationen dazu, dass Probleme bei Arbeitsabläufen oder veränderte Bedingungen nicht systematisch angegangen werden. Die **Christliche Initiative Romero** etwa, die sich seit 1981 für Arbeits- und Menschenrechte in Ländern Mittelamerikas einsetzt, hat in den letzten Jahren mehr hauptamtliche Mitarbeiter eingestellt und neue Außenstellen eröffnet. Im Rahmen einer **Organisationsentwicklung** (Fördersumme: 7.666 Euro) wurden die Strukturen und Abläufe so angepasst, dass Informations- und Entscheidungsprozesse spürbar vereinfacht sind und der Arbeitsablauf insgesamt effektiver erfolgt.

Mit einem ganz anderen Problem, das jedoch auch andere Organisationen betrifft, die sich täglich mit dem Leid von Menschen befassen, sieht sich **medica mondiale** konfrontiert. Für die Mitarbeiterinnen, die durch Projekte und Lobbyarbeit Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten weltweit unterstützen, sind die Erlebnisse der häufig traumatisierten Frauen und die Begegnungen mit ihnen eine starke psychische Belastung. Das erschwert die Arbeit sowohl für die einzelne Mitarbeiterin als auch für die gesamte Organisation. **medica mondiale** führt deshalb das Prinzip der **Achtsamen Organisationskultur** (Fördersumme: 31.914 Euro) ein. Dabei wird die Organisation durch eine externe Beraterin und Trainerin unterstützt, mit der sie den Ansatz gemeinsam entwickelt hat. Der Prozess beinhaltet eine Bestandsaufnahme der Probleme sowie eine Einführung in das Konzept und entsprechende Trainingsmaßnahmen. Monitoring und eine Post-Evaluation sollen die Wirksamkeit der Trainings ermitteln und verbessern.

→ Weitere Informationen unter [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de), [www.medicamondiale.org](http://www.medicamondiale.org) sowie in unserer Projektdatenbank unter O-2319 und O-2321



# Migration und Interkultur

„Wir sind das Volk!“ hörte man häufig bei den Pegida-Demonstrationen im Herbst und Winter 2014. Die Übernahme dieser Parole aus der Wendezeit 1989 war aus zwei Gründen verfälschend: Zum einen richtete sich damals der Protest der DDR-Bürger gegen ihre Regierung, die für sich in Anspruch nahm, eine Regierung „des Volkes“ zu sein: Volk gegen Machthaber, „Volk“ ist hier eine soziale Kategorie. Opposition gegen die Regierung mag auch bei den Pegida-Teilnehmern eine Rolle gespielt haben, vor allem aber ging es ihnen darum, durch den Begriff „Volk“ andere auszugrenzen, „Volk“ also als ethnische oder religiöse Kategorie. Falsch war die Wiederaufnahme der Parole auch, weil die Demonstranten eben nicht die Meinung der Mehrheit ausdrückten. Gut sichtbar war dies bei den Gegendemonstrationen, die, vor allem in Westdeutschland, weitaus mehr Menschen auf die Straße brachten als die „Patriotischen Europäer“.

Inzwischen ist die Pegida-Bewegung aus den Schlagzeilen verschwunden, die nationalistischen, ausländer- und islamfeindlichen Einstellungen vieler Menschen bleiben jedoch bestehen oder nehmen sogar zu, wie verschiedene Studien vermuten lassen. Diese Tendenz gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere europäische Länder. Ein trauriger Beweis waren die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014: Rechtspopulistische und EU-kritische Parteien legten deutlich zu und erzielten rund 19 Prozent der Stimmen.

## Immer mehr Menschen auf der Flucht

Sich abschotten: in der eigenen Kultur, den nationalen Landesgrenzen oder in der Festung Europa. Diese Entwicklung ist fatal, da derzeit internationale Solidarität dringend benötigt wird. Denn Kriege und eskalierende bewaffnete Konflikte haben so viele Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr, so die Einschätzung von Amnesty International und dem UN-Flüchtlingswerk UNHCR. Weltweit mussten 57 Millionen Menschen flüchten, 38 Millionen blieben innerhalb ihres Landes, die meisten anderen retteten sich in Nachbarstaaten. Allein der Libanon hat seit 2011 rund fünfmal mehr syrische Flüchtlinge aufgenommen als die gesamte EU im gleichen Zeitraum.

In Deutschland wurden 2014 rund 173.000 Asylbeantragungen gestellt, 57 Prozent mehr als im Vorjahr. Hauptherkunftsland war Syrien (39.332 Anträge), gefolgt von Serbien (17.172), Eritrea (13.198), Afghanistan (9.115) und Albanien (7.865). Für 2015 erwartet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rund 450.000 Asylbeantragungen, das bedeutet allerdings nicht – wie manche Schlagzeilen suggerieren – eine halbe Million mehr Einwohner. 2014 wurden nur rund ein Viertel der Bewerber als Flüchtlinge anerkannt, weitere fünf Prozent durften vorerst nicht abgeschoben werden.

## Kontakte schaffen Offenheit

Asylanerkennung oder Aufenthaltserlaubnis sind für Nicht-EU-Angehörige die ersten großen Meilensteine, um in Deutschland leben zu können. Von einer wirklichen Integration sind viele Menschen jedoch auch nach Jahren, teilweise sogar nach Generationen weit entfernt. Das belegt der im Oktober 2014 von der Bundesregierung veröffentlichte 10. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Noch immer erreichen 11,6 Prozent der ausländischen Schüler keinen Hauptschulabschluss, das sind damit mehr als doppelt so viele wie bei den deutschen Schülern. Und fast ein Drittel der ausländischen jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine Berufsausbildung. Der Bericht zeigt auch, in welchem Ausmaß Bewerber mit Einwanderungsgeschichte weiterhin bei der Ausbildungsplatzsuche diskriminiert werden. Um dies zu ändern, sind Anstrengungen von Politik und Wirtschaft nötig und eine offenere Haltung der Gesellschaft.

Hoffnung macht da die Studie „Deutschland postmigrantisch II“ des Berliner Instituts für Integrations- und Migrationsforschung. Untersucht wurden die Einstellungen von jungen Menschen zu Gesellschaft, Religion und Identität. Sehr deutlich wird, dass die relativ vielen direkten Kontakte zwischen Jugendlichen aus verschiedenen Kulturen und Religionen, etwa in der Schule, eine offenere Haltung bewirken. So befürworteten rund 70 Prozent der deutschstämmigen Jugendlichen das Recht auf uneingeschränkten Moscheebau oder auf das Kopftuchtragen bei muslimischen Lehrerinnen. Bei den Erwachsenen (ab 25 Jahren) hingegen liegt die Akzeptanz bei diesen und weiteren Beispielen deutlich niedriger.

Auf die positiven Wirkungen von Begegnungen zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen setzen auch mehrere von uns geförderte Projekte. Einige von ihnen nutzen künstlerische Ausdrucksformen, wie Theater, Literatur oder Musik, andere beschäftigen sich aus unterschiedlichen Kulturhintergründen mit dem Umwelt- und Klimaschutz. Ein dritter Schwerpunkt sind Projekte von Migrant\*innenorganisationen, die eine nachhaltige Entwicklung in ihrem Heimatland vorantreiben wollen. Allen gemeinsam ist der Wunsch, sich für ein solidarisches Miteinander in der Einen Welt einzusetzen.

Die Potenziale eines solchen ehrenamtlichen Engagements hat auch das NRW-Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration erkannt. Im Februar 2015 initiierte es ein „Ehrenamtsprogramm“, das mit rund einer Million Euro lokale Flüchtlingsarbeit unterstützt, etwa Ehrenamtler, die erste Sprachkenntnisse vermitteln, Spielgruppen einrichten oder bei Behördengängen helfen. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sei beeindruckend, so Integrationsminister Guntram Schneider. „Mit dem Programm wollen wir den Flüchtlingen den Zugang zur Sprache und zur Gesellschaft erleichtern und einen Beitrag leisten, damit sie sich hier zuhause fühlen können“.



Foto: Iranian Student Association e.V.

Erste Konferenz iranischer Studenten und Akademiker 2012 in Aachen

## Projekte Migration und Interkultur

### Brücken bauen und vernetzen

Für viele Menschen aus anderen Ländern, die bei uns leben, ist der Austausch mit Landsleuten besonders wichtig. Häufig geht es dabei auch um die Frage, wie man sein Heimatland aus der Ferne unterstützen kann. Diese Ziele verfolgte auch die **Iranian Student Association** mit ihrer von unserer Stiftung mit 10.000 Euro geförderten **Konferenz der iranischen Studenten und Akademiker** in Aachen. Dabei wurden lange in NRW lebende Iraner mit erst kürzlich nach Deutschland gekommenen iranischen Studierenden unter dem Motto „Getting together“ zusammengebracht. Konferenzinhalte waren der Erfahrungs- und Wissensaustausch, die Unterstützung in Studium, Beruf und Persönlichkeitsbildung sowie die Förderung des akademischen Austausches zwischen Iranern und Deutschen. An der Konferenz beteiligten sich auch Migrantenorganisationen aus anderen Ländern, die ihre Erfahrungen einbrachten.

Vernetzung und die Initiierung von Projekten waren auch zentrale Ziele einer **Äthiopien-Konferenz** (Fördersumme: 5.000 Euro), die der **Deutsch-Äthiopische Studenten- und Akademikerverein** (DÄSAV) bereits zum fünften Mal veranstaltete. Am 3. und 4. Oktober 2014 diskutierten die Konferenzteilnehmer unter dem Motto „Wandel durch Handel“ über die Entwicklung der äthiopischen Agrarwirtschaft, über die Rolle der Frauen beim gesellschaftlichen Wandel in Äthiopien und über die Frage, wie sich das Land in den globalen Handel einbringen kann.



Foto: BIMUN/SINUB

Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei der BIMUN-Konferenz in Bonn

Seit 2002 veranstaltet die studentische Initiative **Bonn International Model United Nations** (BIMUN) eine **Simulationskonferenz zur Arbeit der Vereinten Nationen** (Fördersumme: 14.730 Euro). Während der fünf Konferenztage, die Abläufe von UN-Konferenzen möglichst realistisch simulieren sollten, diskutierten mehr als 200 Studierende aus rund 40 Ländern über das Thema „Cultural Conflicts – Building Bridges through Diplomacy“. „Respekt vor kultureller Diversität und Kooperation“ lautete das Leitmotiv der Tagung. Das stieß sicher auch auf die Zustimmung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière: Der Schirmherr der Konferenz beschrieb in seiner Rede den historischen Wandel im Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten.

Der Verein **Bridge-it!** fördert mit einer gleichnamigen Kampagne schulische Partnerschaftsprojekte vor dem Hintergrund der globalen Entwicklungsziele. Sieger des **Bridge-it!-Award 2014** (Fördersumme: 7.700 Euro), bei dem von Schülern getragene Schulpartnerschaften mit Entwicklungsländern honoriert werden, war das Stromberg-Gymnasium in Vaihingen an der Enz, das gemeinsam mit einer Partnerschule in Porto Novo (Benin) einen Schülerkalender erarbeitete. Die Seiten von „Regards/Einblicke“ – so der Titel des Kalenders – bieten einen vielfältigen Einblick in den Alltag von Schülern in Benin und Deutschland. Um auch weitere Schulen zur Auseinandersetzung mit anderen Kulturen zu animieren, hat Bridge-it! eine Wanderausstellung mit zehn Projektdarstellungen entwickelt.

Das internationale Miteinander steht auch im Zentrum des Jugendnetzwerks **The Global Experience**, das 2006 aus einer Initiative von Schülern und Lehrern des Schillergymnasiums in Münster entstand. Heute nutzen Jugendliche aus mehr als 120 Nationen die Projektwebsite, um sich über Themen wie politische Transparenz, Genderngerechtigkeit, Meinungsfreiheit oder ökologische Nachhaltigkeit auszutauschen. Dabei kommen häufig Fotos und Videos zum Einsatz. Um die Arbeit zu professionalisieren, schafft The Global Experience sich **neue Medien** an, drei Kameras mit Ausstattung, ein iPad und einen Computer (Fördersumme: 8.022 Euro).

➔ Weitere Informationen unter <http://iranian-brain-gain.com/>, [www.daesav.de](http://www.daesav.de), [www.bimun.org](http://www.bimun.org), [www.bridge-it.net](http://www.bridge-it.net), sowie in unserer Projekt-datenbank unter E-4852, E-4884, Z-5290, E-4871 und I-6114



Foto: Mutoto e. V.

„Festung Europa“ mit „Mutoto Chaud“

## Die Welt zu Gast im Münsterland

Die westfälische Universitätsstadt Münster und ihre Umgebung haben ein eher beschauliches Image. Das schließt Weltoffenheit und die Lust auf neue Erfahrungen nicht aus, wie die von unserer Stiftung geförderten interkulturellen Projekte belegen. So pflegt die **Katholische Landjugendbewegung im Bistum Münster** (KLJB) bereits seit einigen Jahren enge Kontakte zur Comissão Pastoral da Terra (CPT), einer Pastorkommission der brasilianischen Bischofskonferenz. Unter anderem waren Delegationen der KLJB 2012 und 2013 für jeweils zwei Wochen in den Nordosten Brasiliens nach Cajazeiras gereist und hatten dort mit landlosen Bauern gelebt. Im September 2014 besuchten 18 junge Erwachsene aus Cajazeiras das Münsterland und informierten sich über das **Leben im ländlichen Raum** (Fördersumme: 9.900 Euro), vor allem über Ausbildungsmöglichkeiten im Agrarsektor.

Bereits seit 2002 ist die **Katholische Studierenden- und Hochschulgemeinde Münster** (KSHG) eng mit ihrer ghanaischen Partnergemeinde Saints Peter & Paul in Tamale verbunden. Im Sommer 2014 kam eine 21-köpfige Delegation aus Tamale zu einer **Begegnung deutscher und ghanaischer Studierender** (Fördersumme: 10.000 Euro) nach Münster. Inhalte des Besuchsprogramms waren unter anderem Vorlesungen und Seminare an der Universität Münster, mehrere Exkursionen sowie gegenseitige Einblicke in die jeweiligen Gesundheits- und Bildungssysteme.

Ebenfalls in Münster angesiedelt ist der Verein **Mutoto**, der sich mit Bildungs- und Sozialprojekten für Straßenkinder in der Demokratischen Republik Kongo engagiert und darüber hinaus den deutsch-kongolischen Kulturaustausch fördert. Ein Höhepunkt sind regelmäßige Tourneen des kongolischen Tanz- und Akrobatikensembles „Mutoto Chaud“ durch Deutschland. 2014 präsentierten die Artisten das Stück **Festung Europa** (Fördersumme: 77.900 Euro), das sich mit den Themen Flucht und Migration auseinandersetzt. Parallel zu der Tournee – mit Schwerpunkt im Münsterland – fanden an 30 Schulen und bei anderen Kooperationspartnern Projektstage und Workshops mit „Mutoto Chaud“ statt, bei denen sich die Schüler aus unterschiedlichen Perspektiven mit den Ursachen und Folgen von Migration beschäftigten. Während der dreimonatigen Tournee sahen insgesamt rund 30.000 Menschen die Aufführungen oder beteiligten sich an den zusätzlichen Veranstaltungen.

➔ Weitere Informationen unter [www.kljb-muenster.de](http://www.kljb-muenster.de), [www.kshg-muenster.de](http://www.kshg-muenster.de), [www.mutoto.de](http://www.mutoto.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4883, I-6109 und I-6104



Foto: KSHG Münster

Gemeinsame Kanutour auf der Ems



Foto: Foto: C. Herrmann/Kindernothilfe

Theaterstück zum Thema Aids: What's killing us now

## Hören, sehen, lernen

Künstlerische Ausdrucksformen sind ein probates Mittel für die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen. Diese Idee steckt auch hinter der Veranstaltungsreihe **Stimmen Afrikas**, die das **Allerweltshaus** in Köln seit 2009 anbietet. Dabei werden einmal pro Monat Autorinnen und Autoren aus Afrika mit ihren kürzlich in deutscher Sprache erschienenen Werken vorgestellt. Nach jeder Lesung kommt es zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Publikum. Darüber hinaus beteiligt sich das Allerweltshaus mit dieser Reihe an den jährlichen Afrika-Tagen im Rautenstrauch-Joest-Museum. Die Stiftung fördert Stimmen Afrikas 2014/2015 mit 122.000 Euro. Auf einem ähnlichen Konzept basieren die **WortWelten** (Fördersumme: 4.500 Euro), zu denen das Soziokulturelle Zentrum **Bahnhof Langendreer** Autorinnen und Autoren aus den Südlichen Kontinenten nach Bochum eingeladen hatte. Einen Schwerpunkt bildeten Werke, die sich mit entwicklungs- und migrationspolitischen Themen beschäftigen oder die globalen Einflüsse auf die soziale und natürliche Umwelt behandeln.

Ein Bildungsprojekt der **Kindernothilfe** widmete sich dem Thema HIV/Aids in Entwicklungsländern. Im Rahmen einer zweiwöchigen Tournee präsentierte ein Schauspielensemble aus dem südafrikanischen KwaZulu Natal das Theaterstück **What's killing us now**

(Fördersumme: 22.629 Euro) an zehn Schulen in Nordrhein-Westfalen. Das englischsprachige Stück wurde speziell für die Bildungsarbeit in Deutschland entwickelt und verdeutlicht, dass Aids eine existenzielle Bedrohung für den afrikanischen Kontinent ist und nur durch gemeinsames Handeln aller Menschen bekämpft werden kann. Die Theateraufführungen wurden durch vor- und nachbereitende Workshops ergänzt.

Das **Deutsch-Afrika Ruhr Forum** hatte für den Sommer 2014 junge Südafrikaner der Organisation „Iliso Care Society“ nach Bochum eingeladen, die ehrenamtlich im Township Khayelitsha in Kapstadt arbeiten und dort einen Chor gegründet haben. Unter dem Motto **Stimmen und Perspektiven aus dem Township** (Fördersumme: 14.000 Euro) gaben die Gäste aus Südafrika mehrere mitreißende Konzerte und berichteten im Rahmen verschiedener Veranstaltungen über Südafrika und ihre Arbeit dort.

➔ Weitere Informationen unter [www.stimmenafrikas.de](http://www.stimmenafrikas.de), [www.bahnhof-langendreer.de](http://www.bahnhof-langendreer.de), [www.kindernothilfe.de](http://www.kindernothilfe.de), [www.darf-ev.de](http://www.darf-ev.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4855, E-4869, E-4874 und E-4879



Foto: Herby Sachs

Chimamanda Ngozi Adichie im Allerweltshaus Köln



Foto: DARF

Deutsch-südafrikanische Begegnungen in Bochum



Foto: SCI

Wie viel Erde braucht der Mensch?

### Umwelt verbindet!

Beim 32. Deutschen Orientalistentag im September 2013 in Münster diskutierten Islamwissenschaftler über den „Öko-Islam“ in westlichen Staaten. Und das Motto des Tages der offenen Moschee im Oktober 2013 lautete „Umweltschutz – Moscheen setzen sich ein“. Beides zeigt: Muslimische Gemeinschaften in Deutschland engagieren sich zunehmend im Umwelt- und Naturschutz. Oft allerdings ist die Vernetzung zwischen den Akteuren relativ gering, Projekte sind wenig bekannt und Erfahrungen werden kaum weitergetragen. Um den Austausch zu fördern, veranstaltete unsere Stiftung am 20. Mai 2014 in Bonn ein Fachgespräch, bei dem rund 20 Vertreter von muslimischen Verbänden sowie von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Institutionen und Organisationen aus Nordrhein-Westfalen zusammenkamen. Dabei betonte Staatssekretär Peter Knitsch vom NRW-Umweltministerium die große Bedeutung der rund 1,3 Millionen Muslime in Nordrhein-Westfalen für einen erfolgreichen Umwelt- und Naturschutz.

Der **Aleviten und Bektasi Kulturverein** in Duisburg-Marxloh hat mit einer siebenteiligen Veranstaltungsreihe unter dem Titel **Migration, Vielfalt und Umweltbewusstsein** (Fördersumme: 7.840 Euro) vor allem bei den deutsch-türkischen beziehungsweise deutsch-

kurdischen Bewohnern des Stadtteils das Umweltbewusstsein und das Interesse an ökologischen Themen befördert. Die Veranstaltungen sind auch der Ausgangspunkt für die Entwicklung eines lokalen deutsch-türkischen Netzwerks für Umweltbildung, das sich aus ehrenamtlich Engagierten und Experten zusammensetzt.

**Wie viel Erde braucht der Mensch? Wie viel Mensch verträgt die Erde?** Diesen Fragen widmete sich ein Schulprojekt, das der deutsche Zweig von **Service Civil International** im September und Oktober 2014 durchführte. Zehn Freiwillige aus Ecuador, Indien, Indonesien, Kambodscha, Mexiko, der Mongolei, Nigeria, Südafrika, Uganda und Togo sowie zehn Freiwillige aus Deutschland beschäftigten sich in einem Workcamp mit der Thematik. Im Fokus standen die weltweite Landnutzung, ihre Auswirkungen auf das Klima und individuelle Handlungsmöglichkeiten. Nach einem zehntägigen Training konzipierte die Gruppe Workshops und führte diese mit über 600 Schülern im Köln-Bonner Raum durch. Die Stiftung hat das Projekt mit 30.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter [www.abkd.de](http://www.abkd.de), [www.sci-d.de](http://www.sci-d.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter I-6105 und Z-5271



Foto: SCI

Wie viel Mensch verträgt die Erde?

# Chronik 2014

Januar	Februar	März
17. Januar <b>Demonstration „Wir haben es satt“</b> 50.000 Menschen protestieren in Berlin gegen Tierfabriken, Gentechnik und TTIP und fordern eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft. (s. S. 28)		
30. Januar <b>KlimaForum</b> Rund 230 Personen kommen nach Düsseldorf zur Jahreskonferenz des KlimaDiskurs NRW, der von der Stiftung gefördert wird. Prominentester Redner ist EU-Kommissar Günther Oettinger. (s. S. 22)		
Februar <b>Beginn des Ukraine-Konflikts</b> Aus den Demonstrationen für einen EU-Beitritt der Ukraine entwickelt sich im Lauf des Jahres ein bewaffneter Konflikt zwischen ukrainischen Truppen und pro-russischen Milizen. Die Krim schließt sich der Russischen Föderation an, das Verhältnis zwischen Russland und den westlichen Staaten verschlechtert sich dramatisch.		
5. Februar <b>Fair Future II</b> In Ratingen findet die Auftaktveranstaltung zur von unserer Stiftung geförderten Bildungskampagne „Fair Future II“ statt. Bis Ende 2014 sehen rund 70.000 NRW-Schüler die Multivisionsschau zum ökologischen Fußabdruck.		
26. Februar <b>EU-Vergaberichtlinien</b> Das EU-Parlament verabschiedet neue Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen, mit Zuschlagskriterien, die ökologische und soziale Aspekte stärker berücksichtigen.		
14./15. März <b>18. Eine-Welt-Landeskonferenz</b> „Jede Menge Kohle – Menschenrechte und Ressourcenverteilung“ ist das Motto der vom Eine Welt Netz NRW veranstalteten Konferenz in Bonn, bei der rund 300 Personen zusammenkommen. (s. S. 46)		



April	Mai	Juni
2./3. April <b>Gipfeltreffen EU – Afrika</b> Mehr als 60 Spitzenpolitiker aus Ländern der EU und Afrika sprechen in Brüssel über die Beziehungen zwischen beiden Kontinenten.		
16. April <b>16. NRW-Landesgartenschau</b> Die Landesgartenschau 2014 in Zülpich wird eröffnet. Bis zum Oktober nutzen mehr als 8.000 Kinder und Jugendliche die Angebote des von unserer Stiftung geförderten Grünen Klassenzimmers.		
20. Mai <b>Fachgespräch „Umweltarbeit und Muslime“</b> Muslimische Gemeinschaften beschäftigen sich zunehmend mit Umwelt- und Naturschutzfragen. Das Fachgespräch der Stiftung dient dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung. (s. S. 55)		
22.–25. Mai <b>EU-Wahlen</b> Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament legen rechts-populistische und EU-kritische Parteien deutlich zu und erhalten insgesamt rund 19 Prozent der Stimmen.		
4.–15. Juni <b>Klimakonferenz der UNFCCC</b> In Bonn findet die Sommerkonferenz der United Nations Framework Convention on Climate Change, dem Klimasekretariat der UNO, statt. Die Bundesregierung kündigt an, dass sie mehr Mittel für den internationalen Klimaschutz bereitstellen will.		
28./29. Juni <b>NRW-Tag</b> 250.000 Menschen feiern in Bielefeld den NRW-Tag und das 800-jährige Bestehen der Stadt Bielefeld. Die Stiftung beteiligt sich mit der Ausstellung Klima-Wandelt.		



Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
<p>14. Juli <b>Rohstoffabkommen Deutschland – Peru</b> Deutschland und Peru unterzeichnen ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich. Kritiker befürchten eine Verschärfung der sozialen Konflikte im Bergbau und eine gefährliche Abhängigkeit Perus vom globalen Rohstoffhandel.</p>	<p>August <b>Klima-Wandelt geht auf NRW-Tournee</b> Die Stiftungsausstellung zum Klimawandel und seinen Folgen ist für den Rest des Jahres ausgebucht. Stationen sind Höxter, Hardehausen, Münster, Krefeld und Düsseldorf. (s. S. 21)</p>	<p>1. August <b>Neues Erneuerbare Energien Gesetz</b> Mit der Reform sollen der weitere Kostenanstieg gebremst, der Ausbau systematischer gesteuert und die erneuerbaren Energien marktfähiger gemacht werden. (s. S. 20)</p>	<p>6.– 17. Oktober <b>UN-Konferenz zur Biodiversität</b> Die zwölfte Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt findet in Pyeongchang (Südkorea) statt. (s. S. 7)</p>	<p>1. November <b>Neuer Weltklimabericht</b> Der Weltklimarat IPCC stellt in Kopenhagen die Zusammenfassung seines 5. Sachstandsberichts vor, der untermauert, dass der Mensch der dominierende Faktor für den Klimawandel ist. (s. S. 17)</p>	<p>1. September <b>Jubiläum Nationalpark Eifel</b> Der erste (und bisher einzige) Nationalpark in NRW feiert sein 10-jähriges Bestehen mit einem Festakt in Schleiden-Gemünd.</p>
	<p>5.–7. September <b>Fair Trade &amp; Friends</b> Rund 4.000 Besucher kommen nach Dortmund zur größten deutschen Fair-Trade-Messe. Neue Themen sind Ethisches Investment, Gemeinschaftskonsum und Nachhaltiger Tourismus.</p>	<p>17. November <b>3. NRW-Nachhaltigkeitstagung</b> Unter dem Motto „Gut Leben, Arbeiten und Wirtschaften in 2030“ lädt die Landesregierung nach Mülheim ein. Rund 400 Teilnehmende diskutieren über die geplante NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. (s. S. 38)</p>	<p>27. November <b>Regionalbewegung NRW</b> In Düsseldorf schließen sich 30 Regionalinitiativen in einem Landesverband zusammen. Vier Initiativen erhalten die Auszeichnung „Regional plus – fair für Mensch und Natur“, deren Entwicklung durch die Stiftung gefördert wurde.</p>	<p>27./28. November <b>7. Deutscher Nachhaltigkeitstag</b> Die Stiftung beteiligt sich am Deutschen Nachhaltigkeitstag in Düsseldorf. Bei der Vergabe der Preise schneidet NRW gut ab. (s. S. 30)</p>	
	<p>19. September <b>Fachgespräch „Heimische Eiweißproduktion in NRW“</b> Wie könnte eine regionale, gentechnikfreie Eiweißfuttermittelversorgung gestärkt werden? Dies ist ein Thema bei der von der Stiftung organisierten Veranstaltung. (s. S. 33)</p>			<p>1.–12. Dezember <b>UN-Klimakonferenz</b> Die 20. Vertragsstaatenkonferenz zur UN-Klimarahmenkonvention findet in Lima (Peru) statt. (s. S. 17)</p>	



# Finanzen der Stiftung

Unsere Stiftungssatzung verlangt die Prüfung unseres Jahresabschlusses durch einen anerkannten Wirtschaftsprüfer. Dieser Verpflichtung kommen wir sehr gerne nach, denn als Fördereinrichtung des Landes sind wir auf das Vertrauen der Politik und der interessierten Öffentlichkeit angewiesen. Die jährliche Kontrolle unserer Finanzen durch unseren Wirtschaftsprüfer verstehen wir als einen Beitrag, uns dieses Vertrauen zu erhalten.

Für den Jahresabschluss 2014 wurde die Prüfung durch die Axis GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Köln vorgenommen. Der Abschluss hat das uneingeschränkte Testat der Wirtschaftsprüfer erhalten. Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

## Einnahmen- und Ausgabenrechnung

### Einnahmen

Die **Zinserträge** des Jahres 2014 lagen mit 431 T€ um 104 T€ unter den Erträgen des Jahres 2013. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Laufzeiten mehrerer älterer Geldanlagen, deren Verzinsung über dem derzeitigen Zinsniveau lag, zu ihrem Ende gekommen sind. Die Stiftung hat damit im Jahr 2014 auf ihr Vermögen eine Rendite von etwas unter zwei Prozent erwirtschaftet.

Die **Zuweisung des Landes** Nordrhein-Westfalen wird vom Landtag mit dem Landeshaushalt beschlossen. Sie stammt aus zwei verschiedenen Quellen: 2.903 T€ entstammen den an das Land abgeführten Glücksspielerlösen der Landeslottogesellschaft. 2.000 T€ sind Steuermittel. Der Anteil der Zuweisung aus Glücksspielmitteln war um 435 T€ höher als im Jahr 2013. Ein Teil davon waren ungeplante Mittel aus der Auflösung eines Sicherungsfonds der Landeslottogesellschaft, die nicht jedes Jahr zur Verfügung stehen.

Die **Bewilligungslöschungen** betragen im Jahr 2014 83 T€. Bewilligungslöschungen kommen zustande, wenn Fördernehmer bei den Nachweisen ihrer Projektausgaben unterhalb der ursprünglich angenommenen Kosten bleiben. Da die Förderbeiträge der Stiftung jeweils nur einen bestimmten Prozentanteil der Projektkosten betragen, mindern sich bei geringeren Gesamtvolumina auch die Fördersummen.

Auf der Einnahmeseite der Bilanz schlägt auch der aus dem Jahr 2013 nach 2014 übertragene **Haushaltsrest** von 8.267 T€ zu Buche. Im Vorjahr (2012 nach 2013) war dieser Übertrag um 696 T€ geringer.

Unter Einrechnung des Haushaltsrests aus dem Vorjahr weist die Einnahmeseite für 2014 eine **Gesamtsumme** von 13.683 T€ auf.

### Ausgaben

Die **Personalausgaben** betragen im Jahr 2014 531 T€, das waren 33 T€ mehr als 2013. Gründe sind Gehaltsanpassungen sowie die Besetzung einer im Vorjahr zeitweilig noch vakanten Stelle in der Geschäftsstelle. Die **sächlichen Verwaltungskosten** lagen mit 85 T€ knapp über der Vorjahressumme.

Für **Investitionen** haben wir lediglich 5 T€ ausgegeben, im Vorjahr 22 T€. Der Rückgang erklärt sich vor allem dadurch, dass wir 2013 größere Investitionen in die IT-Infrastruktur vornehmen sowie ein altes Druck- und Kopiergerät ersetzen mussten. Derartige Ausgaben sind 2014 nicht angefallen.

Für die Arbeit der **Stiftungsorgane** (Vorstand und Stiftungsrat) haben wir 4 T€ ausgegeben. Die **Personal- und Verwaltungskosten** betragen insgesamt 625 T€. Sie waren damit um 18 T€ höher als im Vorjahr.

Die Ausgaben für die **Projektförderung** waren mit 2.976 T€ um 1.092 T€ niedriger als im Vorjahr. Die Ursache dafür liegt in Personal-Engpässen in der Geschäftsstelle der Stiftung, die zu einem Rückstand in der Bearbeitung von Förderanträgen geführt haben. Mittlerweile hat sich die Geschäftsstelle personell verstärkt, sodass diese Arbeitsrückstände nach und nach abgearbeitet werden können.

Die **BnE-Agentur** haben wir im Jahr 2014 mit 76 T€ mitfinanziert. Im Vorjahr betrug die Summe dafür 80 T€. Die Kosten setzen sich aus den Personalkosten der von uns entsendeten Mitarbeiterin und aus der Übernahme einiger Sachkosten der Agentur zusammen.

Auf die **Fachstelle für nachhaltige und faire Beschaffung „newtrade“** entfiel im Jahr 2014 eine Ausgabensumme von 128 T€. Mit diesem Betrag finanzieren wir die Personalkosten zweier wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Fachstelle. Der angegebene Betrag liegt um 39 T€ über dem Vorjahresbetrag. Der Anstieg erklärt sich aus der Tatsache, dass die Fachstelle im Vorjahr erst ihre Arbeit aufgenommen hat und die Stellen nicht das komplette Jahr besetzt waren.

Für sonstige **Eigenprojekte** der Stiftung haben wir 215 T€ ausgegeben, 94 T€ weniger als im Vorjahr. Der Rückgang erklärt sich vor allem daraus, dass wir uns im Jahr 2013 mit 100 T€ an der Finanzierung des Global Media Forums der Deutschen Welle beteiligt haben.

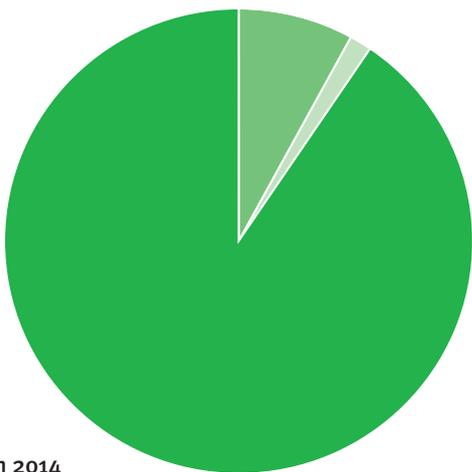
Für **Öffentlichkeitsarbeit** haben wir 67 T€ ausgegeben nach 68 T€ im Vorjahr.

Die **Ausgaben für Stiftungszwecke** betragen damit im Jahr 2014 insgesamt 3.462 T€, gegenüber 4.613 T€ im Vorjahr.

Damit hatten wir im Jahr 2014 **Ausgaben** von **insgesamt** 4.087 T€, gegenüber 5.220 T€ im Vorjahr.

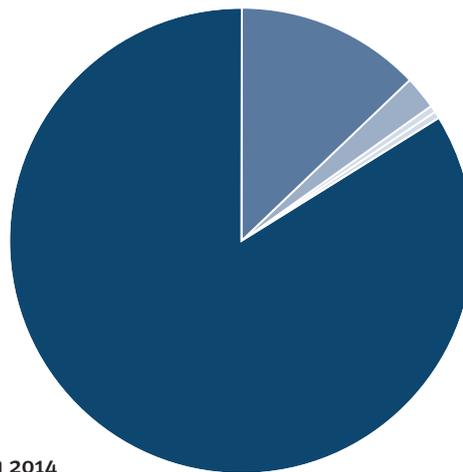
Den freien **Rücklagen** haben wir 374 T€ zugeführt (Vorjahr 0 T€), dem **Stiftungskapital** zum Ausgleich von Inflationsverlusten der Vorjahre 260 T€ (Vorjahr 180 T€).

Es verbleibt ein **Haushaltsrest** von 8.267 T€, der für die künftige Realisierung der Stiftungszwecke zur Verfügung steht.



Einnahmen 2014

- 90,5 % Zuweisungen aus Landeshaushalt
- 7,9 % Zinserträge
- 1,5 % Bewilligungslöschungen
- 0 % Sonstige Erträge und Erstattungen



Ausgaben 2014

- 84,7 % Ausgaben für Stiftungszwecke
- 13,0 % Personalausgaben
- 2,1 % Sächliche Verwaltungsausgaben
- < 1 % Investitionen
- < 1 % Ausgaben für Stiftungsorgane

Einnahmen 2014	in T€	in %	2013	Veränderung
Zinserträge	431	7,9	535	-104
Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	4.903	90,5	4.468	+435
Bewilligungslöschungen	83	1,5	93	-10
Sonstige Erträge und Erstattungen	0	0,0	0	0
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>5.416</b>	<b>100</b>	<b>5.095</b>	<b>+321</b>
Haushaltsrest Vorjahr	8.267		7.876	+391
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>13.683</b>		<b>12.972</b>	<b>+712</b>

Ausgaben 2014	in T€	in %	2013	Veränderung
Personalausgaben	531	13,0	498	+33
Sächliche Verwaltungsausgaben	85	2,1	81	+4
Investitionen	5	0,1	22	-17
Ausgaben für Stiftungsorgane	4	0,1	6	-2
<b>Summe Personal- und Verwaltungskosten</b>	<b>625</b>	<b>15,3</b>	<b>607</b>	<b>+18</b>
Projektförderung	2.976	72,8	4.068	-1.092
BnE-Agentur	76	1,9	80	-3
Fachstelle „newtrade“	128	3,1	89	+39
Sonstige Eigenprojekte	215	5,3	309	-94
Öffentlichkeitsarbeit	67	1,6	68	-1
<b>Summe Ausgaben für Stiftungszwecke</b>	<b>3.462</b>	<b>84,7</b>	<b>4.613</b>	<b>-1.151</b>
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>4.087</b>		<b>5.220</b>	<b>-1.133</b>
Zuführung zu Rücklagen	374		0	+374
Zuführung zum Stiftungskapital	260		180	+80
<b>Haushaltsrest</b>	<b>8.267</b>		<b>7.571</b>	<b>+696</b>

## Bilanz

Die Bilanz gibt unseren Vermögensstatus am Jahresende 2014 wieder. Die Seite der Aktiva dokumentiert die Verwendung des Vermögens, die Seite der Passiva dokumentiert die kaufmännische Herkunft der Vermögenswerte.

### Aktiva

Das **Anlagevermögen** der Stiftung besteht aus Finanzanlagen, immateriellen Vermögenswerten (z. B. Software-Lizenzen) sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Finanzanlagen waren Ende 2014 mit 11.991 T€ um 1.052 T€ höher als im Vorjahr. Der Grund dafür ist zum einen die niedrigere Summe, die wir im Jahr 2014 für die Realisierung des Stiftungszwecks ausgegeben haben, zum anderen eine Verminderung des Umlaufvermögens. Die immateriellen Vermögensgegenstände hatten am Jahresende einen Wert von 4 T€ gegenüber 8 T€ im Vorjahr. Der Wert der Betriebs- und Geschäftsausstattung war mit 14 T€ um etwa 6 T€ niedriger als im Jahr zuvor.

Das **Umlaufvermögen** umfasst im Wesentlichen Forderungen der Stiftung, kurzfristige Finanzanlagen sowie den Bestand auf Bankkonten und in der Kasse. Die Bankeinlagen dienen der Stiftung normalerweise zur Deckung ihres Liquidationsbedarfs für den laufenden Geschäftsbetrieb sowie für die Erfüllung ihrer Förderverpflichtungen. Das Umlaufvermögen betrug am Jahresende 2014 insgesamt 11.830 T€. Dieser Betrag übersteigt selbstverständlich den laufenden Liquiditätsbedarf. Er ist darauf zurückzuführen, dass einige Anlagen auf Tagesgeldkonten kurzfristig angelegt sind, um mögliche besser verzinsten Anlageangebote unkompliziert wahrnehmen zu können.

Aktiva in T€	31.12.14	31.12.13	Veränderung
<b>Anlagevermögen</b>			
Finanzanlagen des Stiftungskapitals und des Haushaltsvermögens	11.991	10.939	+1.052
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	8	-4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	14	20	-6
<b>Umlaufvermögen</b>			
Forderungen, kurzfristige Finanzanlagen	39	92	-53
Kasse, Bank	11.830	12.242	-412
<b>Summe Aktiva</b>	<b>23.878</b>	<b>23.301</b>	<b>+577</b>

### Passiva

Größter Posten des **Eigenkapitals** der Stiftung ist das Stiftungskapital von 11.200 T€. Es wurde im Jahr 2014 zum Ausgleich von früheren Inflationsverlusten um 260 T€ erhöht.

Die freien Rücklagen sind eine von der Abgabenordnung zugelassene Möglichkeit zur Aufsparung von Vermögensanteilen für die zukünftige Erfüllung des Stiftungszwecks. Sie betragen Ende 2014 425 T€ nach 51 T€ im Vorjahr.

Das Sonstige Kapital von 18 T€ ist der Gegenposten zum Anlagevermögen auf der Passivseite der Bilanz, genauer zu den immateriellen Vermögensgegenständen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das Freie Vermögen (Haushaltsrest) entspricht dem Haushaltsrest der Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Es betrug Ende 2014 8.267 T€ nach 7.571 T€ im Vorjahr.

Die **Verbindlichkeiten** der Stiftung am Jahresende 2014 ergeben sich aus bewilligten Förderungen, die erst in 2015 oder noch später ausbezahlt werden, sowie sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Die Verbindlichkeiten aus bewilligten Förderungen betragen am Jahresende 2014 3.907 T€, das sind 745 T€ weniger als im Vorjahr.

Passiva in T€	31.12.14	31.12.13	Veränderung
<b>Eigenkapital</b>			
Stiftungskapital	11.200	10.940	+260
Freie Rücklagen	425	51	+374
Sonstiges Kapital	18	28	-10
Freies Vermögen (Haushaltsrest)	8.267	7.571	+696
<b>Verbindlichkeiten</b>			
Verbindlichkeiten aus bewilligten Projekten	3.907	4.652	-745
Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	62	59	+2
<b>Summe Passiva</b>	<b>23.878</b>	<b>23.301</b>	<b>+577</b>
<b>Saldo aus Freiem Vermögen und Verbindlichkeiten</b>	<b>4.299</b>	<b>2.860</b>	<b>+1.438</b>

Die sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen in Höhe von 62 T€ setzen sich unter anderem aus kurzfristigen Lohnsteuer- und Sozialversicherungsverbindlichkeiten der Stiftung und aus Rückstellungen für die Kosten des Jahresabschlusses 2014 zusammen.

Die tatsächlichen freien Reserven der Stiftung ergeben sich aus dem Saldo aus freiem Vermögen und Verbindlichkeiten. Sie betragen Ende 2014 4.299 T€, 1.438 T€ mehr als Ende 2013. Dieser Betrag ist das Sicherheitspolster der Stiftung für ihre bestehenden und zukünftigen Förderverpflichtungen. In seinem Anstieg drückt sich noch einmal der Arbeitsrückstand der Geschäftsstelle bei der Antragsbearbeitung aus, dem wir mit einer Personalaufstockung begegnet sind.

## Landeszuweisungen

Die Landeszuweisungen an unsere Stiftung werden durch das Landeshaushaltsgesetz festgelegt. Sie kommen aus zwei Quellen: Aus an das Land abgeführten Glücksspiel- und Wettüberschüssen und seit 2011 auch aus Steuermitteln.

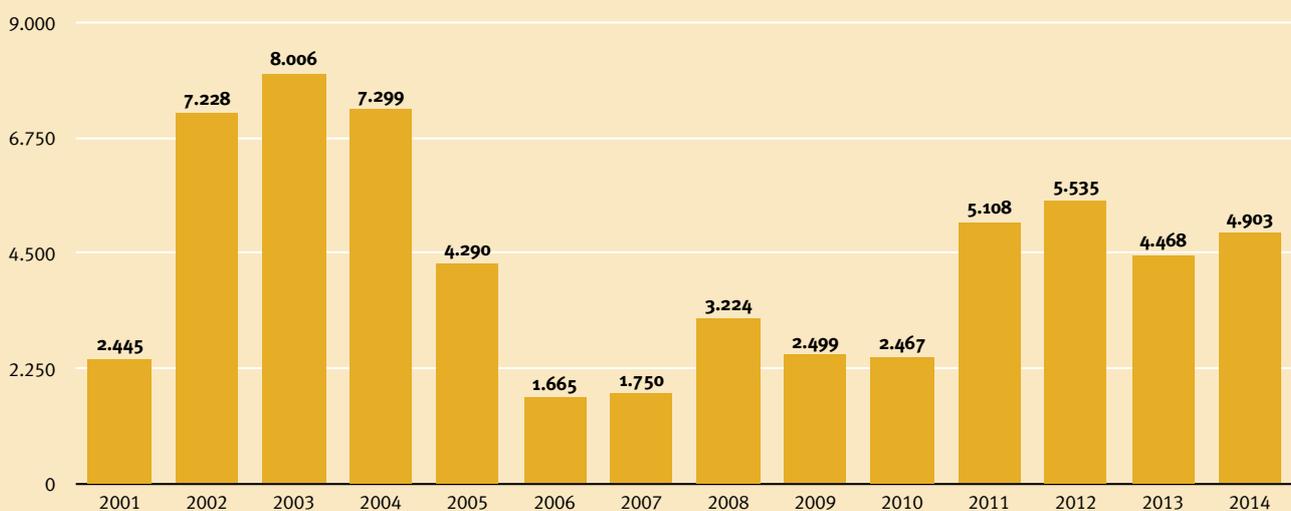
Die Glücksspiel- und Wetterträge kommen aus den Einspielergebnissen von Fußball-Toto, KENO, Oddset Sportwette, Losbrieflotterie

und Spiel77. Sie fließen zunächst in einen gemeinsamen Pool. Diese Einnahmeposition des Landeshaushalts steht allerdings grundsätzlich unter dem Vorbehalt, dass auch tatsächlich entsprechend hohe Lotterie- und Wett-Erlöse eingespielt werden. Sind die Einspielergebnisse niedriger, wird weniger Geld von der Landeslottogesellschaft an das Land abgeführt. Sind die Einspielergebnisse höher, wird mehr abgeführt. Der Landtag hat jedoch dankenswerterweise beschlossen, ab 2014 dieses Risiko aufzufangen und die entsprechende Ausgabebeziehung im Haushalt stabil zu halten. Eine Unterdeckung aus den Lotteriemitteln wird ggf. durch Steuermittel ausgeglichen. Das verschafft uns und anderen Empfängern dieser Zuweisungen eine höhere Planungssicherheit.

Aus diesem Pool wird zunächst ein Betrag von 1,25 Millionen € für Einrichtungen abgezweigt, die den Kampf gegen Spielsucht unterstützen. Der Rest wird nach festen Prozentsätzen an 15 verschiedene Organisationen verteilt. Darunter ist auch unsere Stiftung mit einem Anteil von 3,305 %. Auf dieser Grundlage haben wir 2014 eine Zuweisung von 2,903 Millionen € erhalten

Darüber hinaus hat der Landeshaushalt 2014 der Stiftung wieder eine Summe von 2 Millionen € aus Steuermitteln zugewiesen.

Landeszuweisungen in T€



## Auszahlungen für laufende Projekte (inkl. Bewilligungslöschungen)

Tätigkeitsbereich	2014				2013		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
<b>Förderprojekte</b>	183	89,3	9.603	95,8	203	3.226	-20	+6.377
davon:								
Umwelt	71	34,6	4.038	40,3	66	1.235	+5	+2.803
Entwicklung	49	23,9	2.264	22,6	71	821	-22	+1.443
Fachübergreifend	51	24,9	3.027	30,2	61	1.116	-10	+1.911
Interkultur	5	2,4	112	1,1	0	0	+5	+112
Organisationsentwicklung	7	3,4	162	1,6	5	54	+2	+108
<b>Eigenprojekte</b>	22	10,7	419	4,2	12	482	+10	-63
davon:								
BnE-Agentur	1	0,5	76	0,8	1	42	0	+34
Fachstelle „newtrade“	1	0,5	128	1,3	1	131	0	-3
andere Eigenprojekte	20	9,8	215	2,1	10	309	+10	-94
<b>Alle</b>	<b>205</b>	<b>100,0</b>	<b>10.022</b>	<b>100,0</b>	<b>215</b>	<b>3.708</b>	<b>-10</b>	<b>+6.314</b>

## Neu begonnene Förderprojekte (ohne Eigenprojekte) nach Größenklassen

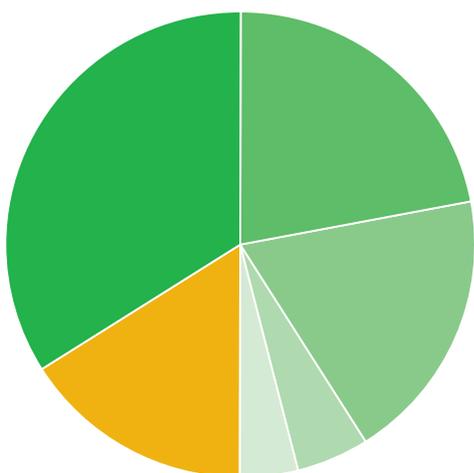
Projektvolumen	2014				2013		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
bis 5.000 €	13	15,5	53	1,6	8	23	+5	+30
über 5.000 € bis 10.000 €	18	21,4	156	4,8	15	126	+3	+29
über 10.000 € bis 25.000 €	10	11,9	164	5,0	13	249	-3	-86
über 25.000 € bis 50.000 €	16	19,0	578	17,8	16	614	0	-36
über 50.000 € bis 100.000 €	22	26,2	1.635	50,2	17	1.341	+5	+294
über 100.000 €	5	6,0	670	20,6	15	2.846	-10	-2.175
<b>Alle</b>	<b>84</b>	<b>100,0</b>	<b>3.256</b>	<b>100,0</b>	<b>84</b>	<b>5.199</b>	<b>0</b>	<b>-1.944</b>

## Verteilung der Fördermittel

Nach der Satzung der Stiftung sind Projekte im Bereich Umwelt- und Naturschutz denen im Bereich Entwicklung grundsätzlich gleichwertig. Die tatsächlichen jeweiligen Fördervolumina schwanken von Jahr zu Jahr. Der Vergleich der **Auszahlungen für laufende Förderprojekte** (deren Förderung überwiegend in den beiden Vorjahren beschlossen wurde) zeigt, dass im Jahr 2014 die Förderung umweltpolitischer Projekte ein deutliches Übergewicht gegenüber den entwicklungspolitischen Projekten hatte. Allerdings haben vor allem die fachübergreifenden Projekte stark zugelegt, in denen sich beide Aspekte verbinden und die mehrheitlich von Projektträgern aus dem entwicklungspolitischen Umfeld durchgeführt werden.

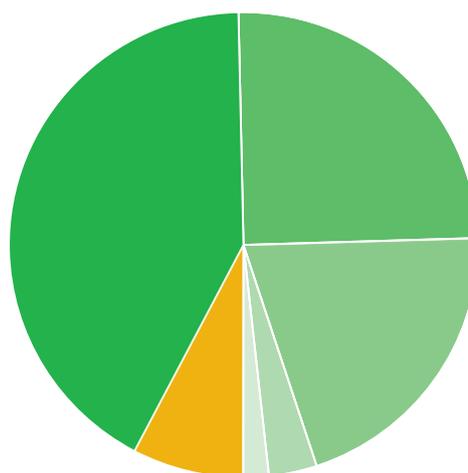
Auch die Aufstellung der im Jahr 2014 **neu begonnenen Projekte nach Förderbereichen** zeigt, dass aktuell dem Fördervolumen nach die Umweltprojekte die größere Sparte sind. Auch da haben aber vor allem die fachübergreifenden Projekte stark zugelegt.

Die Betrachtung der **neu begonnenen Förderprojekte nach Größenklassen** zeigt, dass die oberen Größenklassen zahlenmäßig und volumenmäßig zugelegt haben, besonders die Projekte über 50.000 € bis 100.000 €. Dafür haben die Projekte über 100.000 € Fördervolumen deutlich abgenommen. Dies ist vor allem auf eine ungewöhnliche Häufung der Projekte in dieser Gruppe im Jahr 2013 zurückzuführen.



Neu begonnene Projekte nach Anzahl 2014

34,0 %	Umweltprojekte
22,0 %	Fachübergreifende Projekte
19,0 %	Entwicklungsprojekte
5,0 %	Interkultur
4,0 %	Organisationsentwicklung
16,0 %	Eigenprojekte



Neu begonnene Projekte nach Fördervolumina 2014

40,5 %	Umweltprojekte
27,6 %	Fachübergreifende Projekte
19,7 %	Entwicklungsprojekte
3,2 %	Interkultur
1,7 %	Organisationsentwicklung
7,4 %	Eigenprojekte

Neu begonnene Projekte nach Förderbereichen

Tätigkeitsbereich	2014				2013		Veränderung	
	Anzahl		Volumen		Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
	absolut	in %	in T€	in %	absolut	in T€	absolut	in T€
<b>Förderprojekte</b>	84	84,0	3.256	93	84	5.199	0	-1.944
davon:								
Umwelt	34	34,0	1.422	40,5	28	2.036	+6	-614
Entwicklung	19	19,0	692	19,7	24	1.038	-5	-346
Fachübergreifend	22	22,0	970	27,6	28	2.014	-6	-1.043
Interkultur	5	5,0	112	3,2	0	0	+5	+112
Organisationsentwicklung	4	4,0	60	1,7	4	112	0	-52
<b>Eigenprojekte</b>	16	16,0	259	7,4	7	800	+9	-541
<b>Alle</b>	100	100,0	3.515	100,0	91	5.999	+9	-2485

## Vermögensanlage

Unsere Vermögensanlage wird zunächst von den gleichen Kriterien bestimmt wie die anderer Anleger: Sicherheit, Rendite und Liquidität. Unser Geld soll sicher angelegt sein, wir wollen möglichst hohe Zinsen erwirtschaften. Und unser Geld soll zur Verfügung stehen, wenn wir es brauchen. Wir haben es immer verstanden, diese Kriterien in ein für uns akzeptables Verhältnis zueinander zu bringen. Zusätzlich wollen wir aber auch mit den konkreten Zwecken, für die unsere Anlagen verwendet werden, unsere Stiftungszwecke unterstützen. Dieses Kriterium verlangt eine Geldanlage, die auch ökologische und soziale Ziele beachtet. Seit 2013 legen wir daher einen wachsenden Teil unseres Vermögens nach definierten Nachhaltigkeitskriterien an.

## Fazit

Die Stiftung praktiziert grundsätzlich einen konservativen Umgang mit ihren Finanzen. Sie hat hinreichende Reserven aufgebaut, um alle bestehenden Förderverpflichtungen und alle sonstigen Verpflichtungen in jedem Fall erfüllen zu können.

## Die Stiftung

### Stiftungsrat

Vorsitzende  
Hannelore Kraft  
Ministerpräsidentin des  
Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende  
Dr. Angelica Schwall-Düren  
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa  
und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretender Vorsitzender  
Johannes Remmel  
Minister für Klimaschutz, Umwelt,  
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen

### Weitere Mitglieder

Bärbel Beuermann  
DIE LINKE. NRW

Klaus Breyer  
Evgl. Kirche von Westfalen

Marie-Luise Fasse MdL  
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Dr. Sabine Graf  
DGB Bezirk NRW

Dr. Christopher Grünewald  
Gebr. Grünewald GmbH & Co. KG

Renate Hendricks MdL  
SPD-Landtagsfraktion NRW

Andreas Hennig  
Engagement Global gGmbH  
Außenstelle Nordrhein-Westfalen

Willi Hesse  
Hesse Dachverarbeitung GmbH

Mark vom Hofe  
Landesgemeinschaft Naturschutz  
und Umwelt NRW

Henning Höne MdL  
FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Josef Hovenjürgen MdL  
CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Elke Hülsmann (seit 30.4.2014)  
DGB-Bildungswerk NRW e. V.

Tina Jerman  
Exile Kulturkoordination e. V.

Ulrich Jost-Blome  
Bischöfliches Generalvikariat, Referat Weltkirche

Thomas Kubendorff  
Kreis Steinfurt

Dr. Martin Michalzik  
Gemeinde Wickede (Ruhr)

Klaus Müller (bis März 2014)  
Verbraucherzentrale NRW

Norwich Rüste MdL  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW

Dr. Imme Scholz  
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Wolfgang Schuldzinski (seit September 2014)  
Verbraucherzentrale NRW

Dr. Anke Valentin  
Naturschutzbund Deutschland,  
Landesverband NRW

Benno Wagner  
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

### Stiftungsvorstand

Vorsitzender  
Dr. h.c. Alfred Buß  
Altpräses der Evangelischen Kirche von Westfalen

Stellvertretender Vorsitzender  
Viktor Haase  
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,  
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende  
Dorothee Zweifelhoffer (bis 23.4.2015)  
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretender Vorsitzender  
Jürgen Hein (seit 23.4.2015)  
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretender Vorsitzender  
Udo Schlüter  
Eine Welt Netz NRW

Stellvertretender Vorsitzender  
Paul Kröfges  
BUND NRW

### Team

Geschäftsführer  
Eberhard Neugebohm

Assistentin des Geschäftsführers  
Iris Gause

Sekretariat und Buchhaltung  
Marion Ostermann

Projektreferent  
Wilson Budde-Iser

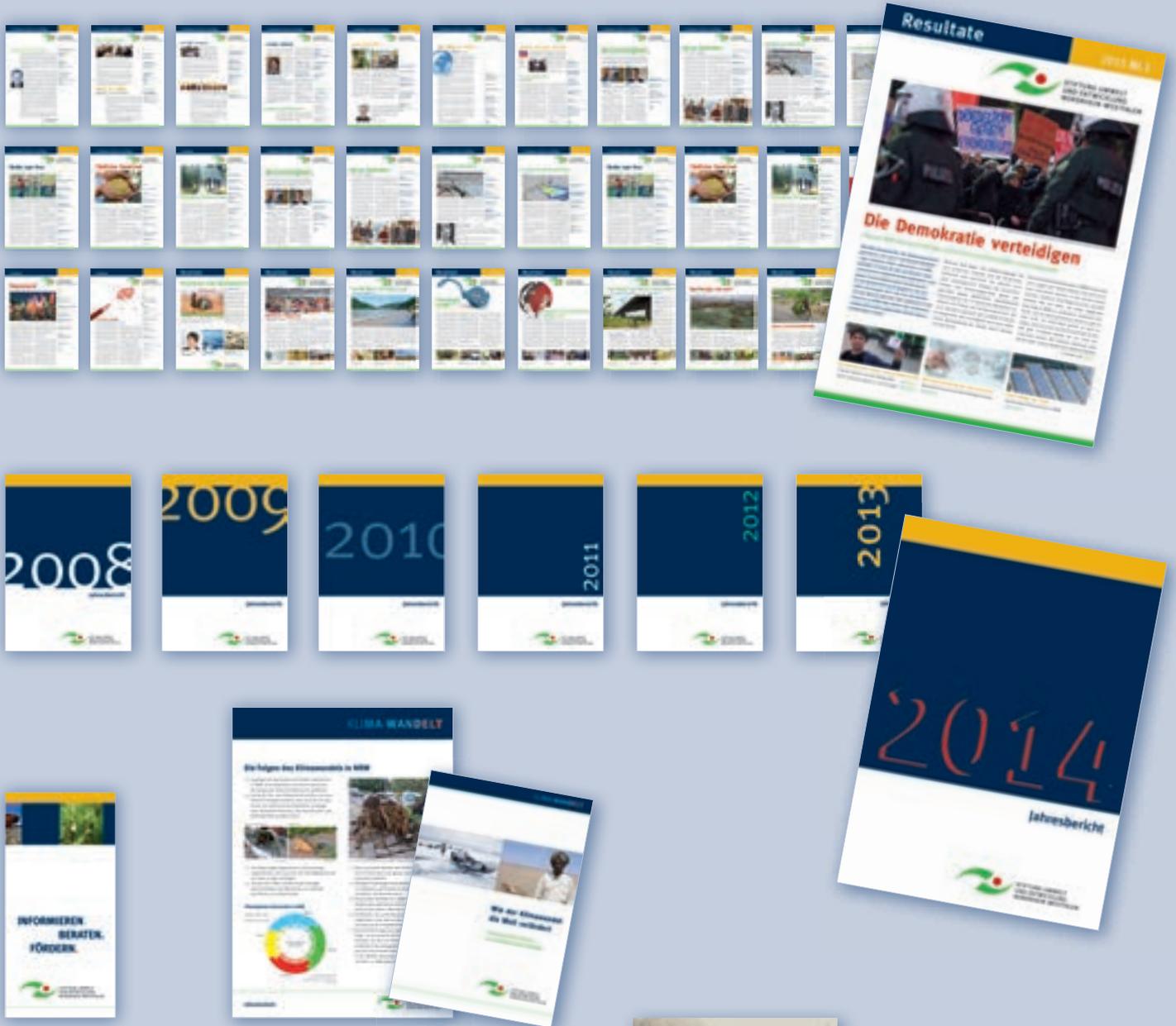
Projektreferent  
Gerald Knauf

Projektreferentin  
Fatima M'Béchour (seit 15.4.2015)

Projektreferent  
Theo Simons (seit 15.10.2014)

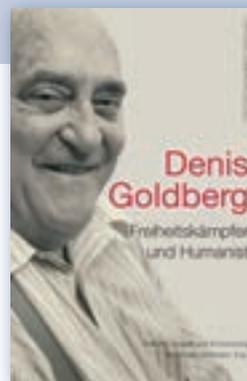
Projektreferent  
Dr. Till Winkelmann

PR- und Projektreferentin  
Christel Schwiederski



Alle Materialien (außer das Goldberg-Buch) kann man unter [www.sue-nrw.de/service](http://www.sue-nrw.de/service) kostenlos herunterladen oder per E-Mail bestellen bei: [info@sue-nrw.de](mailto:info@sue-nrw.de).

- Der Rundbrief der Stiftung, „Resultate“, erscheint vierteljährlich mit Beiträgen zu den Themen und der Arbeit unserer Stiftung.
- Die Jahresberichte (seit 2008) enthalten Informationen zu allen im jeweiligen Jahr geförderten Projekten sowie zu Finanzen und Gremien der Stiftung.
- Den Selbstdarstellungsflyer mit den wichtigsten Informationen zur Arbeit unserer Stiftung gibt es in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Niederländisch und Türkisch.
- Klima-Wandelt: Broschüre (36 Seiten) und Plakatset (16 Plakate im DIN-A1-Format, € 20 inkl. Versandkosten) zu unserer Ausstellung zum Klimawandel und seinen Folgen.



- Festschrift zum 80. Geburtstag von Denis Goldberg, dem südafrikanischen Mitkämpfer von Nelson Mandela. Herausgegeben von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen  
Denis Goldberg – Freiheitskämpfer und Humanist  
240 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-7795-0472-6  
€ 19,90, Peter Hammer Verlag Wuppertal

## Projekte

Beginn zwischen 1.1.2014 und 31.12.2014

<b>Aleviten und Bektasi Kulturverein e. V.</b> Migration, Vielfalt und Umweltbewusstsein Fördersumme 7.840 €	Duisburg Seite 55 I-6105	<b>Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)</b> Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Biodiversitätsstandards für Kölner Grünflächen Fördersumme 2.100 €	Düsseldorf Seite 14 U-3579
<b>Allerweltshaus Köln e. V.</b> Stimmen Afrikas 2014 und 2015 Fördersumme 122.000 €	Köln Seite 54 E-4855	<b>Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)</b> Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Citizen Science: Erforsche Neophyten mit! Fördersumme 64.806 €	Düsseldorf Seite 15 U-3587
<b>Allerweltshaus Köln e. V.</b> Landnahme und das Menschenrecht auf Nahrung Fördersumme 30.320 €	Köln Seite 47 E-4886	<b>Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)</b> Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Vermeidung von Vogelschlag Fördersumme 90.480 €	Düsseldorf Seite 12 U-3594
<b>Allerweltshaus Köln e. V.</b> alleweltonair – Annäherungen an Afrika Fördersumme 75.649 €	Köln Seite 48 Z-5265	<b>Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)</b> Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Tierpräparate für die Umweltbildung Fördersumme 3.110 €	Düsseldorf Seite 13 U-3606
<b>Allerweltshaus Köln e. V.</b> "Stand up for your rights" Fördersumme 57.833 €	Köln Seite 46 Z-5288	<b>Christliche Initiative Romero e. V.</b> Fit For Fair Fördersumme 26.633 €	Münster Seite 32 E-4860
<b>Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – NRW</b> Vom Acker für den Futtertrog – Phase II Fördersumme 126.881 €	Hamm Seite 33 U-3543	<b>Christliche Initiative Romero e. V.</b> Organisationsentwicklung Fördersumme 7.666 €	Münster Seite 49 O-2319
<b>Arbeitskreis Recycling e. V.</b> Verwertung von Elektro-Altgeräten Fördersumme 28.179 €	Herford Seite 31 U-3562	<b>Christliche Initiative Romero e. V.</b> Wie fair kauft meine Stadt Fördersumme 39.038 €	Münster Seite 39 Z-5286
<b>Bahnhof Langendreer – Soziokulturelles Zentrum e. V.</b> WortWelten Fördersumme 4.500 €	Bochum Seite 54 E-4869	<b>Deutsch-Afrika Ruhr Forum e. V.</b> Stimmen und Perspektiven aus dem Township Fördersumme 14.000 €	Bochum Seite 54 E-4879
<b>Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V.</b> Entwicklung zukunftsfähig inklusiv gestalten Fördersumme 64.376 €	Essen Seite 45 Z-5269	<b>Deutsch-Äthiopischer Studenten- und Akademikerverein e. V.</b> DÄSAV Äthiopien-Konferenz 2014 Fördersumme 5.000 €	Köln Seite 52 E-4884
<b>Bienenzuchtverein Bechen e. V.</b> Lehrbienenstand für Aus- und Fortbildung Fördersumme 91.800 €	Kürten Seite 13 U-3565	<b>Eine Welt Forum Düsseldorf e. V.</b> Öffentlichkeitsarbeit zu Eine Welt Tagen Fördersumme 8.000 €	Düsseldorf Seite 46 E-4889
<b>Bonn International Model United Nations e. V.</b> Konferenz „Bonn International Model United Nations“ Fördersumme 14.730 €	Bonn Seite 52 Z-5290	<b>Eine Welt Netz NRW e. V.</b> Eine Welt, die wir wollen Fördersumme 15.870 €	Münster Seite 46 Z-5262
<b>Bridge-it e. V.</b> BRIDGE-IT! Partnerschaftsprojekte von Schulen Fördersumme 7.700 €	Berlin Seite 52 E-4871	<b>Eine Welt Netz NRW e. V.</b> Eine-Welt-Landeskonferenz 2015 Fördersumme 39.205 €	Münster s. Jahresbericht 2015 E-4907
<b>Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)</b> Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Mehr Platz für Spatz & Co. – Artenschutz an Gebäuden Fördersumme 59.300 €	Düsseldorf Seite 12 U-3556	<b>Evangelische Kirche von Westfalen</b> Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft Fördersumme 16.030 €	Bielefeld Seite 46 Z-5261
<b>Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)</b> Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Naturschutztage am Rhein Fördersumme 8.000 €	Düsseldorf Seite 12 U-3573	<b>EXILE-Kulturkoordination e. V.</b> Gesichter Afrikas – Perspektiven eines Kontinents Fördersumme 147.560 €	Essen Seite 48 Z-5253
<b>Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)</b> Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Erfassung von Fledermäusen Fördersumme 4.360 €	Düsseldorf Seite 12 U-3574	<b>FEMNET e. V.</b> Fair, fair, fair sind alle meine Kleider Fördersumme 4.380 €	Bonn Seite 29 Z-5292

<b>Förderverein der Station Natur und Umwelt e. V.</b> Plastik fasten – wie geht das? Fördersumme 4.500 €	Wuppertal Seite 40 U-3601	<b>Katholische Landjugendbewegung im Bistum Münster e. V.</b> Leben im ländlichen Raum Fördersumme 9.900 €	Münster Seite 53 E-4883
<b>Förderverein Klimakommune Saerbeck e. V.</b> Lernstandort „Energiewelten“ Fördersumme 115.860 €	Saerbeck Seite 23 U-3564	<b>Katholische Studierenden- und Hochschulgemeinde Münster</b> Begegnung deutscher und ghanaischer Studierender Fördersumme 10.000 €	Münster Seite 53 I-6109
<b>Förderverein Nationalpark Eifel e. V.</b> Infomobil Natur Fördersumme 42.500 €	Schleiden Seite 13 U-3541	<b>Kham – Hilfsprojekt für Nomaden e. V.</b> Bildungstasche zum Kinderalltag in Tibet Fördersumme 11.650 €	Köln Seite 49 Z-5258
<b>Förderverein NaturGut Ophoven e. V.</b> Aktionswoche zur Nachhaltigkeit Fördersumme 4.986 €	Leverkusen Seite 40 U-3575	<b>Kindernothilfe e. V.</b> "What's killing us now?" Fördersumme 22.629 €	Duisburg Seite 54 E-4874
<b>Förderverein NaturGut Ophoven e. V.</b> Sterneküche fürs Klima Fördersumme 91.969 €	Leverkusen Seite 25 U-3582	<b>Kölner NeuLand e. V.</b> 12 Umweltbildungskisten für Gemeinschaftsgärten Fördersumme 5.000 €	Köln Seite 15 U-3578
<b>Förderverein NaturGut Ophoven e. V.</b> Klimabildung am Beispiel des Apfels Fördersumme 5.000 €	Leverkusen Seite 25 U-3598	<b>Koordination Südliches Afrika e. V.</b> Mpumalanga: Wo unsere Kohle herkommt Fördersumme 158.100 €	Bielefeld Seite 24 Z-5276
<b>Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah e. V.</b> Wasser und ICH Fördersumme 58.500 €	Menden Seite 15 U-3566	<b>Lateinamerika-Zentrum e. V.</b> Ping und seine Klima-Abenteuer Fördersumme 8.000 €	Bonn Seite 25 Z-5274
<b>Förderverein zur zivilen Nutzung der Ermekeilkaserne e. V.</b> Lernort für Umweltbildung und globales Lernen Fördersumme 9.500 €	Bonn Seite 13 U-3544	<b>Meckikids e. V.</b> Wald- und Wiesenforscher Fördersumme 1.910 €	Meckenheim Seite 15 U-3583
<b>Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e. V.</b> Fairen Handel in die Mitte bringen Fördersumme 60.000 €	Hamm Seite 39 E-4859	<b>medica mondiale e. V.</b> Einführung Achtsame Organisationskultur Fördersumme 31.914 €	Köln Seite 49 O-2321
<b>Fraueninitiative für Bildung und Erziehung e. V.</b> „Umwelt – Chancen“ Fördersumme 8.500 €	Bonn Seite 14 I-6101	<b>Mülheimer Initiative für Klimaschutz e. V.</b> Klimacampus im Rahmen der „Fair Flair“ Fördersumme 3.745 €	Mülheim an der Ruhr Seite 23 U-3581
<b>Gesellschaft für bedrohte Völker</b> Situation der Mapuche in Chile Fördersumme 9.740 €	Göttingen Seite 47 E-4866	<b>Mutoto e. V.</b> Mutoto Chaud 2014: Festung Europa Fördersumme 77.900 €	Münster Seite 53 I-6104
<b>Informationsbüro Nicaragua e. V.</b> Nuevos Horizontes: Bildungsarbeit zu Lateinamerika Fördersumme 83.300 €	Wuppertal Seite 47 E-4867	<b>Naturschutzbund Deutschland</b> Kreisverband Minden-Lübbecke e. V. Beratung zur Organisationsentwicklung Fördersumme 9.972 €	Minden Seite 13 O-2323
<b>Institut Culturaz1 e. V.</b> Agora Köln/Tag des guten Lebens Fördersumme 57.161 €	Berlin Seite 40 U-3580	<b>Naturschutzbund Deutschland</b> Kreisverband Paderborn e. V. Natur-Infozentrum Senne Fördersumme 80.000 €	Hövelhof Seite 13 U-3540
<b>Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e. V.</b> Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima Fördersumme 40.673 €	Dortmund Seite 24 U-3554	<b>Naturschutzbund Deutschland</b> Landesverband NRW e. V. NaturtrainerInnen in NRW Fördersumme 41.388 €	Düsseldorf Seite 14 U-3571
<b>Iranian Student Association e. V.</b> Konferenz der iranischen Studenten und Akademiker Fördersumme 10.000 €	Aachen Seite 52 E-4852	<b>Naturpädagogisches Zentrum Schelphof</b> Biologische Vielfalt in 12 Monaten Fördersumme 36.450 €	Bielefeld Seite 14 U-3550
<b>Katholikenrat Wuppertal</b> Faires Fest 2014 Fördersumme 14.340 €	Wuppertal Seite 39 Z-5279		

<b>oikos Paderborn e. V.</b>	Paderborn
Oikos-Heldentag "Sustainable Business"	Seite 31
Fördersumme 1.638 €	U-3585

<b>OroVerde – Die Tropenwaldstiftung</b>	Bonn
Mit Schokolade den Regenwald retten	Seite 41
Fördersumme 56.965 €	Z-5278

<b>Projektorganisation regionale Oelpflanzennutzung e. V.</b>	Eschweiler
Nachhaltige Nutzung von Bioenergieträgern	Seite 23
Fördersumme 85.400 €	U-3530

<b>Service Civil International Deutscher Zweig e. V.</b>	Bonn
Wie viel Erde braucht der Mensch?	Seite 55
Fördersumme 30.000 €	Z-5271

<b>Sounds for Nature Foundation e. V.</b>	Bonn
Nachhaltigkeit und Ernährung	Seite 41
Fördersumme 23.000 €	Z-5284

<b>Stadt Land Welt e. V.</b>	Köln
Create Dialoge	Seite 41
Fördersumme 62.177 €	Z-5285

<b>Stiftung Asienhaus</b>	Köln
Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenz zu China	Seite 49
Fördersumme 99.500 €	Z-5267

<b>Stiftung Umweltzentrum Heerser Mühle</b>	Bad Salzuflen
Internetplattform zu regionalem Wirtschaften	Seite 31
Fördersumme 7.355 €	U-3569

<b>Stiftung Zollverein</b>	Essen
Begleitprogramm zu Ausstellung	Seite 41
Fördersumme 10.000 €	Z-5273

<b>Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene</b>	Bonn
Arbeitswelten	Seite 31
Fördersumme 25.750 €	E-4865

<b>Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene</b>	Bonn
Erfahrungsaustausch zu Stakeholderdialogen	Seite 31
Fördersumme 12.750 €	Z-5295

<b>Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene</b>	Bonn
Begleitung NRW-Dialog zur Textilproduktion	Seite 32
Fördersumme 7.450 €	Z-5297

<b>The Global Experience e. V.</b>	Münster
Anschaffung Medien	Seite 52
Fördersumme 8.022 €	I-6114

<b>TransFair e. V.</b>	Köln
Kampagne „Fairtrade-Schools in NRW“	Seite 39
Fördersumme 69.764 €	E-4870

<b>Umweltbildungszentrum Pleistalwerk e. V.</b>	Sankt Augustin
Regionales Netzwerk Umweltbildung	Seite 13
Fördersumme 38.950 €	U-3552

<b>Vamos e. V.</b>	Münster
Sportbekleidung und Ich	Seite 32
Fördersumme 18.603 €	E-4863

<b>Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.</b>	Bonn
Neue Ziele für Entwicklung – Neue Strategien für NRO	Seite 46
Fördersumme 43.270 €	E-4861

<b>Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN) e. V.</b>	Bonn
Saatgutfestival 2014	Seite 14
Fördersumme 6.200 €	U-3561

<b>Verein zur Förderung der Jugendarbeit e. V.</b>	Bielefeld
Färberpflanzen und Streuobstwiese	Seite 13
Fördersumme 78.431 €	U-3555

<b>Welthaus Bielefeld e. V.</b>	Bielefeld
Modellregion Schulen für Globales Lernen	Seite 45
Fördersumme 89.295 €	E-4849

<b>Wissenschaftsladen Bonn e. V.</b>	Bonn
Mit Kinderaugen um die Welt	Seite 45
Fördersumme 40.800 €	Z-5270

<b>Youth Future Project e. V.</b>	Gehrden
Wald und Wirtschaftswachstum – ein Widerspruch?	Seite 24
Fördersumme 4.674 €	U-3572

<b>Zoo Duisburg (gemeinnützige AG)</b>	Duisburg
Ringelnatterschutz Westliches Ruhrgebiet	Seite 12
Fördersumme 42.771 €	U-3528

## Stiftungsprojekte

### Auswahl

<b>Erweiterung der Ausstellung „Klima-Wandelt“</b>	Seite 21
--	----------

<b>Fachgespräch Umwelt- und Naturschutzarbeit und Muslime</b>	Seite 55
---	----------

<b>7. Deutscher Nachhaltigkeitstag</b>	Seite 30
--	----------

<b>Veranstaltung zum Todestag von Nelson Mandela</b>	Seite 48
--	----------

<b>Fachgespräch „Heimische Eiweißproduktion in NRW“</b>	Seite 33
---	----------



Im Jahr 2014 wurden 84 neue Projekte gefördert.  
 Seit ihrer Gründung 2001 hat die Stiftung etwa 1.020 Projekte  
 mit insgesamt rund 49 Millionen Euro unterstützt.

●	Orte/Projekte zwischen 2001 und 2013
schwarz	Anzahl der Projekte zwischen 2001 und 2013
●	Orte/begonnene Projekte 2014
rot	Anzahl der begonnenen Projekte 2014
Die örtliche Zuordnung der Projekte richtet sich nach dem Sitz des Projektträgers.	



**STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN**